

HUCH

#87

WARUM
HOCHSCHULPOLITIK

POLITIK, KONFLIKT
UND POESIE

UNSINN

POSTKAPITALISTISCHE
PERSPEKTIVEN

REFLEXIONEN ÜBER
MEDIZINSTUDIUM UND
KRANKENHAUSALLTAG

HOCHSCHULE
UND
GESELLSCHAFT

»JETZT« UND WIR

KAPUTTLACHEN

IM HERZEN DER GEWALT

BLADE RUNNER

LEERLAUF
IM HAMSTERRAD

LIEBE STUDIERENDE,

Referat für Publikationen

die HUch (Humboldt Universität collected highlights) ist die kritische Studierendenzeitschrift der HU. Sie widmet sich den allgegenwärtigen gesellschaftlichen Problemen und Konflikten und richtet dabei ein besonderes Augenmerk darauf, wie diese die Universität beeinflussen. Auf diese Weise geht eine Gesellschaftskritik, die auf ein besseres Lebens zielt, Hand in Hand mit einer Kritik der Universität, die unser Bedürfnis nach umfassender Bildung zum Ausdruck bringt. Dementsprechend will die HUch auch einer Diskussion der Möglichkeiten emanzipatorischer Politik an der Uni und über sie hinaus ein Forum bieten. Zu diesem Zweck bringt sie studentische Beiträge mit solchen profilierter, externer Autor*innen sowie mit historischen Texten aus der Studierendenbewegung ins Gespräch und versammelt dabei hochschulpolitische Artikel mit wissenschaftlich-kritischen Essays und ästhetischen Reflexionen.

Zerrütung und Erkenntnis beim Lesen wünscht:

Euer Referat für Publikationen

INHALT

| | | | |
|----|---|-------|-------------------|
| 1 | Warum Hochschulpolitik | | Anstalt |
| 5 | Politik, Konflikt und Poesie | | |
| 11 | UnSinn | | |
| 15 | Postkapitalistische Perspektiven | | Aufsatz |
| 19 | Reflexionen über Medizinstudium und Krankenhausalltag | | |
| 23 | Hochschule und Gesellschaft | | |
| 27 | »Jetzt« und Wir | | Ästhetik |
| 29 | Kaputtlachen | | |
| 31 | Im Herzen der Gewalt | | |
| 33 | Blade Runner | | |
| 35 | Leerlauf im Hamsterrad | | |
| 37 | | | ПРАВДА И ИЗВЕСТИЯ |

WARUM HOCHSCHULPOLITIK

**Joshua
Schultheis**

Die ganze Provokation liegt schon im Titel. »Hochschulpolitik« ist ein Unwort in der politischen Linken, auch und vielleicht gerade unter ihren Vertreter*innen an den Universitäten. Das Nachdenken über die strategische Bedeutung der Hochschulen und das emanzipatorische Potential unter den Studierenden und Intellektuellen roch schon immer verdächtig nach Elitarismus und Klassenverrat. Auch in den 1960er Jahren, als man den Studierenden als politischem Agens eine immense Bedeutung beimaß, geschah dies nur widerwillig und quasi hinter vorgehaltener Hand. In dem Urtext der »Neuen Linken« in den USA leitet C. Wright Mills seine These, die Studierenden und nicht mehr die Arbeiter*innen seien es, auf die die Linke ihre Hoffnungen setzen müsse, mit den Worten ein: »Lange war mir bei dieser Idee nicht wohler als vielen von euch [...]«. Das Unwohlsein ist geblieben und es ist dadurch nicht besser geworden, dass heute die meisten zeitgenössischen Einschätzungen der »Studentenbewegung« eher naiv wirken. Sowohl die Vorstellung vom »Marsch durch die Institutionen«, die mit den Verhandlungen über eine Jamaika-Koalition wohl ihren traurigen Schlusspunkt erreicht hat, als auch die in den 1970ern blutige Urständ feiernde Idee der »Propaganda der Tat« sind unrettbar diskreditiert. So sind es wohl ausgerechnet die pessimistischsten Analysen dieser Bewegung, — etwa die Theodor W. Adornos, der den »Hurra-Optimismus« seiner Studis auf deren objektive Ohnmacht zurückführte — die sich im Nachhinein als die plausibelsten erwiesen haben. Wenn man daher heute über die Uni als einen wichtigen Ort politischer Auseinandersetzung und über die Studierenden als bedeutende Träger*innen linker Politik reden möchte, hat man einen schweren Stand. Die These dieses Textes wird daher auch eher zurückhaltend ausfallen. Es wird nicht erneut das revolutionäre Subjekt »Student*in« ausgerufen, noch behauptet werden, die Universität sei ein freiheitliches Refugium und Keimzelle der besseren Gesellschaft. Stattdessen soll das Stigma, mit dem das Theoretisieren über die Chancen linker Politik an der Universität belegt ist, kritisch überprüft werden — was 50 Jahre nach »68« dringend notwendig ist — und einige Überlegungen angestellt werden, die zeigen sollen, dass diese Chancen existieren und eventuell auch größer sind als anderswo.

Mit dem Begriff »Hochschulpolitik« wird oft die Vorstellung verbunden, dass der Horizont derjenigen, die sich dieser ominösen Beschäftigung widmen, an den Mauern der Universität endet, dass sie die Universität isoliert und ohne ihren Zusammenhang mit dem »Rest« der Gesellschaft betrachten. Doch wen genau trifft dieser Vorwurf eigentlich? Noch das am bürgerlichsten anmutende Besetzungsmanifest — von denen in den letzten zehn Jahren eine Menge entstanden sind — enthält mit Sicherheit die Erkenntnis, dass Uni und Gesellschaft nicht zu trennen sind, dass eine Veränderung dort bei gleichzeitigem Stillstand hier nicht wünschenswert ist. Die Blaupause für diese Formel lieferte 1962 die SDS-Hochschuldenkschrift, deren zentrale Thesen¹ seit Jahrzehnten den theoretischen Grundstock progressiver



Bildungspolitiker*innen bilden. In dem Maße jedoch, in dem diese Erkenntnis Allgemeingut wird, ähnelt die Uni paradoxerweise immer mehr dem »Gesamten«, von dem man es sonst so sehr zu unterscheiden versucht. Nicht nur studieren mittlerweile ca. 50 Prozent eines Jahrgangs, das Studium, einmal als Moratorium zwischen Schule und Beruf gedacht, vereint heute das schlechteste von beidem. Strikte Lehrpläne und ständige Prüfungen gehen an der Uni eine Mesalliance mit dem Leistungs- und Konkurrenzdruck des Berufslebens ein. Burnout und vorgeschobene Midlife Crisis inklusive. Als Ort der Konzentration von Menschen einerseits und von gesellschaftlichen Konflikten andererseits kommt der Uni eine besondere strategische Bedeutung zu.² Das gesamte politische Spektrum hat das schon lange erkannt. Dennoch sei auch hier noch einmal bekräftigt: (Linke) Hochschulpolitik ist kein Selbstzweck, sondern besitzt nur dann Legitimität, wenn sie den Anspruch Ernst nimmt, über die Institution Universität hinaus zu wirken und wenn sie politische Teilsiege an der Uni nicht mit einer Verbesserung des Ganzen verwechselt.

Der Verdacht, dass die simple Wahrheit von der Hochschule als Teil der Gesellschaft von Studierenden gerne vergessen würde, korreliert oft mit der These, dass es in der Universität grundsätzlich keinen Raum für kritisches Wissen, emanzipatorische Politik oder auch nur die geringste Möglichkeit für noch den kleinsten Dissens mit den herrschenden Verhältnissen geben kann. Politik im Zusammenhang mit der Universität kann dann nur eine Intervention von außen, aber kein Einlassen auf oder Arbeiten in den Unistrukturen bedeuten. In der Regel wird dabei so argumentiert: Die Universität ist, so wie etwa auch die Polizei, eine herrschaftsstützende Institution. Ihre Funktion ist es gerade, kritisches Wissen zu unterbinden und die Menschen zu hörigen Staatsdienern zu erziehen. Wer hier so etwas wie »Bildung« oder eine Produktion von emanzipatorischem Wissen erwartet oder verlangt, muss eine naive Idealist*in sein. An einem Ort, der einer der institutionellen Arme des Kapitals ist, kann nichts passieren, was den Interessen desselben widerspricht.

Jede Zweitsemester*, die schon einmal ein gutes Seminar besucht hat, spürt sicherlich Zweifel bezüglich dieses Gedankengangs. Und in der Tat ist ihr Bauchgefühl, dass es nicht egal sein kann, wessen Lehrveranstaltung man zu welchem Thema besucht, einem kruden Materialismus vorzuziehen.³ Es geht aber nicht darum, in Abrede zu stellen, dass die Universität in der Tat

eine systemerhaltende Funktion hat. Stattdessen soll im Folgenden aufgezeigt werden, wie man — auch ohne Rückfall in einen naiven Idealismus — auf einer relativen Autonomie der Vorgänge an der Universität gegenüber den materiellen Verhältnissen der Gesellschaft bestehen kann.

Für Louis Althusser⁴ kommt in der bürgerlichen Epoche der Schule und den Bildungsinstitutionen bei der Reproduktion der Produktionsverhältnisse, also bei der Aufrechterhaltung des Verhältnisses von Ausbeutenden zu Ausgebeuteten, die entscheidende Rolle zu.⁵ Schule, Universität, aber auch die Presse, Kunst, Kirche, etc. sind sogenannte »ideologische Staatsapparate«, deren modus operandi im Unterschied zu den »repressiven Staatsapparaten« (Verwaltung, Justiz, etc.) nicht in erster Linie die Gewalt, sondern die Ideologie ist. Um das System aufrecht zu erhalten braucht es beides: die Gewalt, die jeden Widerstand niederschlagen kann und die ideologische Unterweisung der Menschen, die ihn idealerweise bereits im Bewusstsein jeder Einzelnen* unterdrückt, indem sie diese im Sinne der Herrschenden handeln und denken lässt. Es leuchtet ein, dass hier den Schulen eine entscheidende Bedeutung zukommt. Hier wird den Menschen ihre zukünftige Position in der Gesellschaft zugeordnet, in der man entweder Ausgebeutete*r oder Ausbeuter*in ist. Hier wird man entsprechend dieser Position zum richtigen Verhältnis zur herrschenden Ideologie erzogen, lernt man gehorchen oder befehlen. Gleichzeitig erlernt man die Fähigkeiten und Qualifikationen, die man für den späteren Beruf braucht. Die Funktion der Bildungsinstitutionen ist es also, möglichst stromlinienförmige und gut funktionierende Arbeitskräfte zu produzieren. An einem Ort, der dazu dient, den Menschen die herrschende Ideologie — und die herrschende Ideologie ist immer die Ideologie der Herrschenden — einzupfropfen, ist kritische Wissenschaft und emanzipatorische Bildung schwer zu denken.

Ganz so einfach ist es nach Althusser dann aber doch nicht. Die ideologischen Staatsapparate sind nämlich permanent Schauplatz von Kämpfen. Die Ideologie der Herrschenden wird mit ihrer politischen Machtergreifung nicht unmittelbar und flächendeckend etabliert. Die ideologischen Staatsapparate funktionieren dadurch in aller Regel nicht ganz reibungslos. Ihre Harmonie mit den repressiven Staatsapparaten ist »manchmal knarrend«. Auch für die Schulen und Universitäten gilt: Was hier gelehrt und geforscht wird, ist nicht immer absolut deckungsgleich mit den Interessen des Kapitals und der Herrschenden. Immer leben in ihnen Reste der Ideologie der ehemals herrschenden Klasse fort, findet in sie auch das Wissen der Unterdrückten Eingang, ist die herrschende Ideologie selbst widersprüchlich.

Die Größe der Differenz zwischen den Lehr- und Forschungsinhalten in den Schulen und Unis und der herrschenden Ideologie ist also auch eine Frage des konkreten politischen Kampfes. Und es ist auch diese Differenz, die — in welchem Maße auch immer — über das Weiterbestehen von Ausbeutung und Gewalt bestimmt. Eine linke Hochschulpolitik hätte daher auch die Aufgabe, an der Vergrößerung dieser Differenz zu arbeiten. Zu diesem Zweck kann es auch sinnvoll sein, sich in einer Berufungskommission zu engagieren oder sich bei der Gestaltung der eigenen Studienordnung zu beteiligen. Wichtiger als sich die Frage zu stellen, ob das dann schon Hochschulpolitik ist, — die natürlich niemand machen möchte — ist der langfristige Zweck, den man damit verfolgt. Ohne diese Einsicht in die Ambivalenz von Bildungsinstitutionen könnte man im übrigen auch eine ganze Reihe an Phänomenen, vom Einzug der feministischen Theorie in die Unis bis zum Adorno-Seminar, kaum erklären.

Wir wechseln die Perspektive. Vom »Standpunkt der Reproduktion«, wie Althusser es nannte, auf den der Produktion. Von hier aus gesehen hat das Kapital nämlich nur ein einziges echtes Interesse: Profitmaximierung. Dieses aber scheint sich an manchen Stellen mit dem Ziel der lückenlosen Indoktrinierung der

Subjekte nicht ganz zu vertragen.⁶ Es gibt weitere, für »höhere« Bildungsinstitutionen im Kapitalismus spezifische Widersprüche, die berücksichtigt werden müssen.⁷

Wir haben eben behauptet, dass eine Funktion der Schule die Ausbildung von qualifizierten Arbeitskräften ist. An der Universität werden dementsprechend die Arbeiter*innen für die anspruchsvollsten Berufe ausgebildet, die die Gesellschaft für ihre Aufrechterhaltung benötigt. Doch je anspruchsvoller die Arbeit und je innovativer die Forschung, die verrichtet werden muss, damit eine weitere Produktivkraftsteigerung noch möglich ist, desto wichtiger sind arbeitende und forschende Subjekte, die ausgestattet sind mit Eigenschaften wie Kreativität, Selbstständigkeit und Nonkonformismus. Es ist natürlich keinesfalls so, dass sich das grundsätzlich nicht mit der herrschenden Ideologie vereinbaren lässt — im Gegenteil. Die Fahnwörter der neoliberalen Ideologie der New Economy heißen ja gerade »Innovation«, »Eigeninitiative«, etc. Aber bei der Bildung von kreativen, selbst denkenden Menschen — wenn auch nur im funktionalen Sinne — braucht es Allgemeinbildung und Grundlagenforschung, welche wiederum langfristige Unternehmungen sind, die durch eine gewisse Unberechenbarkeit und Ergebnisoffenheit geprägt sein müssen, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen. Das Kapital ist daher — um seiner eigenen langfristigen Vermehrung willen — bereit, ein gewisses Risiko bei der Reproduktion der Arbeitskräfte einzugehen. Das Kalkül könnte man folgendermaßen beschreiben: An den Universitäten werden Freiräume zugelassen, die beinhalten, dass das Studium nicht völlig reglementiert ist; dass Forschung und Lehre nicht unmittelbar verwertbar sein müssen und ihnen auch ihre langfristige Verwertbarkeit nicht unbedingt anzusehen sein muss; dass kritische und unkonventionelle Inhalte bis zu einem gewissen Grad zugelassen werden, solange dabei hochwertige und flexible Arbeitskräfte entstehen und von Zeit zu Zeit ein neuer genialer Entrepreneur à la Elon Musk. Dabei wird in Kauf genommen, dass das Bildungssystem auch »Ausschuss« produziert, der während seiner Ausbildung ein bisschen zu viel Marx abbekommen hat und dessen veredeltes Humankapital sich jetzt nicht mehr so einfach verwerten lässt.

Das heißt, dass man die Universität durchaus als eine Institution begreifen kann, die innerhalb des Kapitalismus eine systemstützende Funktion erfüllt, ohne gleich leugnen zu müssen, dass in ihr Inhalte vermittelt und Gedanken gedacht werden können, die nicht einfach in dieser Funktion aufgehen. Dass es sich dabei um ein kalkuliertes Risiko handelt, bedeutet auch nicht per se, dass letztlich alles, was an der Uni passiert, doch wieder vom System einholbar ist. Die Angst der Herrschenden ab den 60er Jahren, dass an den Universitäten gesellschaftliche Kräfte brüteten, die zu einer echten Gefahr für die herrschende Ordnung werden könnten, war zwar übertrieben, aber real. Auch vor diesem Hintergrund muss man z.B. die Bologna-Reform bewerten. Zwar ist das vorrangige Ziel der neusten Uni-Reformen vor allem das, der Privatwirtschaft Ausbildungskosten zu ersparen und neue Märkte zu eröffnen, doch es geht auch um eine Minimierung der Gefahr der politischen Radikalisierung an den Unis. Zumindest kann man konstatieren, dass 50-seitige Studienordnungen, dutzende Zwischenprüfungen und das ECTS-System genau diesen Effekt haben. Hieraus könnte man für eine linke Strategie an den Hochschulen ableiten, dass es einerseits darum geht, für mehr Spielraum im Studium, für mehr nonkonformistische Lehre und Forschung zu kämpfen, und andererseits mit den existierenden Freiräumen so zu arbeiten, dass diese sich als möglichst unvorteilhaft fürs Kapital erweisen, sodass dessen Rechnung dabei möglichst schlecht aufgeht. Kurz: Es geht darum, die Widersprüche, durch die Universität und Bildung geprägt sind, so zu nutzen, dass möglichst viel von dem entsteht, was aus Sicht der kapitalistischen Verwertbarkeit Taugenichtse sind, also Menschen, die nicht mehr oder nur noch bedingt im Sinne des Systems funktionieren. Gleichzeitig muss es auch das

Ziel sein, dass deren Widerständigkeit eine bewusste, aufgeklärte und solidarische ist und keine destruktive, ressentimentgeladene und vereinzelt. Man könnte auch sagen, es gelte nach wie vor der ureigensten Aufgabe der Philosophie nachzugehen, nämlich die Jugend zu ruinieren.⁸

Mit diesen Überlegungen vor Augen muss man sich auch nicht mehr irritieren lassen, sollten die eigenen hochschulpolitischen Forderungen und Vorstellungen an einigen Punkten mit jenen von Vertreter*innen der Wirtschaft oder konservativen Professor*innen konvergieren. Wer aus diesen Übereinstimmungen ohne Umstände auch eine Übereinstimmung im Geiste ableitet – und das passiert des Öfteren – dessen Analyse bleibt oberflächlich. Außerdem erscheinen nun auch eher unscheinbare, kleine Veränderungen als potentiell bedeutsam. Für mehr studentische Seminare oder für eine kritische Professorin auf dem Lehrstuhl für deutschen Idealismus zu streiten, heißt eben nicht notwendig, sich bloß um mehr Verdienstmöglichkeiten für Studis oder um mehr Renommee für das eigene Institut zu sorgen. Man kann dies auch im Kontext der Frage nach dem möglichst reibungslosen – oder eben nicht reibungslosen – Ablauf der »Reproduktion der Produktionsverhältnisse« sehen, also der Frage danach, ob der ganze Mist so weiter geht oder ob sich etwas ändert. Anstatt in den Tenor derjenigen Kritik einzustimmen, die studentische Proteste und hochschulpolitisches Engagement gerne pauschal als partikuläre Klientelpolitik abtut, sollte man mehr Theoriearbeit in die Frage stecken, was ein kritischer Dozent, was eine Klausur mehr oder weniger, was anrechenbare Lesekreise, was die kritischen Orientierungswochen, was ein studentisch organisierter Universitätsraum eigentlich mit dem »Ganzen« zu tun hat.

3

Glücklicherweise handeln diejenigen, die sich in der Uni politisch engagieren, in aller Regel bereits nach dieser Maxime. Dennoch könnte der Versuch intensiviert werden, eine breiter angelegte Strategie zu verfolgen, die die verschiedenen Ebenen, auf denen emanzipatorische Kräfte auf die Uni einwirken können – Fachschaften, ASten, Hochschulgruppen, Unigremien, Besetzungen, kritische Dozent*innen – besser miteinander vernetzt und koordiniert. Gut orchestrierte Aktionen könnten so eine große Wirksamkeit entfalten. Dafür bräuchte es aber ein anderes, ein aktualisiertes Verständnis der Universität. Man könnte zudem noch mehr die Frage danach in den Blick nehmen, mit welchen Inhalten die Studierenden im Laufe ihres Studiums konfrontiert werden, um einen gezielten Einfluss darauf zu nehmen. Wichtig wäre es auch, die Studierenden dazu zu befähigen, selbstbestimmt mit ihrer Studienordnung und den Spielräumen, die in der Uni existieren, umzugehen. Diese Vorschläge bleiben improvisiert, können aber hoffentlich einmal durch weitere Diskussionen – nicht zuletzt angestoßen durch die HUch – weitergedacht werden.

Noch einiges mehr bleibt vorerst unausgesprochen oder unterbestimmt. Es fehlt etwa eine tiefere Auseinandersetzung mit dem Begriff der Bildung. Die Schwierigkeiten einer politischen Strategie, die man, in Anlehnung an Adorno, eine »Wendung aufs Subjekt«⁹ nennen könnte, wurden kaum diskutiert, die bildungspolitischen Entwicklungen der letzten Jahre nicht hinreichend dargestellt. Die Bedeutung der Universitäten auch für die materielle Reproduktion der Linken wurde nicht dargelegt. Dieser Text endet jedoch mit der Hoffnung, dass diese Lücken als Einladung zur konstruktiven Diskussion empfunden und auch angenommen werden. Das Thema – die Universität als Ort politischer Auseinandersetzung mit ganz besonderen Bedingungen – ist zu wichtig, um nicht erneut ausführlich diskutiert zu werden. Wir sollten uns dabei nicht von mittlerweile überkommenen Vorurteilen gegenüber linker Hochschulpolitik oder einer allzu einseitigen Sicht auf die Universität hemmen lassen.

1 Da heißt es etwa im Vorwort: »Die Hochschule als Teil der Gesellschaft kann sich der Alternative unserer historischen Lage nicht entziehen. Entweder wirkt sie mit an der dynamischen Weiterentwicklung zur sozialen Demokratie und der Demokratisierung der Gesellschaft, oder sie wird Instrument in einer Entwicklung zu autoritären Gesellschaftsformen. Im zweiten Fall müßte sie vollends den ihr eigenen Anspruch der Aufklärung aufgeben: Mündigkeit und Selbstbestimmung der Menschen in einer vernünftigen, freien Gesellschaft zu verwirklichen.«

2 Siehe hierzu auch den Text »Im Modus der Modulationen« von Gerald Raunig, der in der letzten Huch abgedruckt wurde.

3 Diese zugespitzten Gegenüberstellungen sind natürlich tendenziell falsch. Eher, als dass sich die hier geschilderten Ansichten einzelnen Menschen oder Gruppen zuordnen lassen, sind sie Teil eines inneren Konflikts, den die meisten von uns austragen, die sich kritisch mit ihrem politischem Engagement und ihrem privilegiertem Status als Student*in auseinandersetzen. Ziel des Textes ist es daher auch weniger einen Konflikt zu beschwören, den es so evtl. gar nicht gibt, sondern vielmehr die hoffnungsvolle und idealistische Zweitsemester*, die wir alle mal waren, mit der resignierten Materialist*in, zu der viele von uns geworden sind, ein Stück weit miteinander zu versöhnen.

4 Wir folgen in diesem Abschnitt Althusser's berühmtem Text »Ideologie und ideologische Staatsapparate«.

6 Inwieweit sich der Standpunkt der Produktion und der der Reproduktion komplementär, bzw. konträr zueinander verhalten, können wir hier nicht im Detail klären. Deutlich soll jedoch werden, dass die Sache mit der »herrschenden Ideologie« und ihrer Implementierung noch etwas komplizierter ist als gedacht und dass dabei wieder einmal die Bildungsinstitutionen, insbesondere die Universitäten, eine besondere Rolle spielen.

8 Was jüngst noch einmal von Slavoj Žižek ein seinem Artikel »Nur ein Sokrates kann uns retten« für die NZZ bekräftigt wurde.

5 Heute könnte man die Bedeutung der Schule für die Reproduktion der Produktionsverhältnisse noch weitaus größer einschätzen als zu Althusser's Zeiten. Durch frühkindliche Förderung, Vorschule und den neuen kategorischen Imperativ des »lebenslangen Lernens« verbringt man nicht mehr nur die Kindheit, Jugend und evtl. das frühe Erwachsenenalter in der Schule, sondern man kann sich an den Eintritt in sie gar nicht mehr erinnern und man wird sie auch nie wieder verlassen.

7 Wir folgen hier weitestgehend den Argumenten von Emanuel Kapinger und Thomas Sablowski, dargelegt in ihrem Text »Bildung und Wissenschaft im Kapitalismus« veröffentlicht in dem Sammelband »Was passiert?« der Buchreihe »Unbedingte Universitäten«, die von einem Münchener Kollektiv ins Leben gerufen wurde, welches sich während der Uni-Besetzungs-Welle im Jahr 2009 gebildet hat. Alle Veröffentlichungen der Reihe sind sehr zu empfehlen.

9 Diese Formel benutzt Adorno in dem Rundfunkbeitrag »Erziehung nach Auschwitz« von 1966. Da er nicht glaubt, dass man viel an den objektiven Bedingungen für einen möglichen, erneuten Rückfall in die Barbarei ändern kann, sieht er es als die einzige verbliebene Option an, beim Subjekt anzusetzen, mit den Mitteln der Erziehung zu verhindern, dass Menschen wieder zu Tätern werden. Seine Diagnose ist auch heute noch bedenkenswert.

POLITIK, KONFLIKT UND POESIE

Matthias
Ubl

VERSUCH EINER THEORIE FÜR EINE UNIVERSITÄRE BEWEGUNG

»Ich schlage also vor, zu sagen, dass wir ins Zeitalter der Aufstände eingetreten sind, womit sich ein Erwachen der Geschichte ankündigt und konstituiert, gegen die reine und bloße Wiederholung des Schlimmsten.«¹

0. OHNMACHT, ANFANGEN.

5 Im Angesicht des unaufhörlichen und qualvollen Sterbens der Menschen an den Außengrenzen Europas, der militärischen Abriegelung dieses Kontinents, der Wiederkehr des Faschismus und der unaufhaltsamen ökologischen Zerstörung der Erde und des Menschen durch den rastlosen Kapitalismus — und schon dieser Satz scheint falsch, weil er das Leid und den Schrecken des von ihm Bezeichneten nicht zum Ausdruck bringt und seine Logik der Aufzählung den immanenten Zusammenhang all dieser Entwicklungen nicht berühren kann — im Angesicht also dieser Gewalt(-en), scheint uns die eigene Ohnmacht (auch die sprachliche) zu ersticken. Gleichzeitig gibt es Widerstand, Riots, Aufstände. Von Buenos Aires über Hamburg nach Paris zirkulieren sie über den Erdball wie die Waren- und Geldströme des Kapitals. Es dämmert uns, dass mit diesem System etwas nicht stimmt. Menschen werden obdachlos, weil zu viele Wohnungen gebaut werden. Sie hungern, weil zu viele Lebensmittel produziert wurden.² Acht Männer haben so viel Geld wie 3,6 Milliarden Menschen. Eine Milliarde Menschen leben heute als »Überflüssige« in Slums. Die Irrationalität der kapitalistischen Verhältnisse ist kaum zu karikieren.

Doch die Streiks, Riots, sozialen Bewegungen usw. sind im Moment noch schwach und ihre Wirkung zeitlich und lokal begrenzt. Sie verweisen in sich auf eine andere Zukunft, sind gleichsam ihre Vorboten, können jedoch noch keine revolutionäre oder transformierende Kraft entfalten. Wir sind noch zu wenige und zu zerstreut. Vor allem im Auge des Sturms, im Krisengebiet Deutschland. Die Frage stellt sich also, wie und wo wir anfangen sollen, eine andere Zukunft vorzubereiten. Denn wenn etwas alternativlos ist, dann diese. Dieser Text stellt die Frage, ob die Universität ein geeigneter Ort für die Organisation eines Neuanfangs sein kann. Es soll die Logik einer Politik an den Hochschulen skizziert werden, die in letzter Instanz auf die oben beschriebene historische Situation und die Abschaffung des Kapitalismus und seiner Verheerungen bezogen ist. (Denn was sonst sollte Sinn von Politik sein?) Des Weiteren soll ausgeführt werden, warum die universitäre Praxis heute eine neue »Poesie der Bewegung« entwickeln muss. Einen gewissen Größenwahn will sich der Autor bei all dem nicht abgewöhnen.

1. WAS EINST DIE FABRIK WAR, IST NUN DIE UNIVERSITÄT³

Warum radikale Politik ausgerechnet an der Uni? Stellen die studentischen Subjekte nicht potentiell die herrschende Klasse, die keine Veränderung will? Ist die Universität nicht nur eine kleine, elitäre Institution zur Ausbildung der Ware Arbeitskraft? Ich glaube, wir müssen die Lage der Universität zu Beginn des 21. Jahrhunderts neu denken. Knapp 52 Prozent der Schüler*innen eines Jahrgangs beginnen heute in Deutschland ein Studium an einer Hochschule oder einer Universität. 2010 waren es noch 46 Prozent — die Tendenz ist weiterhin steigend.⁴ Zum Vergleich: Im Jahre 1970 (also kurz nach Beginn der 68er Revolte) waren es gerade einmal 12 Prozent. Die Universitäten von heute — so legen es diese Zahlen nahe — sind also längst nicht mehr die elitären Bildungsinstitutionen der Wenigen, für die sie vor allem Linke oft noch halten. Vielmehr müssen wir von der Universität als einem zentralen Ort der Ausbildung und Subjektivierung sprechen. Im »kognitiven Kapitalismus« ist die Universität darüber hinaus die zentrale Produktionsstätte der Ware »Wissen«. »Welcome to the machine«, so werden, in einer Karikatur des Satirikers Gerhard Seyfried, die Student*innen in der »Wissensfabrik« begrüßt. Gehen wir näher auf die Analogie von Universität und Fabrik ein.

Mit der Formierung der klassischen Industriearbeiter*innenschaft am Ende des 19. Jahrhunderts wurde die Fabrik zum zentralen Ort des Konflikts zwischen Kapital und Arbeit, der Streik das übliche Mittel des Kampfes. Um sie herum bildete sich eine widerständige Kultur des »Proletkults« (Volksbühne, Arbeiterlesezirkel usw.). Spätestens seit den 1970er Jahren ist diese formierte Arbeiterklasse jedoch verschwunden, wurde — zumindest in den meisten Ländern des globalen Nordens — sozialstaatlich eingeehgt. Mit dem Postfordismus nimmt der »Exodus der Arbeiter aus der Fabrik« endgültig seinen Lauf⁵. Die Produktion diffundiert in die Gesellschaft — eine Entwicklung, in der die Zirkulation gegenüber der Produktion enorm an Bedeutung gewinnt. Viele Arbeitskräfte arbeiten nicht mehr in Bereichen der klassischen industriellen Produktion, sondern in Vertrieb, Werbung, Logistik, Dienstleistung, digital economy usw. (Hiermit geht auch der massive Bedeutungszuwachs des finanziellen Sektors einher.) Genau diese Zerstreung der Lohnabhängigen und die damit einhergehende Entsicherung und Monadiesierung schwächt auch deren Position im Arbeitskampf.

Meine These wäre nun, dass auf den Exodus der Arbeiter*innen aus der Fabrik der Introitus (also Einzug) derselben in die Universitäten folgt – zumindest temporär, da sie dort für den neuen Arbeitsmarkt qualifiziert werden. Damit konzentriert die Universität die Subjekte räumlich-zeitlich an einem Ort und stellt auf diese Weise (auch hier der Fabrik nicht unähnlich) eine Art geteilten öffentlichen Raum her, wie er in weiten Teilen der Gesellschaft zerfallen ist. Wenn all das stimmt, dann beerbt die Universität in gewisser Hinsicht auch die Fabrik als ausgezeichneten Ort des gesellschaftlichen Konflikts. Wie ist das zu verstehen? Einerseits – insofern die Universität auch für Student*innen zum Arbeitsplatz wird – ist damit der »klassische« Arbeitskampf um Lohn und Arbeitsbedingungen gemeint. Andererseits – insofern die Universität weiterhin ein »ideologischer Staatsapparat« (Althusser) ist – geht es zugleich um einen »Kampf um die Subjekte«. Denn die Universität bildet die Studierenden nicht nur zu gut funktionierenden Arbeitskräften aus, sie besorgt auch deren ideologische Anpassung an die kapitalistische Wirtschaftsweise. Jene Anpassung funktioniert natürlich nie reibungslos. Und kritisches Denken, Forschen und Leben bedeuten gerade den Kampf gegen diese ideologische Zurichtung. Als »geteilter öffentlicher Raum« ist die Universität außerdem ein auszeichneter Ort für politische Kampagnen. All das ist die Uni natürlich nicht erst seit gestern. Mit der Veränderung des makro-ökonomischen Rahmens und der Stellung der Uni in diesem (und ich gehe davon aus, dass die Digitalisierung der Produktion die hier beschriebene Tendenz noch verstärken wird), ändert sich aber die Rolle, die sie strategisch in unserer Politik spielen sollte. Zusammenfassend möchte ich Caffentzis und Federici zitieren: »War einst die Fabrik ein paradigmatischer Ort des Kampfes zwischen ArbeiterInnen und KapitalistInnen, so ist heute die Universität ein wesentlicher Ort des Konflikts um den Besitz von Wissen, die Reproduktion der Arbeitskraft und die Herstellung sozialer und kultureller Stratifizierung. Denn die Universität ist nicht einfach eine weitere Institution, die der staatlichen und gouvernementalen Kontrolle unterworfen ist, sondern ein entscheidender Ort, an dem breitere soziale Kämpfe gewonnen und verloren werden.«⁶ Man möchte der radikalen Linken zuzurufen: »Hier sind die Leute, hier tanze!«

Die Universität bildet also eine Art »konfliktive Durchlaufstation«. Eine starke Linke, die auf diese Konflikte einwirkt, sie verschärft und andererseits eine Art »kulturelle Hegemonie« an der Uni erlangt, hätte also – so wäre meine Wette – gute Chancen auch entscheidende, emanzipatorische Impulse in den Rest der Gesellschaft zu tragen. Entscheidend hierfür wäre auch, dass große postautonome Bündnisse wie die Interventionistische Linke und ...ums Ganze! sich wieder mehr auf die Universität konzentrieren würden. Paradoxer Weise will man in diesen Gruppen ja über die »Szenegrenzen« hinaus Politik machen, tut dies aber nicht dort, wo es (habituell zum Beispiel) am naheliegendsten wäre. Dort, wo auch ein großer Teil der Aktivist*innen »herkommt« und wo – wie gesagt – ein großer Teil der Lohnabhängigen heute ausgebildet wird.

Doch wie sieht unsere konkrete Situation an der Uni aus? Die Linke schreibt sich wieder kontinuierlich – wenn auch oft konspirativ und zerstückelt – in die Strukturen der Universität ein, sei es durch die Besetzung von AStA-Stellen, im Stupa, durch studentisch organisierte Marx- oder Butler-Lesekreise und Projektutorien. Sie kritisiert geschlechtsspezifische Machtverhältnisse. Sie blockiert Veranstaltungen der AfD oder stört die von rechten Professoren. Seit einigen Jahren gibt es an vielen deutschen Unis wieder selbstorganisierte kritische Orientierungswochen. Es haben sich lose (post-)autonome Gruppen gegründet sowie eine radikale Basisgewerkschaft in Frankfurt, die die Uni in rätendemokratische Strukturen bringen will, und auch der Mittelbau beginnt sich zu organisieren. Ebenso gibt es viele linke wissenschaftliche Mitarbeiter*innen und Dozent*innen, die wichtige Arbeit leisten. In Berlin kämpfen die studentischen

Beschäftigten seit langem für einen besseren Lohn. All diese Initiativen laufen jedoch im Moment noch relativ unverbunden nebeneinander her. Sie sind in bestimmter Hinsicht unorganisiert und nicht in der Lage, sich längerfristige Ziele zu setzen und politische Strategien zu entwickeln, die aus der Rebellion eine Bewegung entstehen lassen könnten. In vielerlei Hinsicht sind wir zu gespalten und zerstritten und viele Aktivist*innen sind in anderen politischen Zusammenhängen außerhalb der Uni aktiv. Ich glaube, dass es diesbezüglich einen Paradigmenwechsel braucht. Wie kann also eine Politik ums Ganze an der Universität aussehen?

2. LINKE INFRASTRUKTUR UND DIE POLITIK DES KONFLIKTS

Ich möchte nun zunächst zwei Bereiche skizzieren, die eine radikale Politik an der Uni umfassen müsste, um dann durch sie eine Logik der »Politik des Konflikts« zu entwickeln, die auf das »Ereignis« verweist. Ich lehne mich hierfür an den Ereignisbegriff von Alain Badiou an, »löse« ihn aber aus seinem strengen philosophischen Rahmen, dessen Erläuterung ich an dieser Stelle nicht leisten kann. Ich benutze den Ereignisbegriff hier, um mit ihm eine »kognitive Karte« für radikale universitäre Politik zu zeichnen, bzw. diese im Kontext eines Ereignisses zu lokalisieren. Meine These wäre dann, dass durch die intensivierte, aktivistische Arbeit in den Bereichen (a) der Organisation und (b) des Konflikts an der Universität ein »fruchtbarer Boden« für das Sich-Ereignen des Ereignisses bereitet werden kann. Das Ereignis markiert für Badiou immer einen Bruch oder eine Revolution. Historische Beispiele sind die Selbstermächtigung des Proletariats oder die Subjektivierung, die der Feminismus hervorgebracht hat. Hier kommt durch ein oder mehrere Ereignisse (durchaus materialistisch gedacht) ein »überzähliger Signifikant« ins Spiel, der etwas Ausdruck verleiht, was vorher strukturell ausgeschlossen blieb – ja, nicht einmal gedacht werden konnte. Wir können im Vorhinein natürlich noch nicht sagen, worin das Ereignis »genau« bestehen wird. Es ist uns aber möglich, dem Ereignis die Treue zu halten (auch den vergangenen genannten) in dem wir eine – wie Badiou sagen würde – »Politik der Wahrheit« entwickeln, also eine Politik, die an emanzipatorischer Veränderung festhält. Ich schlage im Folgenden die Einteilung unserer Praxis in einen Bereich (a) und einen Bereich (b) vor, die in Wirklichkeit Momente einer fortschreitenden wellenartigen Bewegung sind.

A) ORGANISATION / BILDUNG:

Wie oben erwähnt, gibt es zahlreiche linke Initiativen an der Universität, die allerdings alle relativ vereinzelt arbeiten und somit bisher auch kaum eine gemeinsame Schlagkraft entwickeln können. Gleichzeitig haben diese Einzelinitiativen zumindest in Berlin Zulauf. Die Veranstaltungen der kritischen Orientierungswochen sind immer extrem gut besucht. Es gelingt auch, auf Dauer Einzelne in die autonomen Unigruppen einzubinden. Hieran gilt es anzuknüpfen. Es müsste gelingen, die in den Orientierungswochen angesprochenen Student*innen in weitere selbstorganisierte Zusammenhänge einzubinden. Von der aktivistischen Kleingruppe bis zum Lesekreis, der fachorientierten kritischen Gruppe (kritische Jurist*innen o.Ä.) bis zu linken Sportgruppen oder Projektutorien ist einiges denkbar. Entscheidend wäre auch hier eine Vernetzung dieser Zusammenhänge, die sie wiederum als bloße Affinitätsgruppen und Freundeskreise transzendiert. Aus dieser Vernetzung müssten regelmäßige Bündnistreffen, Kongresse und Veranstaltungen hervorgehen, auf welchen über den aktuellen Stand der Politik usw. diskutiert werden kann. Immer wieder müsste auch (zum Beispiel in den Fachschaften) Werbung für Veranstaltungen gemacht werden. Und es müssten neue Agitationsformen entwickelt werden, die unpolitische Student*innen ansprechen, ohne an Radikalität zu verlieren. Ein Kulturangebot – von der Zeitung bis zum Kneipenabend – müsste her. Denkbar ist auch ein autonomes Bildungsnetzwerk

mit kritischem Vorlesungsverzeichnis usw. Auch über Vorfeldgruppen für größere, außeruniversitäre politische Zusammenhänge ist nachzudenken. Die Einzelgruppen müssten sich auch wieder stärker im Stupa einbringen. Stupa-Arbeit ist Reproduktionsarbeit der Initiativen sowie der »wilden Struktur«, die mir vorschwebt. Diese Struktur muss aber auch über die Grenzen der Universität hinaus »wuchern«. Die oben skizzierte Prekariisierung des Arbeitsmarktes und die Desintegration der Lohnabhängigen bringt schließlich auch an anderen Stellen neue Konflikte hervor. Zu suchen wären diese zum Beispiel im Pflege- und Carebereich – so unterstützten Studierende von FU und HU das streikende Personal der Charité. Ein weiteres Beispiel ist die Unterstützung der Streikenden bei Amazon (also im immer weiter an Bedeutung gewinnenden Logistikbereich), die in den letzten Jahren vor allem von Studierenden der Uni Leipzig organisiert wurde. Hier bräuchte es nicht nur Vernetzung und gegenseitige Unterstützung, sondern auch einen Austausch über gemeinsame widerständige Praxen und die Möglichkeit der Verbindung und Ausweitung von Kämpfen.

B) KONFLIKTE:

Die letzten Jahre haben gezeigt: die Konflikte kommen von selbst. Seit dem Bildungstreik 2009 ist es niemals wirklich ruhig geworden. Intern waren an der HU zum Beispiel Auseinandersetzungen um rechte Professoren und der immer noch andauernde Tarifkonflikt der studentischen Beschäftigten aktuell. Auseinandersetzungen können sich weiterhin über den Erhalt oder die Eroberung linker Räume innerhalb der Uni oder, wie jüngst geschehen, an der versuchten Absetzung eines kritischen Dozenten entzünden. Falls die FDP in den nächsten Jahren an Stärke gewinnen sollte, ist außerdem punktuell wieder mit der Einführung von Studiengebühren zu rechnen. Zudem wird sicherlich immer wieder versucht werden, Kürzungen im Mittelbau, in der studentischen Selbstverwaltung und bei sog. »Exotenfächern« bzw. deren Fakultäten vorzunehmen. Hier müssen Proteste, Besetzungen und Störungen des normalen Betriebs organisiert werden. Auch anderweitige Überschreitungen und Aktionen, die die Regeln des gesetzlich Erlaubten etwas lockerer auslegen, sind zu begrüßen, da sie unverzichtbar für die Entwicklung widerständiger Subjekte sind. Politische Aktionen können natürlich auch von der Uni ausgehen und sich auf außeruniversitäre Themen beziehen, zum Beispiel die Solidarität mit Geflüchteten. Im Sinne einer strategischen Kampagne könnte zum Beispiel auch gegen unbezahlte Zwangspraktika protestiert werden, worauf Christiane Kleinschmidt in der letzten Ausgabe der HUCH hingewiesen hat. Hieran ließe sich auch allgemein die Angewiesenheit zum Beispiel des Berliner Kulturbetriebs auf solche unbezahlten Jobs skandalisieren. Die erfolgreiche (b) Arbeit des Konflikts, setzt dabei eine starke (a) linke Infrastruktur voraus, wobei ein intensiver Konflikt wiederum den Zulauf und den Ausbau der organisierten Struktur anregt. Durch die Konflikte müssten Schritt für Schritt Verbesserungen der eigenen Lage erreicht werden – d.h. mehr studentische Projekttutorien, mehr Geld für Stupa und AStA, mehr Gruppen usw.

Die Hoffnung wäre nun, dass sich auf Grundlage einer etablierten linken Infrastruktur (a) und infolge ausgefochtener Konflikte (b) gewissermaßen etwas Unvorhergesehenes ereignet – eben das Ereignis, das den bisher zerstreuten Aktivist*innen, Prekären und Ausgeschlossenen ihren Platz im politischen Diskurs und damit im politischen Kampf zuweist. Und war nicht die ISW-Besetzung ein solches kleines, mikropolitisches Ereignis? Letztlich entstand aus einem nicht wirklich bedeutsamen Konflikt (der Entlassung eines sympathischen Dozenten und potentiellen Staatssekretärs für Stadtentwicklung) eine Besetzung, die neue Formen von politischen Bündnissen und Ideen hervorbrachte und damit eine neue Dynamik universitärer Politik an der HU zeitigte. In der Besetzung haben sich Menschen zusammengefunden, die für eine radikale Veränderung

von Universität und Gesellschaft eintreten – also für das, wofür im offiziellen politischen Diskurs (sowohl in der Uni als auch größtenteils in der Gesellschaft) nicht gesprochen werden kann und wofür es noch keine geeinte politische Kraft gibt. Worin liegt aber die Macht eines solchen Ereignisses – einer Besetzung oder auch einer größeren Demonstration? In ihr findet eine »Intensivierung subjektiver Energie« (Badiou) statt. Alle arbeiten mit, man organisiert, blockiert, pleniert usw. Man begeistert sich. Diese Energie potenziert sich und führt zu etwas Neuem. Erreicht ein Ereignis wirklich eine kritische Größe, birgt es ein Element von »vorschreibender Universalität«⁷. Das heißt, ich zitiere Badiou: »Der Komplex der Lokalisierung, der für die ganze Welt [oder die Uni, M.U.] zum Symbol wird, und der Intensivierung, die neue Subjekte erschafft, führt zu einem massiven Zulauf, und jeder, der eine Ausnahme davon bildet, steht sofort unter Verdacht. Unter Verdacht, gemeinsame Sache mit den alten Despoten zu machen.«⁸

Beim Aufbau einer universitären Bewegung müssen wir auf diese Dynamik vertrauen. Es geht letztlich darum, dass sie den Anstoß für eine gesamtgesellschaftliche, radikale, antikapitalistische Politik geben muss. Noch einmal sei hier Badiou zitiert: »Aber wer hat jemals einen Aufstand gesehen, in dem die Alten in der ersten Reihe standen? Die studentische Jugend aus dem Volk ist überall, wie man es in China 1966-67, in Frankreich 1968, aber ebenso auch 1848, zu Zeit der Fronde, bei der Revolte der Taipings gesehen hat, und letztendlich immer und überall der harte Kern der Aufstände.«⁹

Noch sind wir nicht so weit. Vielleicht stimmt es, dass wir eine »Generation des Übergangs« sind, wie Milo Rau es neulich in einem Interview über sein neues Lenin-Stück an der Schaubühne sagte. Noch spüren wir die Folgen des Klimawandels nicht in voller Härte. Noch haben die meisten von uns Geld und Arbeit. Doch denken wir nur einmal globaler – schon wird sie schlagartig kraftlos, die Erzählung vom Ende der Geschichte. Aber welches alternative Narrativ haben wir als Bewegung anzubieten? Es fehlt an Visionen und an einer neuen »Poesie der Bewegung«, die genau auch die Erfahrung der Kluft zwischen unserer jetzigen, noch schwachen Position und der historisch zu leistenden Aufgabe sagbar macht, ohne fatalistisch zu werden. Darum soll es im letzten Teil dieses Essays gehen.

3. POESIE DER BEWEGUNG

Wie und wo anzufangen ist, das habe ich versucht aufzuzeigen, indem ich eine Politik des Konflikts skizziert habe. Wie verhindern wir aber, dass der oben genannte Modus sich in den kleinen Aktionen und Kämpfen verliert, die Gruppen zu Freundeskreisen, die Subjekte wieder zu Konsummoden degenerieren? Wie verhindern, dass wir uns in politischen Differenzen verlieren und verfeinden und letztlich in der Autoaggression enden, die zumindest die politische Situation an der HU und der linken Szene lange Zeit geprägt hat? Meines Erachtens braucht es eine lebendige »Poesie der Bewegung«, die gewissermaßen das Gegenteil zum verschriftlichten und damit versteinerten »Gruppen- und Selbstverständnis« wäre. Ich beziehe mich, wenn ich von »Poesie« spreche, auf die im Sommer erschienene Studie zum romantischen Antikapitalismus im Vormärz, die Patrick Eiden-Offe vorgelegt hat. Die »Poesie der Klasse« ist die titelgebende Bezeichnung für die literarische Verarbeitung der Erfahrungen des »buntscheckigen Haufens« (Marx), als welcher sich das Proletariat zu der Zeit des Vormärz und der beginnenden Industrialisierung darstellte. Eiden-Offe untersucht in seiner Studie zahlreiche Texte, die sich »der Selbstinterpretation der Erfahrung« der zu Beginn der Industrialisierung proletarisierten, also »enteigneten«, »unterminierten« »desorganisierten« Bevölkerungsschichten, des zerfallenden Handwerker- und Gesellentums, der Prostituierten, landlosen Bauern, Paupern usw. widmet. Eiden-Offe untersucht dabei verschiedenste literarische

Werke (im weiten Sinne des Begriffs). Von Autoren wie Tieck und Heine über die stark an der Arbeiter- und Gesellentradition orientierten Frühsozialisten Weerth und Weitling bis zu Pamphleten und Zeitschriften wie dem *Hessischen Landboten* und dem *Gesellschaftsspiegel*. Eiden-Offes Studie geht davon aus, dass die »objektiven Bedingungen«, also reale, ökonomische Prozesse (der Enteignung usw.) nicht einfach allein und automatisch zur Bildung von »Klasse« und Klassenbewusstsein geführt haben. Er schreibt: »Man muss sich davor hüten, primäre und sekundäre Aspekte von Klassenbildung – kurz: Basis und Überbau – allzu eifertig sortieren zu wollen und so deren Gewichtung immer schon vorauszusetzen. Dabei geht diese Untersuchung durchaus von einem »objektiven« Klassenbegriff aus, der von ökonomischen Prozessen und deren politischer und jurisdiktorischer Moderation bestimmt wird. Aber die »subjektive« Dimension dieses Prozesses; die Art und Weise, wie die »objektiven« Bedingungen imaginär bearbeitet und damit kulturell lebbar, wie sie verstehbar und überhaupt erst vorstellbar gemacht werden, wird von den objektiven Bedingungen nicht determiniert.«¹⁰ Eiden-Offe räumt der theoretischen, aber vor allem auch der literarischen Produktion eine Rolle in der Klassenbildung und damit im Prozess der Formierung von Widerstand ein. Die Anstrengung des Begriffs, die von Marx und Engels im Laufe ihrer langjährigen Arbeit begonnen wurde, hat sich erst in der Poesie der Klasse und gegen diese entwickeln können. Sie baut gewissermaßen auf ihr auf. Mit jener und der Formierung einer organisierten Industriearbeiterschaft schwanden jedoch die bunten Gesellen und ihr romantischer Antikapitalismus. Dem »buntscheckigen Haufen« folgte die Homogenisierung des Arbeiter*innenklasse (sowohl politisch, ökonomisch als auch imaginär) hin zum »klassischen« Proletariat. Dieses wurde im Fordismus jedoch zunehmend sozialstaatlich eingeehgt und gesellschaftlich integriert und verlor damit seine politische Schlagkraft. Seit mehreren Jahrzehnten befinden wir uns jetzt jedoch wieder in einer Phase der Erosion genau dieser sozialen Garantien. (Wovon oben schon die Rede war.) Und hierin liegt die von Eiden-Offe benannte »inverse Aktualität« des Vormärz: »Was nach dem Ende dieser formierten Arbeiterklasse kommt, ist das Proletariat in einer wieder rohen, ausgewilderten, heterogen-buntscheckigen Form. Die stetige Erosion des »Normalarbeitsverhältnisses« treibt Klassenfigurationen hervor, die denen des Vormärz immer mehr ähneln. Es sind unreglementierte, »ungarantierte«, immer nur vorläufige Arbeitsverhältnisse; Arbeitsverhältnisse, die eine strukturelle Überqualifikation der Arbeitskraft – wie im Vormärz bei den Handwebern und Tuchscherern ... – mit systematischer Überausbeutung verbinden.«¹¹ Erinnern wir uns an den ersten Teil dieses Essays: Die Universität ist der Ort, der uns ideologisch und ausbildungstechnisch für diese Arbeitsverhältnisse fit machen soll, sie teilweise selbst stellt und im Umfeld der Uni produziert.

Nehmen wir also die hier entwickelten Gedanken auf: Auch wir brauchen eine neue Poesie der Bewegung und der Klasse. Sie müsste unseren partikularen Politiken eine gemeinsame, große, antikapitalistische Erzählung stiften, es also schaffen, unsere universitäre »Politik des Konflikts« und deren Anstrengungen in den Kontext anderer emanzipatorischer Ansätze und Bewegungen zu stellen, die Verwandtschaft verschiedener sozialer Bewegungen und deren Verbindungen erzählen. Sie müsste uns zu verstehen helfen, dass unsere »Politik des Konflikts« an der Universität letztendlich nicht der Verbesserung dieses oder jenes Missstandes gilt, sondern dass sie unser Versuch ist, systematisch widerständige Subjektivitäten, herrschaftskritisches Wissen und eine Teilbewegung zur Veränderung des falschen Ganzen hervorzubringen. Sie müsste es gleichzeitig – im Sinne des Vormärz – aufnehmen, an einer neuen Erzählung von »Klasse« zu arbeiten, in der die vom Bafög zehrende Studentin, der überarbeitete Pfleger, die Foodora-Fahrerin, die Späti-Verkäuferin, Geflüchtete und Depressive gleichermaßen Platz haben. Überall sind Proletarisierete, aber nirgendwo werden sie als Klasse

imaginiert. Diese Erzählung muss natürlich auf die marxische Begriffsbildung bezogen bleiben, diese aber nicht verdinglichen, sondern sie auf die neuen historischen Verhältnisse anwenden und wo nötig auch dehnen. Diese Erzählung kennt natürlich keine einzelne Autor*in. Vielmehr muss sie – gleich der »wilden Struktur« und der massiven essayistischen Produktion der 68er – eher plural, vielstimmig und doch als aufeinander bezogen gedacht werden. Bini Adamczak schreibt über die Texte der 68er, sie seien weniger Welterklärungsmodelle sondern »sie helfen, die Frage nach den entstehenden Fluchtlinien der Emanzipation zu beantworten, danach also, wie aus dem gesellschaftlichen Gefüge von Herrschaft, Widerstand und Begreih Konzepte von einem anderen Leben geboren werden.«¹²

Die neue Poesie von Bewegung und Klasse ist also auf der einen Seite immer schon theoretische Arbeit, auf der anderen Seite aber deren narrative und imaginäre Vermittlung. Sie darf sich nicht auf vorgefertigte verdinglichte Begriffe und Erzählungen verlassen, muss sowohl den Jargon der Epigonen kritischer Theorie, als auch den alt-ingestaubten der orthodoxen Marxist*innen vermeiden. Ja, es geht hier um Stil – einen Stil gegen die »dumpfe Orgie von Zynismus, Ironie und Brutalität« (Pasolini). Die Mittel der Wahl reichen vom Manifest über Erfahrungsberichte, Essays, Prosa, Lyrik und natürlich auch Filme usw. bis zur (Nicht-nur-)Theorie-Zeitschrift, wie die HUCh eine sein will. Im Falle explizit literarischer oder künstlerischer Produktionen müsste es eine Diskussion darüber geben, wie eine neue »revolutionäre Ästhetik« aussehen kann. Und natürlich gehört zu jeder künstlerischen und literarischen Anstrengung auch deren Kritik.

Die Poesie der Bewegung und der Klasse muss dabei eine antikapitalistische sein. Aber nicht weil das cool ist, sondern weil die Abschaffung der herrschenden Eigentumsverhältnisse die einzige Aussicht auf eine wirkliche Befreiung von der eingangs beschriebenen katastrophischen Gegenwart verspricht. Um es noch einmal zu betonen: eine solche »Poesie«, also die massive Produktion von emanzipatorischen und kritischen Narrativen, die die Verheerungen der »objektiven« ökonomischen Prozesse imaginativ verstehbar macht, muss an eine Praxis gebunden sein (in unserem Fall die universitäre Politik des Konflikts), wenn sie gegen das Meer an Information und die kulturindustrielle Verblödungsmaschine eine Chance haben will. Ich möchte hier noch ein Beispiel dafür nennen, wie ein Baustein für die hier skizzierte Poesie der Bewegung aussehen kann. Vor ein paar Monaten ist auf der Internetseite des Deutschlandfunks ein Artikel von Raul Zelik mit dem Namen »Postkapitalistische Perspektiven« erschienen. Zelik gelingt es zu zeigen, warum wir eine radikale Alternative brauchen und wo sich schon Bewegungen zu ihrer Verwirklichung aufmachen.¹³ Zelik (wohl nicht zufällig ein Schriftsteller) schafft das in einem bürgerlichen Medium, ohne auch nur ein Mal in irgendeinem, der nichtlinken Restwelt verschlossenen Jargon zu verfallen. Für mich stellt Zeliks Essay aus dem Grund so ein gutes Beispiel dar, dass es ihm hier gelingt, in einer »neuen Sprache« zu »erzählen«, warum wir einen radikalen Wandel brauchen. Es ist eine gewisse poetische Anstrengung nötig, um das in einer auch Nichteingeweihten offenstehenden Form zu leisten. Ein anderes Beispiel sind die Pamphlete des Unsichtbaren Komitees. Diese glänzen stilistisch auf ganz andere Art und sind vielleicht ein »dunkles« Gegenstück zu Zeliks Text. Sie schaffen eine Poesie des radikalen Bruchs, des Aufstands. Und noch eine weitere »neue Sprache« hat Bini Adamczak mit *Gestern Morgen* und ähnlichen Texten entwickelt, die wiederum ein trauerndes Verstehen unseres historischen Erbes möglich machen. Das im strengen Sinne literarische Pendant zu diesen essayistischen Texten fehlt jedoch bisweilen. Wo sind sie, die neuen radikalen Schriftsteller*innen? Wo werden sie stehen, zwischen Realismus und Avantgarde? Und wo sind die neuen Aktivist*innen, die mit diesen Widerstand organisieren und sich von der Poesie der Bewegung Hoffnung und Trost spenden lassen?

1 Badiou, Alain: Das Erwachen der Geschichte. Paris, 2011.

2 Ich borge mir diese Formulierung aus der Einleitung von »Nach Marx« Hg. von Rahel Jaeggi und Daniel Loick.

3 Hierin sind sich namenhafte Theoretiker*innen wie Silvia Federici, George Caffentzis und Gerald Raunig einig, wie die Debatte um die edu-factory zeigte. Einige Texte dieser Debatte sind hier zu finden: <http://eipcp.net/transversal/0809>.

4 Alle Zahlen aus: Seeliger, Berthold: Klassikkampf. Ernste Musik, Bildung und Kultur für alle. Berlin, 2017.

5 Vgl. Raunig, Gerald: Im Modus der Modulation. Fabriken des Wissens. HUCh No87.

6 Federici, Silvia; Caffentzis, George: Anmerkungen zur edu-factory und zum kognitiven Kapitalismus. <http://eipcp.net/transversal/0809/caffentzisierungfederici/de>. Letzter Zugriff am 01.11.2017.

7 Badiou, Alain: Das Erwachen der Geschichte. Paris, 2011. Badiou schreibt diese Zeilen natürlich mit Blick auf seine eigenen Erfahrungen '68. S.69

8 Ebd. S. 69

9 Ebd. S. 33

10 Eiden-Offe, Patrick: Die Poesie der Klasse. Romantischer Antikapitalismus und die Erfindung des Proletariats. Berlin, 2017. S. 24

11 Ebd. S. 37

12 Adamczak, Bini: Beziehungsweise Revolution. 1917, 1968 und kommende. Berlin 2017, S. 198.

13 Der Text ist auch in diesem Heft abgedruckt.



UNSINN

Referent_innenRat

STELLUNGNAHME ZU DEN ANSCHULDIGUNGEN DER STUDI-ZEITSCHRIFT UNAUF

Zu Beginn des neuen Semesters hat die Studi-Zeitschrift UnAuf eine neue »Enthüllung« veröffentlicht. Der Titel des Textes lautet: *Wer die Fäden in StuPa und RefRat zieht – und was passiert, solange keiner hinschaut*. Er spielt mit den allgemein verbreiteten Vorurteilen über das, was ASten machen. Der lange Artikel, der an Fakten dünn ist, soll ein kritisches Bild des RefRat und Studierendenparlamentes vermitteln. Mehr oder weniger erfolgreich stellt der Artikel den RefRat als eine Clique miteinander verschworener Freund*innen dar, die sich Posten hin und her schieben und vor allem das Geld der Verfassten Studierendenschaft für sich behalten oder verschwenden wollen. Die UnAuf führt verschiedene Aspekte auf, die diesen Eindruck bestätigen sollen. Außerdem kritisiert sie, dass einige Referenten schon mehrere Posten im RefRat hatten. Wir wollen zu den genannten Vorwürfen gern Stellung nehmen und gleichzeitig die Gelegenheit nutzen, zu skizzieren und zu berichten, wie der RefRat und das Studierendenparlament arbeiten.

Zunächst also ein paar Basics. Die Studierenden der Humboldt-Universität wählen jedes Jahr das Studierendenparlament mit 60 Sitzen. Die Parlamentarier*innen kommen von verschiedenen Listen – derzeit ca. 15 – und wählen die Referent*innen in den RefRat. Von diesem Verfahren wird in den Fällen abgewichen, in denen Referate konkrete Interessengruppen bzw. Communities vertreten sollen. In diesem Fall werden die Referent*innen von der jeweiligen Vollversammlung gewählt und vom StuPa bestätigt. So weit, so demokratisch. Die konkreten Verfahren und wie all dies zustande kommt, sind im Berliner Hochschulgesetz, in der Satzung der Studierendenschaft und weiteren Ordnungen geregelt. Es gibt seit vielen Jahren viele verschiedene Leute, die sich engagieren, um die Arbeit der Verfassten Studierendenschaft (VS) am Laufen zu halten.

Wie sieht nun die Arbeit der Referent*innen aus? Natürlich gibt es verschiedene Referate, die unterschiedliche Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte haben, gleichzeitig bemühen wir uns aber seit Langem unsere Aufgabenteilung gemeinschaftlicher zu gestalten, weil sonst vieles an Einzelpersonen hängen bleibt. Für die Arbeit im RefRat ist es dabei sinnvoll, dass es Leute gibt, die schon etwas länger dabei sind und die Erfahrung im Bereich Hochschulpolitik mitbringen. Wir sind im RefRat aufeinander angewiesen und müssen kooperativ arbeiten, um den Laden am Laufen zu halten. Gäbe es hier nur Leute, die gerade frisch angefangen haben, im hochschulpolitischen Bereich zu arbeiten, würde das die Arbeit erheblich erschweren und eine Wissens- und Erfahrungsweitergabe wäre nicht mehr möglich. Eine normale RefRat-Woche bedeutet für uns mindestens 10–20 Stunden Arbeit, dazu kommt die permanente Mailbearbeitung.



Wie steht es um die Aufwandsentschädigung, die die Referent*innen bekommen? Die arbeitsintensiven Kernreferate erhalten pro Monat eine pauschale Aufwandsentschädigung von 735 €. Die Kernreferate sollten mit zwei Personen besetzt sein, macht für die Einzelpersonen also 367,50 €. Das Finanzreferat stellt eine Ausnahme dar. Da bekommt seit 2013 jede Person 551,25 €. Alle anderen Referate erhalten einen halben BaföG-Satz und sind derzeit auch oft mit zwei Leuten besetzt, jede Person erhält dann also 183,75 €.

Mit der Summe von jährlich 114.000 €, die die UnAuf nennt, wird versucht zu suggerieren, dass es hier um eine riesige Menge Geld geht, die sich ein paar wenige Leute untereinander teilen. Zur Zeit gibt es 25 Referent*innen im RefRat, fünf Wahlvorstandsmitglieder und fünf Präsidiumsmitglieder. Bei 35 Leuten und zwölf Monaten in einem Jahr ergibt das eine durchschnittliche Summe von 270 € pro Person pro Monat. Das klingt dann wesentlich weniger spektakulär. Es stimmt auch nicht, dass die Referent*innen Lohn für ihre Arbeit erhalten. Wäre das der Fall, müsste man viele von uns besser bezahlen, da wir, die Aufwandsentschädigung als Stundenlohn gemessen, unter Mindestlohn arbeiten.

Wie kann nun so eine Woche praktisch aussehen? Der ehemalige Referent für Lehre und Studium, ein Amt, das auch der im Artikel harsch kritisierte Sascha lange Zeit inne hatte, kann berichten: »Montag findet eine Sitzung der Kommission für Lehre und Studium statt, drei Stunden lang werden Studien- und Prüfungsordnungen diskutiert und wir machen uns durch das Bestehen auf Einhaltung basaler Rechtsnormen unbeliebt. Am Dienstag findet, nach zwei Stunden Beratung, die mitunter emotional belastend ist, Plenum im RefRat statt. Das sind weitere drei Stunden Sitzung, die auch mal bei weitem weniger friedlich und einfach ablaufen, als sich UnAuf-Redakteur*innen und manche StuPa-Listen das vorstellen. Wir werden alle einzeln gewählt, von verschiedenen Mehrheiten im StuPa, und haben entsprechend unterschiedliche Standpunkte. Am Mittwoch findet die anwaltliche Sprechstunde statt. Diese beginnt um 15 Uhr mit der Verteilung der Wartenummern und kann bis 22:30 Uhr dauern. Das passiert in Zeiten, in denen unsere Uni besonders viele Leute besonders schlecht behandelt. Es kann auch noch später werden. Die Fälle, die den Anwalt erreichen, sind zudem noch besonders kompliziert. Fast nichts an dieser Beratung ist Routine.

GEHEN WIR NOCH AUF EIN PAAR WEITERE PUNKTE EIN:

Wenn wir Pech haben, hat eine Ratsuchende oder ein*e von uns unterstützte Kläger*in am Donnerstag schon um 9:00 Uhr einen Termin beim Verwaltungsgericht. Um informiert zu sein und um emotionalen Beistand zu leisten, begleiten wir auch mal Leute dahin. Freitag ist um 9:00 Uhr die Sprechstunde des Immatrikulationsbüros. Vielleicht braucht jemand Hilfe und bittet um Begleitung. Solche Wochen gibt es nicht immer. Aber es gibt sie.«

Diese Arbeit ist nämlich die, auf die wirklich niemand schaut. Die UnAuf erwähnt Beratungen als Tätigkeit der Referate beiläufig, als sei diese Arbeitswoche selbstverständlich. Sie hat auch kein Interesse daran, eine Recherche über die Willkür in Prüfungsausschüssen oder die unsozialen Aspekte vieler Studienordnungen zu machen. Lieber werden Referent*innen, amtierende oder ehemalige, diffamiert und der RefRat als eine machtvolle Instanz dargestellt, der es nur um Selbsterhaltung gehe. Bei näherem Hinsehen sollte allerdings klar werden, dass es uns um die Herstellung einer (hochschul-) politischen Situation geht, in der diese Selbstausbeutung nicht mehr notwendig ist, weil sich die Bedingungen der Studierenden wirklich verbessert haben. Davon sind wir aber weit entfernt.

Die Vorstellung, Referent*innen würden sich aus irgendeinem anderen Grund als aus Überzeugung so etwas lange antun, ist ein Schlag ins Gesicht vor allem für die Leute, die für die Arbeit im RefRat teilweise ihr Studium ruhen ließen oder andere Möglichkeiten des Einkommenserwerbs ausgeschlagen haben.

Alles in allem ist die Arbeit im RefRat nämlich eine vergleichsweise undankbare Tätigkeit. Professor*innen und das HU-Präsidium sehen uns nicht selten als den inneren Feind an der Uni. Wir sind angehalten, uns parteiisch für diejenigen Studierenden einzusetzen, für die eine Uni, unsere Uni, sich keine Zeit nimmt und keine Empathie entwickelt.

Die UnAuf, die immerhin auch behauptet, für Studierende zu sprechen, hat dieses Interesse anscheinend nicht und diskreditiert unsere Arbeit durch ihren suggestiven Artikel. Sie versucht unter dem Schlagwort »Transparenz« etwas ans Tageslicht zu tragen, was öffentlich stattgefunden hat und schriftlich veröffentlicht wird und behauptet einfach, es gäbe dabei etwas zu verstecken. Die Sitzungen von RefRat und StuPa finden eben öffentlich statt und genau dort – sowie in den Fachschaftsvertretungen – wird öffentlich nachvollziehbar über die Verwendung von Geldern und andere Anträge verhandelt.

Gleichzeitig steht dem RefRat ein Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung (so zum Beispiel zu diskutieren, wie wir mit den Anschuldigungen umgehen) zu und auch die Personalangelegenheiten sind aus datenschutzrechtlichen Erwägungen nicht-öffentlich (so wie überall anders auch). Die Forderung nach Transparenz erscheint uns daher eher als Ausdruck einer gewissen Faulheit, die sich darin ausdrückt, ein paar Mal im Jahr im StuPa Information darüber zu fordern, wie Geld ausgegeben wird. Die Antwort, die regelmäßig kommt, wird dann aber scheinbar nicht ernstgenommen: Jede Frage zur konkreten Verwendung von Geldern ist, innerhalb bestehender gesetzlicher Rahmen (Datenschutz vor allem) vom Finanzreferat zu beantworten, das alle Ausgaben tätigt. Es werden – vom StuPa beauftragt – regelmäßige Wirtschaftsprüfungen durchgeführt (die Berichte sind im Finanzreferat einsehbar). Das Finanzreferat beschäftigt sich mit jedem Euro und mit den Antragsteller*innen und bietet zwei Sprechstunden an. Dass weder die UnAuf, noch die im Artikel genannte empörte Liste »Power of Science« es je für notwendig erachtet haben, dort mit Fragen vorbeizuschauen, deutet wohl auf Desinteresse ihrerseits und nicht auf Intransparenz von unserer Seite hin.

Das StuPa verfügt nicht direkt über 780.000€. Diese Summe wird häufig genannt, weil der Haushalt der verfassten Studierendenschaft in etwa diesen Umfang hat, sie stimmt aber nicht, denn die Fachschaften – sozusagen die basisdemokratische Organisationen auf Instituts- oder Studiengangs-Ebene – haben den Anspruch auf ein Drittel davon. Weiterhin ist durch die existierenden Stellen vor allem im Sozialberatungssystem ein weiterer Teil des Gesamtbetrags als Personalkosten gebunden. Über den Haushalt wird geschrieben, dass der Fluss der Gelder im Titel »Veranstaltungen« nicht nachvollziehbar sei. Für welche konkrete Veranstaltungen es tatsächlich ausgegeben wird, kann aber gar nicht im Haushaltsplan stehen, da dies nicht der Sinn eines Haushaltsplans ist, der vor Beginn des Jahres verabschiedet wird.

Er soll den Rahmen festlegen, in dem sich die demokratisch legitimierten Gremien der Verfassten Studierendenschaft bewegen. Um »den Weg des Geldes im Einzelfall« zu verfolgen, müsste man auf jeden Beschluss jeder Fachschaft, des RefRats, des StuPas, jeder studentischen Initiative mit eigenem Budget usw. schauen. Das wäre mühsam. Ist aber in keiner anderen öffentlichen Institution anders (und in den meisten, zum Beispiel an der Humboldt-Universität, so gut wie unmöglich). Alle diese Gremien tagen öffentlich. Um diese Arbeit zu übernehmen, wird, so wie die Uni eine Haushaltsabteilung und ein Vize-Präsident für Haushalt hat, ein Referat für Finanzen gewählt, das Ausgaben und Erstattungen prüft und tätigt.

Der UnAuf schien es – wie gesagt – nicht interessant, mit diesem zu reden. Ihr war es wichtiger, den Eindruck zu vermitteln, man könne Geld sinnlos ausgeben, statt zu erklären, wie es zu jeder Ausgabe kommt: auf Beschluss eines demokratisch legitimierten Gremiums in der Verfassten Studierendenschaft, auf Grundlage von gesetzlichen Bestimmungen und einer strikten Kontrolle unterliegend.

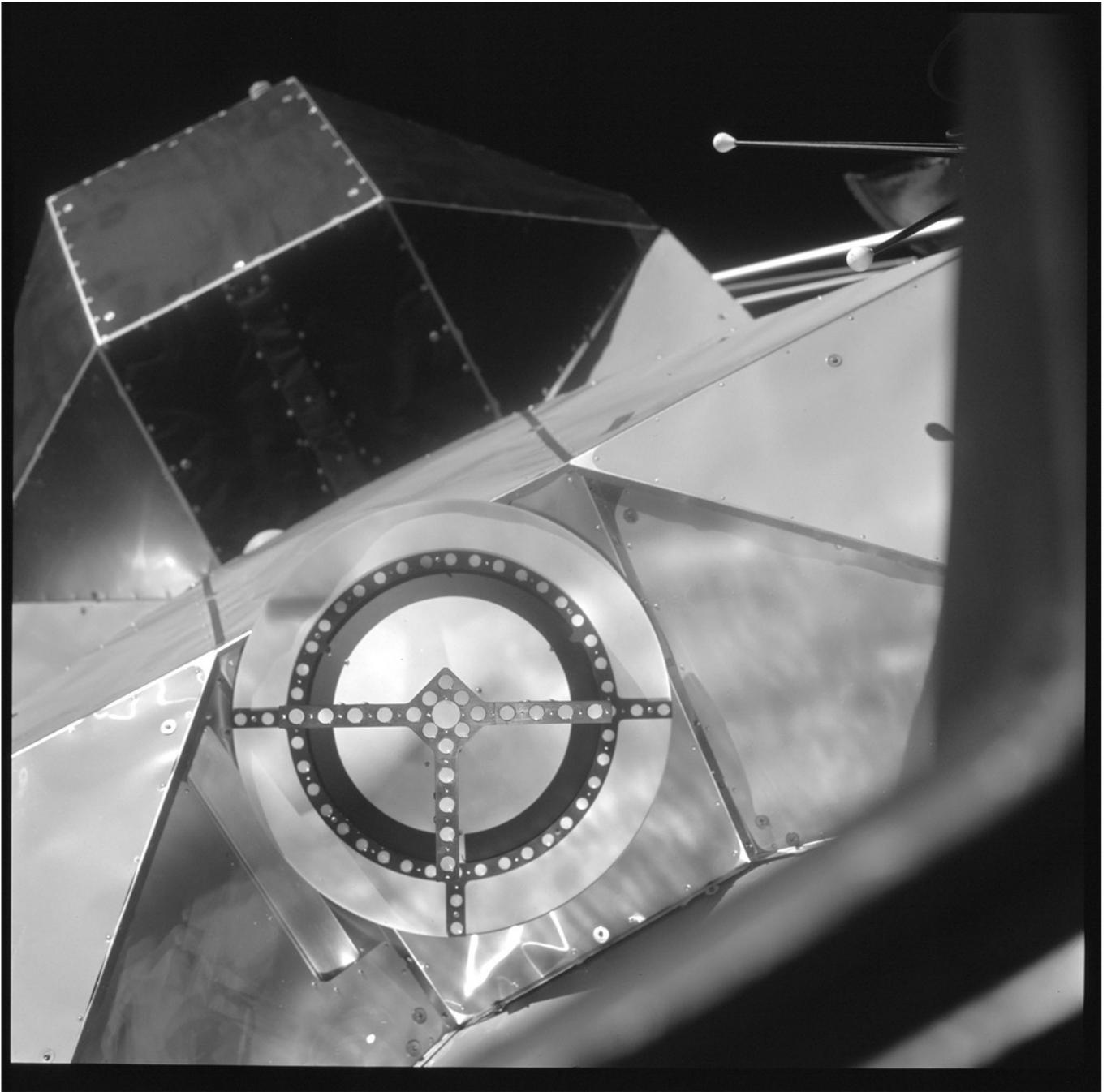
In dem Artikel wird darüber hinaus darauf hingewiesen, dass Ref-Rat-Wahlen nicht angekündigt würden. Darüber wurde in StuPa und RefRat oft diskutiert und dazu gibt es verschiedene Meinungen. Eine Meinung ist, dass jede Einladung zu einer StuPa-Sitzung und jede Ankündigung zu einer Sitzung zugleich die Ankündigung zur Wahl aller Referate ist. Denn im Gegensatz zu sogenannten Koalitions-Asten werden Referate im RefRat kontinuierlich gewählt und jede*r kann jederzeit dazu stoßen. Es ist ein Beispiel für die besondere Offenheit der studentischen Vertretung an der HU. Man kann es anders sehen. Aber jede explizite Einladung zur Wahl eines konkreten Referates würde den Eindruck erzeugen, diese würde sonst nicht stattfinden. Das wäre ein falscher Eindruck.

Desweiteren beschwerten sich die Journalist*innen, die Termine für die Ausländer*innen-Vollversammlung, FrauLesben-Trans*-Vollversammlung usw. würden nicht an alle knapp 40.000 Studierenden der HU verschickt. Abgesehen davon, dass das nicht gemacht werden muss, und dass es der jeweiligen organisierten Community obliegt, wann und wie sie zu ihren Veranstaltungen einlädt, werden alle Termine der Vollversammlungen auf der Webseite des entsprechenden Referats veröffentlicht. Es besteht, wie überall in der Politik, nicht nur eine Bringschuld, sondern auch eine Holschuld.

Auch der Abschnitt über das Referat für Antifaschismus zeigt sehr gut, wie suggestiv die UnAuf arbeitet. Selbstverständlich gab es keine Personalunion (und erst recht keine doppelte Auszahlung von Aufwandsentschädigungen). Dies ist aus den StuPa-Protokollen klar ersichtlich. Es wird aber suggeriert, dass der ehemalige Referent, dessen angebliche Unehrllichkeit im ganzen

Absatz Thema ist, etwas zu verstecken haben könnte. Da gibt es aber nichts. Das Referat für Antifaschismus war bis zur Neuwahl unbesetzt. So einfach ist die Welt manchmal. Auch die Unterstützung der RefRat-Struktur, die der ehemalige Referent in seiner Bewerbung anführt, wird von der UnAuf diskreditiert. Am Anfang dieses Jahres musste der RefRat vom Hauptgebäude in die Ziegelstraße ziehen, ein aufwendiges Unterfangen. Die Kommunikation mit Umzugsunternehmen und zahlreichen Unistellen, das Kämpfen für einen Vertrag, der uns die Rückkehr in die alten Räume sichert und die Kommunikation mit den zahlreichen Initiativen, die vom RefRat abhängen, waren damals extrem viel Arbeit. Diese übernahm damals zu einem großen Teil der Antifa-Referent.

Kommen wir zum Schluss. Die Antwort, auf die am Ende des UnAuf-Artikels gestellte Frage, wer zwei von den langjährig Aktiven davon abhalten sollte, weiter ihre Arbeit zu tun, ist eine ganz einfache. Das können selbstverständlich die Wähler*innen selbst, denn – ob die UnAuf es glaubt oder nicht – so funktionieren demokratische Institutionen. Geheime Mächte dort zu finden, wo keine sind, ist keine journalistische Leistung, sondern zeigt nur, womit die UnAuf arbeitet: Polemik und Populismus. Wir im RefRat und StuPa haben bessere Kritiker*innen und die Studierenden der HU einen besseren Journalismus verdient.



POSTKAPITALISTISCHE PERSPEKTIVEN

Raul
Zelik

2016 lautete einer der am häufigsten zu hörenden Sätze: Die Welt ist aus den Fugen geraten. Und wirklich: In einer ganzen Weltregion von der westafrikanischen Sahelzone bis an die Grenzen Chinas herrscht Krieg. Hunderte Millionen Menschen rätseln, wie sie in ein besseres Leben emigrieren können, ohne auf dem Weg zu ertrinken. In den Megacities des globalen Südens ist der Drogenhandel zur einzigen Aufstiegsoption für Menschen aus der Unterschicht geworden; als Folge davon zerfallen Rechtssysteme und Gemeinschaften. Und in den wohlhabenden Ländern des Nordens schließlich hofft ein wachsender Teil der Bevölkerung, sich von diesen unheilvollen Entwicklungen durch die Errichtung von Grenzzäunen abkoppeln zu können. Dazu kommen der Klimawandel, das Erstarken des religiösen Fanatismus — längst nicht nur in muslimischen Gesellschaften —, wachsende geopolitische Spannungen sowie die rasante Entwicklung der Kriegs- und Überwachungstechnologien, die ganz neue Formen von Zerstörung und autoritärer Herrschaft möglich machen. Eigentlich liegt auf der Hand, was in einer solchen Situation zu tun wäre: Wenn das Alte stirbt, muss darüber gesprochen werden, wie etwas Neues aussehen könnte. Wir brauchen Antworten auf die wachsende globale Ungleichheit; brauchen Strategien der Sorge, die die Zerstörung der Natur und den Zerfall von Gesellschaften stoppen; eine Politik, die die Spirale der Militarisierung unterbricht und Sicherheit wieder als soziale Frage definiert. Doch wie lässt sich darüber reden, ohne in einen verträumten, wirklichkeitsfernen Utopismus zu verfallen?

KAPITALISMUS ALS MOTOR BEI DER VERSCHÄRFUNG VON EINZELKRISEN

Zunächst muss man wohl erklären, was die Einzelkrisen überhaupt miteinander zu tun haben. Denn auf den ersten Blick haben der Krieg in Syrien und der mexikanische Drogenhandel, Massenmigration und das Erstarken des Rassismus sehr unterschiedliche Ursachen. Doch wenn man gedanklich einen Schritt zurückmacht, um sich die Lage vor Augen zu führen, lässt sich ein Gesamtzusammenhang nicht übersehen: Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit leben wir in einem echten Welt-system. Wir kaufen dieselben Marken, shoppen in den gleichen Einkaufszentren, stehen länger als eine Stunde täglich im Stau und folgen — das ist das Entscheidende — einem identischen Handlungskalkül: Gut ist, was sich in Geldwerten auszahlt. Die Unterschiede, die es natürlich nach wie vor gibt, haben vor allem mit dem Einkommen zu tun. Das Leben der Oberschicht in Brasilien, Nigeria oder Saudi-Arabien ähnelt dem amerikanischen Vorbild in vieler Hinsicht verblüffend. Anders ausgedrückt: Wie stark wir unsere nationale Identität und persönliche Individualität auch betonen mögen, unsere Verhaltensweisen werden doch maßgeblich von einem ökonomischen Gesamtsystem diktiert — das sich durch einen Weltmarkt, transnationale Arbeitsteilung und den Zwang zur Mehrung des eingesetzten Kapitals auszeichnet. Und eben dieses ökonomische System namens



Kapitalismus stellt einen Motor bei der Verschärfung der vielfältigen Einzelkrisen dar. Inwiefern? Da ist erstens die ihm eigene Schrankenlosigkeit: Wenn unserem ökonomischen System ein Handlungsprinzip eingeschrieben ist, dann ist es das der räumlichen und quantitativen Expansion — und das bereits seit dem Aufkommen der ersten Welthandelsmächte im 14. Jahrhundert. Diese Schrankenlosigkeit bedeutet: Alle Menschen werden in globale Arbeitsteilung und Konkurrenz hinein gezwungen, und die produzierten Werte sollen ins Unendliche wachsen. Das Problem daran ist, dass das stofflich unmöglich ist, weil Werte und Güter auf einem begrenzten Planeten nicht unbeschränkt wachsen können; und dass zum anderen eine Weltgesellschaft entsteht, die in sich tief gespalten ist.

Denn hier ist man sofort bei der zweiten großen Eigenschaft unseres ökonomischen Systems. Es tendiert dazu, soziale Widersprüche extrem zu verschärfen. Heute besitzen die 85 reichsten Menschen, nach anderen Berechnungen sind es gar nur acht, so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, also 3,5 Milliarden Menschen, zusammen. Und genau diese Verbindung wiederum ist verantwortlich für die Migrationsströme, über die heute so viel gesprochen wird: Ein Drittel der Weltbevölkerung lebt nach wie vor von Landwirtschaft. Weil sich Kleinbauern auf dem Weltmarkt nicht gegen die industrielle Agrarproduktion behaupten können, verlieren Hunderte Millionen Menschen ihre Lebensgrundlage. Wer sich ein realistisches Bild von den Migrationsbewegungen der Gegenwart machen will, dem sei ein Besuch in einem der Mega-Slums des globalen Südens empfohlen. In den Elendsvierteln von Mumbai, Kinshasa oder Bogotá kann man ermesen, wie wenig unsere Weltwirtschaft trotz des produzierten Reichtums in der Lage ist, auch nur elementarste Bedürfnisse zu befriedigen. Eine Milliarde Menschen leben heute als »Überflüssige« in Slums. Und auch die Rückkehr des scheinbar Vormodernen — der Zerfall von Staaten, der Fanatismus, die Bürgerkriege — hat mit diesem Mechanismus zu tun. Das Problem ist nicht etwa, dass das Weltsystem noch nicht überall angekommen wäre, sondern im Gegenteil, dass die Länder des Südens keinen Platz in ihm finden. Weil die Produktionskapazitäten der Industriestaaten groß genug sind, um den gesamten Weltmarkt abzudecken, ist eine eigene industrielle Entwicklung des Südens kaum möglich. Was bleibt, ist der Ausverkauf von Rohstoffen — was nicht nur zur Ausplünderung der Natur, sondern auch der der Staatsapparate führt.

Man könnte die Lage also so beschreiben, dass unser ökonomisches Weltssystem dabei ist, sich zu Tode zu siegen. Es hat die gesamte Weltbevölkerung aus ihren traditionellen Bindungen herausgebroschen, ist jetzt aber nicht in der Lage, diesen Menschen einen neuen Platz zu bieten. Es hat einen nie da gewesenen technologischen Sprung möglich gemacht, verschärft damit aber nur die materielle Not derjenigen, die überflüssig geworden sind. Es hat gigantische Vermögen produziert, die aber nicht mehr wissen, wohin mit sich – was zur Bildung immer neuer Spekulationsblasen führt. Und schließlich hat es alle politischen Widerstände besiegt, was letztlich nur dazu führt, dass es nun kein Korrektiv mehr gibt. Doch wie könnte man aus diesem Prozess, der unser ganzes Leben und alle Räume auf dem Planeten kolonisiert hat, wieder aussteigen? Der spanische Soziologe César Rendueles liefert in seinem 2015 auf Deutsch erschienenen Essay *Soziophobie* eine überraschende Antwort. Er schreibt, dass wir Opfer eines utopischen Projekts geworden seien und uns deshalb auf das Vernünftige besinnen sollten. Das Utopische ist für Rendueles nicht die Suche nach Alternativen, sondern der Ist-Zustand: die Allmacht der Märkte.

Rendueles schreibt, der Liberalismus habe ab dem 18. Jahrhundert ein Projekt verfolgt, wie es radikaler kaum hätte sein können. Es sei darum gegangen, die starren sozialen Bindungen der Traditionen, Familien und Zünfte zu überwinden und diese durch einen flexiblen Mechanismus zu ersetzen, der ohne allzu viele persönliche Kontakte auskommt: den Markt. In dieser Hinsicht repräsentierte der Liberalismus ein großes Versprechen: mehr persönliche Freiheit und Individualität. Doch Rendueles widerspricht. Feste soziale Bindungen sind die Grundlage der menschlichen Existenz. Ohne sie können wir nicht existieren, denn mindestens ein Viertel unseres Lebens sind wir, als Kinder, Alte oder Kranke, von der Sorge und Pflege durch andere abhängig. Der Liberalismus, der von den unabhängigen Individuen ausgeht, verfolge also ein Transformationsprojekt, das den Menschen von seiner vielleicht menschlichsten Seite zu befreien sucht. Keine Gesellschaft könne sich jedoch über einen längeren Zeitraum der realen Voraussetzungen menschlicher Existenz entledigen. Rendueles knüpft mit dieser Argumentation an den ungarischen Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi an, der die großen Katastrophen des 20. Jahrhunderts – die Weltkriege und das Erstarken des Totalitarismus – in seinem 1957 veröffentlichten Werk *The Great Transformation* mit den Marktprozessen erklärt hatte. Der schrankenlose, »entbettete« Markt, so der Polanyische Begriff, führe zu kultureller, sozialer und ökologischer Verwahrlosung und zerstöre damit die beiden Voraussetzungen jeder Ökonomie – die Gesellschaft und die Natur. Demgegenüber sei das Vorhaben der Linken immer überschaubar gewesen. Diese habe nach einem Hebel gesucht, um die großen gesellschaftlichen Probleme lösen zu können. Und die Analyse der Machtbeziehungen wiederum habe sie zu der Überzeugung gebracht, dass die Änderung der Eigentumsverhältnisse einen solchen Hebel darstelle.

Natürlich wäre es naiv zu glauben, Armut, Umweltzerstörung, Fundamentalismus oder die Unterdrückung von Frauen würden einfach verschwinden, wenn das Eigentum an großen Produktionsanlagen aus privaten in gemeinschaftliche Hände überginge. Aber die genannten Probleme wären dann einfacher, nämlich in politischer Deliberation zu lösen: als Verständigungsprozess der Gesellschaft. Es würden nicht mehr die Privatinteressen der Vermögensbesitzer vorgeben, worin investiert und wie gelebt, produziert und konsumiert wird. Die Gesellschaft könnte bewusst über diese grundlegenden Fragen entscheiden. Und eine erste Konsequenz wäre sicherlich, die Ungleichheit zu verringern und allen ein sicheres Dasein zu garantieren – bekanntermaßen die wirksamsten Mittel zur Bekämpfung von Gewalt.

Nach dem Scheitern der sozialistischen Staaten 1989 scheint allerdings genau dieser Ansatz, nämlich die Annahme, dass Gemeineigentum die Lösung unserer Probleme sein könnte, gründlich widerlegt. Die Trägheit der Staatsbürokratie und der fehlende Anreiz für den Einzelnen machten die sozialistische Wirtschaft ineffizient. Zwar wurde in den sozialistischen Staaten einiges für die öffentliche Grundversorgung – für Gesundheit, Bildung oder Kultur – getan, doch ansonsten blieb von den emanzipatorischen Versprechen wenig übrig. Von einer Verkürzung der Arbeitszeiten oder einer Befreiung von stupiden Tätigkeiten konnte keine Rede sein. Die Umweltzerstörung war noch dramatischer als in kapitalistischen Gesellschaften. Und was die demokratische Mitsprache anging, fiel das sozialistische Lager ebenfalls weit hinter die bürgerlichen Staaten zurück.

Es gibt jedoch zwei gewichtige Argumente, warum wir auf der Suche nach gesellschaftlichen Alternativen um die Frage nach dem Gemeineigentum nicht herumkommen. Da ist erstens die Tatsache, dass sich an dem grundlegenden Problem des großen Privateigentums an Produktionsmitteln nichts geändert hat: Die Macht der Konzerne, der Immobilienfonds und Superreichen steht gesellschaftlichen Lösungen immer wieder im Weg. Wir alle kennen das: Bei Umfragen sagt eine Mehrheit der Befragten regelmäßig, sie fände es gut, wenn Reichtum gerechter verteilt wäre und Milliardäre mehr zum Steueraufkommen beitragen müssten. Doch obwohl die wachsende Ungleichheit die Gesellschaft zerreißt und öffentliche Einrichtungen verrotten, setzen sich die Interessen der Bevölkerungsmehrheit nicht durch. Wie kann das sein – in einer Demokratie? Die Antwort lautet: Weil die großen Vermögen eine gerechtere Verteilung des Reichtums systematisch verhindern. Und ihre Macht nimmt weiter zu: Unternehmen werden größer, die Reichen reicher, die Lobbys durchschlagkräftiger. Der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch prägte vor diesem Hintergrund schon vor einem Jahrzehnt den Begriff der »Postdemokratie«. Der Sozialismus mag gescheitert sein. Aber die Macht der Privatvermögen und die Logik der Kapitalvermehrung bleiben für demokratische Lösungen gesellschaftlicher Probleme unüberwindbare Hindernisse.

Der zweite Grund, warum wir die Frage nach dem Gemeineigentum neu stellen sollten, ist folgender: Die traditionelle liberale These lautet, dass eine auf Gemeineigentum beruhende Ökonomie nicht funktionieren kann, weil Güter, die der Allgemeinheit gehören, nicht gepflegt werden und weil der Einzelne ohne individuellen Vorteil nicht bereit ist, sich zu engagieren. Doch genau diese These ist in den letzten Jahren gründlich widerlegt worden. Die Untersuchung der Commons, der sogenannten Allmendegüter, hat gezeigt, dass kollektives Eigentum bisweilen über lange Zeiträume sehr gut gepflegt wird und zudem auch Grundlage innovativer technologischer Prozesse sein kann. Die US-Ökonomin Elinor Ostrom erhielt für ihre Untersuchungen über Allmendegüter 2009 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften. Sie zeigte, dass traditionelle Allmendegüter – Weide- oder Forstland, küstnahe Fischbestände, Bewässerungssysteme, Wege, Gebäude und so weiter – über Jahrhunderte von Gemeinschaften kollektiv genutzt und nachhaltig gepflegt wurden. Und dies in selbstorganisierten Systemen, in denen Regelverletzungen zwar bestraft wurden, es aber keine staatliche Kontrollinstanz gab. Ostroms Studien kreisten auch um die Frage, welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, damit selbstorganisierte Systeme des Gemeineigentums funktionieren können: Zum Beispiel müssen die Regeln gemeinsam entwickelt worden und veränderbar sein. Es muss eine gewisse Überwachung geben; und die Möglichkeit von Strafen, die allerdings nicht zu restriktiv ausfallen sollten und so weiter.

TRADITIONELLE UND MODERNE GEMEINGÜTER

Die Beobachtungen leuchten sofort ein. Wenn Menschen gemeinsam Regeln entwickelt haben, ihren Sinn begreifen und eine nicht allzu aufdringliche Form der gegenseitigen Kontrolle herrscht, dann sind sie normalerweise auch bereit, sich an Abmachungen zu halten und gemeinsame Interessen über individuelle zu stellen. Es gibt aber nicht nur traditionelle Gemeingüter, sondern auch sehr moderne. Wir alle sind mit solchen – digitalen – Commons vertraut; mit Gütern, die niemandem gehören, aber von vielen produziert und allen genutzt werden. Zum Beispiel mit der Online-Enzyklopädie Wikipedia oder mit freier Software wie dem Betriebssystem Linux und dem Browser Firefox. Diese digitalen Commons sind in bemerkenswerten Arbeitsprozessen entstanden: Eine internationale Gemeinschaft von Programmierern hat ohne hierarchische Arbeitsorganisation, ohne Chefs und materielle Gegenleistung kooperiert – einfach, weil es die Beteiligten interessant fanden, gemeinsam zu arbeiten, mit anderen Probleme zu diskutieren und das Produkt hinterher allen zur Verfügung zu stellen. Diese Commons-Ökonomie, die auf Gemeineigentum und freier Assoziation beruht, ist in den letzten Jahren vom Markt wieder zurückgedrängt worden und lässt sich auch nicht so einfach auf die Gesellschaft projizieren. Immerhin macht es einen großen Unterschied, ob man eine inhaltlich interessante Tätigkeit (wie Programmieren) ausübt oder ob man unentgeltlich Müll wegräumt. Aber das Beispiel beweist doch zumindest, dass es nicht am Gemeineigentum als solchem gelegen haben kann, dass die sozialistischen Staaten zusammenbrachen.

Was bedeutet das nun für unsere Ausgangsfrage – für die Suche nach Alternativen? Wenn dem Gemeineigentum für postkapitalistische Alternativen weiterhin große Bedeutung zukommt, weil die Macht der Konzerne und die Konkurrenzlogik der Marktteilnehmer solidarische gesellschaftliche Lösungen blockieren, und wenn gleichzeitig der Staat als Hauptakteur der sozialen Emanzipation im 20. Jahrhundert immer wieder gescheitert ist, dann gibt es nur einen plausiblen Ausweg: Eine gemeinwirtschaftliche Alternative muss aus der Gesellschaft heraus entwickelt und bereits in ihrem Entstehungsprozess demokratisch »vergesellschaftet« sein.

Viele kapitalismuskritische Autoren haben diese These in den letzten Jahrzehnten verteidigt. Der US-Soziologe Erik Olin Wright beispielsweise spricht zur Veranschaulichung des Problems von einem Machtdreieck aus Staat, Kapital und Gesellschaft. Der Kapitalismus habe die Macht des Kapitals gegenüber Staat und Gesellschaft erweitert, der Sozialismus den Staat aufgewertet. Die Herausforderung heute laute die Gesellschaft gegenüber Kapital und Staat zu ermächtigen. Das passiert bereits tagtäglich und seit vielen Jahrzehnten: Zehn Prozent der Weltbevölkerung sind in Genossenschaften organisiert – man baut und verwaltet gemeinsam Wohnhäuser, verfügt über Sparkassen, die zumindest der Struktur nach demokratisch kontrolliert werden, oder produziert als Kooperative Industriegüter. Aber auch dort, wo politischer Druck die öffentliche Grundversorgung stärkt, wird die Gesellschaft ermächtigt. Wenn Kitas kostenlos sind, das Gesundheitssystem, die Rente oder der Nahverkehr öffentlich, solidarisch finanziert und demokratisch kontrolliert werden. Bei den Überlegungen Erik Olin Wrights kommt dem Staat weiterhin eine wichtige Rolle zu, denn es braucht eine gesamtgesellschaftliche Institution, die übergreifend Solidarität herstellt. Anders als im Sozialismus wäre der Staat in Wrights Konzept aber eher Garant als zentrale Instanz des Prozesses.

EMANZIPATORISCHE ÜBERWINDUNG DES KAPITALISMUS

Dass der Postkapitalismus als gesellschaftliche Bewegung entstehen muss, die solidarische, demokratisierende, ökologische und emanzipatorische Praktiken miteinander verknüpft, vertritt auch ein anderer wichtiger US-amerikanischer Theoretiker: der marxistische Gesellschaftswissenschaftler David Harvey. Er ist der Ansicht, dass eine postkapitalistische Alternative ähnlich entstehen müsse wie einst der Kapitalismus. Der setzte sich ab dem 14. Jahrhundert nämlich durch, weil sich verschiedene Prozesse überlagerten: technische Neuerungen, ein utilitaristisches Naturverhältnis, das die Ausbeutung der Umwelt regelrecht propagierte, die bürgerliche Kleinfamilie, die besondere Autonomie der Städte gegenüber den Feudalherren, aber eben auch die Erschließung eines globalen Handelsraums durch die blutige Kolonisierung des Südens. Keine dieser Entwicklungen hatte zum Ziel, den Kapitalismus einzuführen. Das neue System war eine relativ zufällige, aber dann doch stabile und in diesem Sinne zumindest im Rückblick zwangsläufige Verbindung.

Die Herausforderung heute ist größer, denn es geht nicht nur darum, dass der Kapitalismus durch etwas Neues abgelöst wird. Das Neue kann ja auch viel schlimmer sein als das Bestehende. Nein, die Aufgabe lautet, eine emanzipatorische Überwindung voranzutreiben. Man müsste also die vielfältigen Entwicklungen in der Gesellschaft daraufhin überprüfen, ob sie eher emanzipatorische oder reaktionäre Wirkung entfalten: ob sie Herrschaftsverhältnisse verringern oder aber die sozialen und demokratisierenden Errungenschaften der Moderne zugunsten autoritärer Herrschaftsformen zurückdrängen.

Einige Theoretiker des Postkapitalismus vertrauen darauf, dass die technische Entwicklung fast automatisch zu einer besseren Lage führen werde. Die Akzelerationisten, eine neuere Philosophieschule um die britischen Theoretiker Nick Srnicek und Alex Williams, argumentieren beispielsweise in diese Richtung. Sie vertreten die Ansicht, dass wir ganz auf den technologischen Fortschritt setzen sollten, weil die Automatisierung der Produktion auf dreifache Weise emanzipatorisch wirke. Erstens Sorge sie dafür, dass die Herstellung von Gütern billiger wird. Sprich: Der gesellschaftliche Reichtum wächst, gleichzeitig lässt sich aber immer weniger Profit damit machen. Die Unternehmen können diesem Prozess nur entgegenwirken, indem sie ihre Güter weit über den eigentlichen Herstellungskosten verkaufen – was nur durch künstliche Monopole, die Ausweitung von Patentrechten oder durch die symbolische Aufwertung von Waren gelingt (wie es zum Beispiel bei Turnschuhen durch Werbekampagnen geschieht). Auf Dauer sind künstlich überhöhte Preise aber nicht so einfach aufrecht zu halten.

Der zweite positive Effekt der Automatisierung bestehe darin, dass diese die Bedeutung der Kooperation größer werden lasse. Tatsächlich macht Automatisierung das Wissen zum wichtigsten Produktionsfaktor. Nicht mehr die konkrete Tätigkeit des einzelnen Arbeiters am Fließband schafft den Wert, sondern das allgemeine Wissen, das in der Software steckt und oft keiner spezifischen Gruppe von Programmierern mehr zugeordnet werden kann. Dieses Wissen wiederum entwickelt sich am besten, wenn es frei geteilt wird, und ist dementsprechend mit Gemeineigentum besser vereinbar als mit Privattem. Freie Kooperation und offene Zugangsmöglichkeiten sind seit jeher Grundlage der Wissensproduktion.

Und drittens schließlich befreie uns, so die Akzelerationisten, die Automatisierung von der lästigen Arbeit.

DIE CARE-ETHIK ALS DRITTER WEG

Das Problem an dieser Argumentation ist, dass sie zu einer un-guten Tradition der Linken zurückkehrt: zum Geschichtsdeter-minismus. Für die Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhun-derts war dieses Denken charakteristisch. Sozialer Fortschritt erschien als Nebenprodukt technischer Entwicklung. Die Sozialdemokraten waren der Ansicht, man könne sich auf die Verwal-tung des Staates beschränken und abwarten, dass anonyme Ak-tiengesellschaften zu sozialistischen Unternehmen mutierten. Die Kommunisten hingegen meinten, rückständige Gesellschaf-ten erst einmal mit Gewalt industrialisieren zu müssen, bevor man über soziale Emanzipation nachdenken könne. Die Folgen sind bekannt: Die Sozialdemokratie schloss ihren Frieden mit den Verhältnissen, die Kommunisten errichteten eine Entwick-lungsdiktatur nach der anderen. Man sollte der Begeisterung für den technischen Fortschritt also nicht zu schnell verfallen. Zu-mindest braucht die Debatte um Gesellschaftsalternativen star-ke Korrektive, die den Blick wieder auf die sozialen Prozesse len-ken. Ein zentraler Beitrag hierfür ist der — ursprünglich aus dem feministischen Kontext stammende — Begriff der »Care-Ethik«. Dabei handelt es sich um eine Moralphilosophie des Sorgens, die im Unterschied zum Denken der liberalen Aufklärung die Be-deutung gegenseitiger Abhängigkeiten betont. Während traditi-onelle ethische Ansätze vom Individuum ausgehen und sich mit der Frage beschäftigen, ob das Handeln des Einzelnen tugend-haft ist, was es für Konsequenzen nach sich zieht oder welche Motive den Handelnden bewegen, stellt die Care-Ethik die so-zialen Beziehungen in den Mittelpunkt. Für sie geht es darum, wie das Geflecht sozialer Bindungen bewahrt werden kann. Man könnte es so ausdrücken: Der Liberalismus misst den Erfolg der Gesellschaft anhand der Mehrung des Wertes, der Sozialismus ihn am Wachstum der Güterproduktion. Auf der Grundlage der Care-Ethik hingegen würde eine Ökonomie vor allem danach be-urteilt werden, ob sie soziale Bindungen stärkt, die Sorge um Schwache sicherstellt und die Natur schützt.

Auch in der »Postwachstums«-Debatte werden solche Fragen aufgeworfen. In Anbetracht des Klimawandels sind die ökologi-schen Grenzen des Wachstums nicht länger zu leugnen. Immer mehr Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaftler plädieren deshalb dafür, das Wachstumsparadigma aufzugeben. Von »Degrowth«, einem bewussten Schrumpfen ist die Rede. Doch die meisten Autoren blenden dabei aus, dass dies im Kapitalis-mus kaum möglich sein wird. Denn wie soll Wert vermehrt wer-den, wenn die Güterproduktion zurückgeht? In der Postwachs-tums-Debatte gibt es allerdings auch Beiträge, die an dieser Stelle weiterdenken. Zum Beispiel gibt es das ursprünglich aus Lateinamerika stammende Konzept des »buen vivir«, des guten Lebens. Traditionelle indigene Gesellschaften des Andenraums verwenden den Begriff, um eine harmonische Existenz in Ein-klang mit Gemeinschaft und Natur zu beschreiben. Während un-ser Wohlstand über Konsum definiert ist, erinnert der Begriff des buen vivir daran, dass ein erfülltes Leben für das Gattungswesen Mensch vor allem durch verlässliche und inspirierende Sozia-lbeziehungen, durch körperliches Wohlbefinden und das Einge-bettetsein in eine vielfältige Natur charakterisiert ist.

WELCHE BEDÜRNISSSE HABEN WIR EIGENTLICH?

Nimmt man diesen Gedanken ernst, müssten wir uns ganz neu darüber verständigen, was eigentlich die Bedürfnisse sind, die zu befriedigen wären. Denn unsere Wunschproduktion heute ist von einer profitorientierten Werbe- und Kulturindustrie völlig kolonisiert. Es gibt also eine Reihe von Debatten, die miteinander verknüpft werden müssten. Und anders als häufig unterstellt wird, besitzen wir durchaus eine Idee davon, wo die Reise hingehen müsste. Die meisten von uns werden vermutlich zustimmen, dass mehr Gleichheit zwischen den Geschlechtern, eine Verkür-zung der Arbeitszeit, eine gerechtere Verteilung des Reichtums,

die ökologische Umgestaltung unserer Lebensweise, eine Stär-kung der öffentlichen Grundversorgung sowie eine tiefgreifen-de Demokratisierung aller unserer Lebensbereiche, also auch der Arbeitswelt, wünschenswert wären. Und zumindest viele von uns wären wohl auch einverstanden, dass die Stärkung de-mokratischen Gemeineigentums — wie es in Energiegenossen-schaften oder kommunalen Stadtwerken aufblitzt — eine sinn-volle Maßnahme in diesem Zusammenhang wäre.

Wir wissen durchaus, was emanzipatorischen Fortschritt aus-zeichnet. Und postkapitalistische Alternativen, die mehr sein wollen als Fantastereien, müssen an solchen konkreten Schrit-ten anknüpfen. Sie müssen aufzeigen, was es bereits heute an sozialen Praktiken und Institutionen gibt, die über den Kapitalis-mus hinausweisen. Die politische Aufgabe besteht darin, diese Praktiken zu einer Bewegung zusammenzuführen, die die sozi-alen und demokratischen Errungenschaften der Moderne nicht preisgibt, sondern vertieft. Eine so verstandene Veränderung hätte mit den Revolutionen des 20. Jahrhunderts vermutlich erst einmal wenig zu tun. Sie müsste sich aber auch deutlich vom klassischen Reformismus unterscheiden. Das Problem besteht nämlich einerseits darin, dass eine umfassende Transformation unseres Lebens nicht einfach durch die Eroberung der Staats-macht »eingeführt« werden kann, sondern sich gesellschaftlich in Alltagspraxis ausbreiten muss. Andererseits aber besteht es auch darin, dass solche Veränderungen gewaltige Widerstände produzieren, sobald sie die Nischen des alternativen Lebens ver-lassen, und das wiederum bedeutet, dass gesellschaftliche Kräf-teverhältnisse verändert werden müssen, um ein Projekt des Ge-meinsamen, des Solidarischen und der Care-Ethik möglich zu machen. Auch wenn es nicht um revolutionäre Machtübernah-men geht, kann es Veränderungen ohne soziale Kämpfe nicht geben.

SOZIALE EMANZIPIATION WURDE IN DER GESCHICHTE NIE GESCHENKT

Wir müssen uns wohl vergegenwärtigen, dass soziale Emanzi-pation in der Geschichte nie geschenkt und auch nie einfach als Reformprogramm erlassen wurde, sondern immer gegen die In-teressen der jeweils Mächtigen durchgesetzt werden musste. Und dabei ging es auch immer darum, reaktionäre Krisenlösun-gen zu verhindern. Der Ausstieg aus der heißlaufenden Maschi-ne Kapitalismus stellt, auch wenn es durchaus Ansatzpunkte gibt, eine gewaltige Herausforderung dar. Aber das war der Weg von Aufklärung und Emanzipation schon immer. In der Ver-gangenheit war er geprägt von Irrtümern, schrecklichen eigen-ten Verbrechen und blutigen Niederlagen. Wie viele Menschen, die aufrichtig und, ohne einen eigenen Vorteil zu verfolgen, für bessere gesellschaftliche Verhältnisse eintraten, mussten da-für mit ihrem Leben bezahlen? Ihnen verdanken wir das, was es heute an — ungenügenden — sozialen und demokratischen Rech-ten gibt. An sie sollten wir denken, wenn wir begreifen, dass der Kapitalismus nicht für die Ewigkeit geschaffen ist und in vieler Hinsicht heute seine Grenzen erreicht. Die Geschichte der Soli-darität, der sozialen Befreiung, der Sorge umeinander und der Demokratisierung aller Lebensbereiche beginnt nicht erst heu-te. Sie reicht Jahrhunderte zurück und war, trotz allen Schei-terns, nicht folgenlos.

An sie gilt es anzuknüpfen.

REFLEXIONEN ÜBER MEDIZINSTUDIUM UND KRANKENHAUSALLTAG

Lea
Münch

Jonas Salk entwickelte in der Nachkriegszeit in den USA den ersten Impfstoff gegen Kinderlähmung – eine Krankheit, an der zuvor tausende Menschen starben oder die sie mit lebenslang prägenden Lähmungen zurückließ. Reich wurde er mit dieser weltweit gefeierten Erfindung nie. Als er am 12. April 1955 in einem Interview gefragt wurde, wem denn das Patent darauf gehöre, antwortete er schlicht: »Es gibt kein Patent. Könnte man die Sonne patentieren?«¹

Seitdem hat sich das Verhältnis von Medizin und Ökonomie drastisch verändert. Wie viel Raum wirtschaftsorientierte Handlungsmaximen in der Medizin gegenwärtig einnehmen, habe ich selbst während meines Praktischen Jahres tagtäglich erfahren. Das sogenannte PJ ist der letzte Teil des Studiums, das als unbezahltes Praktikum in Krankenhäusern stattfindet. Wenngleich die ärztliche Profession eine der prestigeträchtigsten überhaupt ist und gemeinhin mit Verantwortung assoziiert wird, so wird die gesellschaftliche Rolle, die (angehende) Ärzt_innen einnehmen (sollen), kaum ernsthaft diskutiert. Diese Thematik ist sowohl in einem immerhin sechsjährigen Studium, als auch im Krankenhausalltag marginalisiert. Doch das weitestgehend fehlende Bewusstsein für diese Problematik hat immensen Folgen.

Auf die Zeiten des viel zitierten Wirtschaftswunders im Nachkriegsdeutschland, welche zunächst einen relativen Ausbau des Sozialstaates bedeuteten, der die medizinische Versorgung miteinschloss, folgten diverse globale Wirtschaftskrisen, die Anfang der 1980er Jahre die Gesundheitsversorgung mehr und mehr affizierten. Auch wenn das Prinzip der abstrakten Wertverwertung vor der Medizin grundsätzlich nicht Halt machte, wurde dieses immanente Prinzip mit dem Neoliberalismus ausgeweitet, wie sich paradigmatisch in der Einführung des DRG-Systems widerspiegelt. Die Ökonomisierung der Medizin hat außerdem, auf Grund des zunehmenden Aufkaufs von kommunalen und städtischen Krankenhäusern durch Aktiengesellschaften, deren oberste Maxime – den Gesetzen der freien Marktwirtschaft folgend – die Profitmaximierung darstellt, eine neue Dimension erreicht. Diese Entwicklungen führen unweigerlich zur der grundlegenden Frage, welchem Zweck die praktizierte Medizin letztendlich dient. Hierbei steht nicht der einzelne Mensch, der sich mit einem konkreten Anliegen, Leidensdruck und all seinen persönlichen Besonderheiten sowie individueller Biographie und einem nicht unerheblichen Vertrauensvorschuss an die Institution Krankenhaus wendet, im Vordergrund. Wenngleich das Diktat der Ökonomie nicht die alleinige Erklärung der Zustände ist, so veränderte dies im Zusammenspiel mit vielen anderen Faktoren die Medizin grundlegend. Diese Auswirkungen sind vielschichtig – einige der Konflikte sollen im Folgenden skizziert und analysiert werden.



DIE GEFÄHRDUNG DER MODERNEN MEDIZIN — VEROBJEKTIVIERUNG UND ÖKONOMISIERUNG

Viele der Errungenschaften der Medizin des 20. und 21. Jahrhunderts basieren auf einem enormen Erkenntniszuwachs, der durch die erfolgreiche Integration naturwissenschaftlicher Methoden in die angewandte Medizin möglich geworden ist. Problematisch an der Generierung dieses Wissens ist jedoch, dass der Mensch dadurch zum Erkenntnisobjekt wird. Diese Rationalisierung birgt stets die Gefahr, den Menschen zu reduzieren, das heißt den Erkenntnisgewinn über seine Würde und Interessen zu stellen. Darin wäre auch die Gefährdung der modernen Medizin schlechthin benannt. Die Forderung, dass das medizinische Versorgungssystem nun nicht mehr ausschließlich für die Gesundheit der Menschen zuständig sei, sondern gleichzeitig auch wirtschaftlichen Gesichtspunkten gerecht werden müsse, wird in den letzten Jahrzehnten immer lauter. Diese Ökonomisierung schafft letztendlich eine Verobjektivierung im doppelten Sinne – ein kulturübergreifend als wichtig verstandenes Gut des Menschen, die Gesundheit, wird zur Ware herabgesetzt und somit aus seinem ursprünglichen Kontext herausgelöst. Angesichts des Standes der Produktivkräfte wäre es zweifellos möglich, eine gesundheitliche Versorgung ohne Einschränkungen zu organisieren. Eine Argumentation, die dies negiert, ist in sich schlichtweg paradox und entbehrt jeglicher Plausibilität.

Zwar rühmen sich in universitärer Ausbildung und Forschung führende Universitäten ein sogenanntes biopsychosoziales Modell zu etablieren und zu bedienen, das soziale und ganzheitliche Medizin zum Ziel erklärt hat. Doch wie sieht dies in der konkreten Praxis aus? Meines Erachtens liegt das Gefährdungspotential nicht nur in der Rationalisierung und Verdinglichung der Patient_innen, die die Anwendung naturwissenschaftlicher Methoden im Krankenhausalltag mit sich brachte, sondern zunehmend auch in der Ökonomisierung der Medizin. Diese hat unweigerlich zur Folge, dass diagnostische und therapeutische Abläufe einer immer strenger bemessenen Effizienz unterworfen werden, die sich nicht primär an den Bedürfnissen der Patient_innen orientiert. Dies äußert sich auf verschiedenen Ebenen. So wird beispielsweise Albumin in manchen Klinken aus reinen Kostengründen grundsätzlich nicht mehr eingesetzt, obwohl es für manche Patient_innen eine durchaus sinnvolle Therapieoption

darstellen würde. Bricht ein_e Patient_in die komplex-geriatrische Behandlung ab, erhält die betreffende Abteilung keine finanziellen Zuwendungen für die erbrachten »Leistungen«, was zu Unmut unter den behandelnden (Ober-) Ärzt_innen führt. Sollte das Ärzt_innen nach Behandlungsabbruch als Erstes in den Sinn kommen? Durch die Wertverwertung bestimmtes Denken ist nicht – wie man vermuten könnte – nur in den Führungsriege der Klinikbetreibenden spürbar, sondern bereits bis in die unteren Schichten des ärztlichen Personals diffundiert. Dieses Verhalten basiert nicht auf den Neigungen einzelner Personen, sondern erscheint als Ausdruck des stummen Zwangs ökonomischer Verhältnisse.

VERÄNDERUNG DES ÄRZTLICHEN ETHOS

Neben diesen offensichtlichen Maßnahmen der Effizienzsteigerung strukturiert die Übermacht der ökonomischen Verhältnisse die Beziehungen der Menschen jedoch untereinander noch viel grundlegender, was auch im Krankenhausalltag sichtbar wird. Die Patient_innen geraten zwischen die Fronten dieser vermeintlichen Sachzwänge einerseits, und ihrer eigenen Bedürfnisse und Selbstbestimmungsrechte andererseits. Damit geht eine grundlegende Veränderung des professionellen Ethos einher. Die Einbeziehung von ökonomischen Faktoren in medizinische Entscheidungsprozesse und Rationierung von Diagnostik und Therapien stellt einen massiven Angriff auf das dar, was der Medizinsoziologie Elliot Freidson als professionelle Autonomie beschrieben hat.¹ Nicht nur das ärztliche Personal, sondern insbesondere auch der Bereich der Pflege ist drastisch von der zunehmenden Ökonomisierung betroffen. Die direkten Auswirkungen der Überbelastung sowie der personellen Unterbesetzung sind bereits oft thematisiert worden. Federführend für das Verhalten des medizinischen Personals im klinischen Alltag auf einer Station für Innere Medizin ist auch das Motiv der Resilienz – ebenfalls ein bestimmender Topos im weltweiten sogenannten Management von ökonomischen Krisen. Gespräche von jungen Assistenzärzt_innen drehen sich nicht darum, wie sich die Bedingungen sowohl für sie als auch für die Patient_innen verbessern lassen könnten. Dies betrifft die eigenen Arbeitsbedingungen sowie das Ideal einer ganzheitlichen, ausschließlich am Patient_innenwohl orientierten Medizin ohne Abstriche, wie sie die ökonomisierte Medizin fordert. Überstunden werden oftmals aus ärztlicher Sicht als unvermeidbare tagtägliche Norm betrachtet und die eigene Situation kompensatorisch dahingehend kommentiert, dass die eigenen Arbeitsbedingungen schon nicht so schlimm seien wie anderswo. Dies wird mantrahaft wiederholt – was auch unabkömmlich ist, um die eigene Situation zu ertragen. Es handelt sich hierbei um notwendig falsches Bewusstsein.²

Diese Grundhaltung tritt nicht erst mit dem Eintritt ins Berufsleben zutage. Bereits im Medizinstudium, in dem das Erlernen von Disziplin indirekt als unabträgliches Ziel propagiert wird, wird der Grundstein hierfür gelegt. Über zwölf Semester werden Medizinstudierende nicht nur mit dem nötigen Fachwissen ausgestattet, sondern durch die hohe Lernbelastung, die nur durch Auswendiglernen bewältigt werden kann, diszipliniert. Zum kritischen Hinterfragen von Sachverhalten bleibt kaum Raum und Energie. An den immer wiederkehrenden Multiple-Choice-Prüfungen, die auf bloßes Abfragen von Fakten abzielen, lässt sich ablesen, dass ein tiefergreifendes Verständnis und Reflexion über die vielschichtigen Beziehungen von Mensch, Medizin und Gesellschaft abkömmlich sind und somit im Bewusstsein der Studierenden bereits marginalisiert werden. Die Einförmigkeit der propagierten Theorien und die hauptsächliche Beschränkung auf die medizinische Auffassung der Gegebenheiten lähmt die »kritische Kraft« der auszubildenden Subjekte und beraubt die – auch ansonsten sehr schulisch organisierte – medizinische Ausbildung ihres Charakters der wirklichen Bildung zu einem autonomen, reflektierenden Menschen und »gefährdet [...] die freie

Entwicklung des Individuums.«³ Daraus resultiert auf einer anderen Ebene eine Geisteshaltung, die in grotesker Weise zum Überleben im späteren Berufsalltag befähigt. Man lernt Dinge zu ertragen, Durchhalteparolen sind an der Tagesordnung. Nun ist es nicht mehr das Lernpensum, sondern die immense Arbeitsbelastung, die in einem *circulus vitiosus* ähnlichen Vorgang oft die Energie raubt, über Missstände zu reflektieren und eine bessere Alternative sowohl für Patient_innen, als auch für das Personal zu entwickeln.

Nicht zu unterschätzen ist bei alledem die unermüdlich zur Schau gestellte, vermeintliche Alternativlosigkeit der Zustände des Arbeitsalltags, die im Sinne einer zweiten Natur nicht mehr grundsätzlich in Frage gestellt werden. Für Ärzt_innen wirkt hier zusätzlich die berüchtigte Ethikfalle – arbeitet man weniger, so geht dies zu Lasten der Qualität der Patient_innenversorgung. Die Verteidigung des Status quo ist deshalb oberste Handlungsmaxime in der täglichen Patient_innenversorgung. Aus mangelnden zeitlichen Ressourcen ist das ärztliche und pflegerische Personal gezwungen, sich größtenteils ausschließlich mit einer biomedizinischen Basisversorgung der im Krankenhaus verweilenden Patient_innen zu beschäftigen. Dies ist nicht die Folge fehlenden Willens oder Engagements der Einzelnen, sondern struktureller Probleme. Raum, sich wirklich an den Bedürfnissen, Wünschen, Ängsten und Nöten der Patient_innen zu orientieren, bleibt oftmals nicht. Dabei existieren eine Fülle von vielversprechenden Konzepten, die genau dies ermöglichen würden. So ließen sich über Integration von Ansätzen aus dem Bereich der narrativen Medizin sicherlich auch in der Geriatrie sinnvolle neue Blickwinkel erarbeiten. Diese offensichtliche Dissonanz zwischen Möglichkeit und Alltag schafft zumindest unbewusst Frustration.

EIN MENSCHENBILD ZWISCHEN FUNKTION UND LEISTUNG

Die beschriebenen Spannungsfelder evozieren unweigerlich Abwehrmechanismen sowohl auf Seiten des ärztlichen, pflegerischen und sonstigen therapeutischen Personals als auch seitens der Patient_innen. So werden beispielsweise Patient_innen, die aus den unterschiedlichsten Gründen Schwierigkeiten in ihrem subjektiven Krankheitserleben und in ihrer Krankheitsbewältigung haben, als besonders fordernd und nervenaufreibend erlebt. Allzu oft wird hierbei vergessen, dass diese unfreiwillig aufgrund ihrer individuellen Krankengeschichte in ein undurchschaubares System katapultiert worden sind, das ihnen oftmals fremd bis beängstigend vorkommen muss. Diese Problematik hat Foucault treffend mit dem Konzept des heterotopischen Raums³ charakterisiert, worunter im weitesten Sinne auch die Institution Krankenhaus zu fassen ist. Die dem Krankenhaus immanente Logik und dessen Abläufe sind von außen kaum zu durchschauen und zu verstehen. Auch der Krankenhausalltag ist unter der Maxime der Effizienz auf reibungslose Funktionsabläufe angewiesen, infolgedessen auch der erkrankte Mensch eine Komponente dieses Systems darstellt. In Verbindung mit der für das Verhältnis zwischen Ärzt_innen und Patient_innen konstitutiven Asymmetrie entfalten diese beiden Besonderheiten oftmals eine unheilvolle Wirkung, welche zusätzlich aggraviert, wenn Patient_innen in der eigenen kognitiven Auffassungsgabe eingeschränkt sind, wie dies exemplarisch bei einem Delir oder einer fortgeschrittenen Demenz der Fall ist. Psychomotorisch unruhige Patient_innen, die häufig Kontakt zum Personal suchen, erhalten zur Sedierung beispielsweise Risperdal, Quetiapin oder Tavor, damit sie die Krankenhausabläufe und den Stationsalltag nicht in überbordendem Maße affizieren und somit »besser zu führen« sind, wie es in der Ideologie der Alltagssprache dann allzu gerne betitelt wird. Darin wird die vom medizinischen System ausgehende Macht und Deutungshoheit über zu akzeptierendes menschliches Verhalten ersichtlich, die von den bestimmenden Akteuren im Alltag zu wenig reflektiert

wird. Die fortschreitende Erforschung des Menschen darf nicht seine unreflektierte und verstärkte Kontrolle zur Folge haben. Der aktuelle Forschungsstand bietet eine Reihe von deutlich weniger fragwürdigen Alternativen, die unzureichend zur Anwendung gelangen.⁴

PLÄDOYER FÜR ALTERNATIVE FORMEN IN DER MEDIZINISCHEN VERSORGUNG

Bringt man all diese Gedanken zur Sprache wird man daran erinnert, dass der eigene Handlungsspielraum, aufgrund der oben geschilderten Sachzwänge, äußerst begrenzt ist. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt darüber hinaus die bereits erwähnte Ethikfalle — jede zusätzliche Arbeitsbelastung, die nicht hinreichend umgesetzt wird, kann sich zum Nachteil der Patient_innen auswirken. Versucht man, dem entgegenzuwirken und den Bedürfnissen der Patient_innen nach unterstützenden Gesprächen und andersartiger therapeutischer Zuwendung adäquat zu entsprechen, so schlägt sich dies unweigerlich auf dem eigenen Überstundenkonto nieder und führt zu einer chronischen Überarbeitung und Belastung, die auf Dauer nicht tragbar ist. Diese Diskrepanz zwischen den Motivationen, mit denen man als junger Mensch Medizin studiert hat und den alltäglichen Gegebenheiten ist frappierend und führt nach einiger Zeit zu Frustration sowie Idiosynkrasie.

Zuletzt eine Ermunterung nach all den negativen Zustandsbeschreibungen — trotz aller vermeintlich naturwüchsigen Sachzwänge, die bei den Beteiligten allzu oft eine schleichende Ohnmacht hervorrufen, gibt es die Möglichkeit der Veränderung. »Die Wurzel der Geschichte aber ist der arbeitende, schaffende, die Gegebenheiten umbildende und überholende Mensch.« — so drückte es einst Ernst Bloch aus. Dies schließt auch die Gegebenheiten im Krankenhaus als konkrete Manifestation der Medizin, die einen Teilbereich des gesellschaftlichen Systems bildet, mit ein. Dieses System ist von Menschen gemacht und kann daher auch von Menschen verändert werden! Die Ungerechtigkeiten und Unzulänglichkeiten des Gesundheitssektors lassen sich nicht auf rein persönliche Initiative und Engagement hin lösen, da sie vielmehr Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Missstände sind. Wie soll die Gesellschaft aussehen, in der wir leben wollen? Insbesondere ältere Menschen, die in dieser nicht mehr »verwertbar« sind, erfahren kaum noch Wertschätzung, was sich auch in ihrer gesundheitlichen Versorgung widerspiegelt.

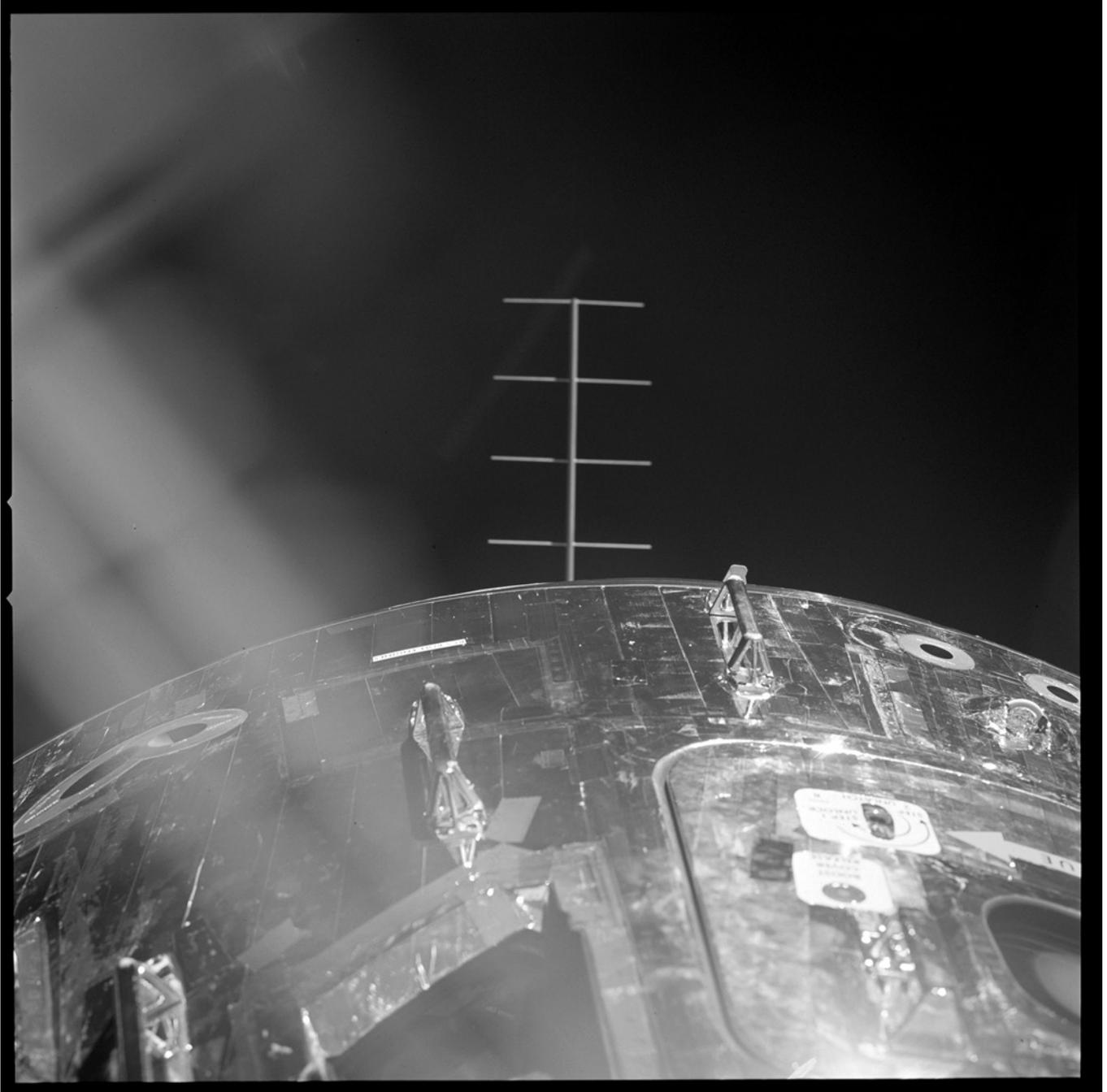
Eine Sensibilisierung für die beschriebenen Spannungsfelder und Gefährdungspotentiale im Klinikalltag ist für jede Veränderung unerlässlich. Eine Bewegung hin zu einer sozialeren, d.h. an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichteten Medizin, muss weiterhin die zugrundeliegenden strukturellen Probleme aufspüren. Eine Opposition kann sich nicht nur in der Kritik und Analyse der Verhältnisse erschöpfen, wenngleich diese auch unabdingbare Voraussetzung für jegliche Veränderung sind. Wir müssen uns gemeinsam auf die Suche nach lebendigen Alternativen machen und ärztliche Tätigkeit und Medizin als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begreifen, die sich nicht nur innerhalb des Krankenhauses sowie anderen medizinischen Institutionen abspielt. Beispielhaft betrachte ich die stärkere Integration der Medical Humanities ins Curriculum, aber auch die selbstständige Organisation von Studierenden in Lesekreisen und Initiativen, als einen sinnvollen Anfang.

1 Freidson, Elliot: Profession of Medicine: A Study of the Sociology of Applied Knowledge. Chicago, University of Chicago Press, 1970.

2 Lukács, Georg: Geschichte und Klassenbewußtsein: Studien über marxistische Dialektik. Neuwied, Luchterhand, 1970.

3 Foucault, Michel: Andere Räume. In: Barck, Karlheinz u.a. (Hg.), Aisthesis. Wahrnehmung heute oder Perspektiven einer anderen Ästhetik. Leipzig, 1992, S. 34–46.

4 In der Geriatrie wären nicht-medikamentöse Präventionsmaßnahmen und Behandlungsalternativen besonders angebracht. Bei der Häufigkeit der Entwicklung eines Delirs nach operativen Eingriffen und der Prävalenz von Demenz als Haupt- oder Nebendiagnose wäre beispielsweise eine adäquate Gestaltung der Stationsumgebung für alle Beteiligten hilfreich. Unterstützung der Orientierung durch bestimmte Farb-, Materialität- und Lichtkonzepte und Förderung der Aktivität durch Sinnesanregung und Remineszenz zeigen ebenso Wirkung — um nur einige Schlagworte zu nennen.



Haben

Fol.

Fol.

Monat Tag

Monat

Soll

Fol.

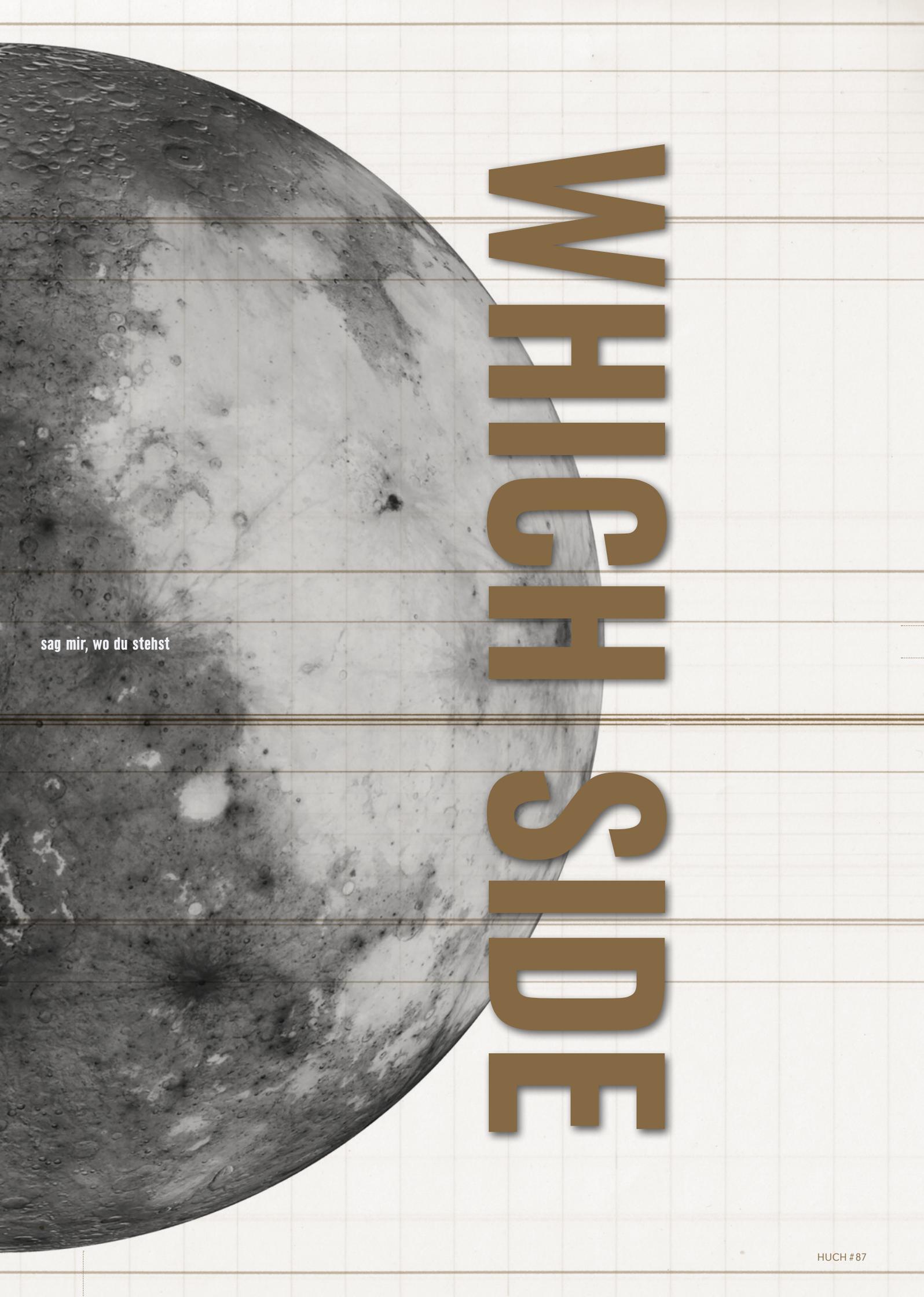
Fol.

Tag

?

ARE YOU ON





sag mir, wo du stehst

WHICH SIDE

HOCHSCHULE UND GESELLSCHAFT

SDS



Kommentar: Unvorstellbar erscheint uns heute, wie es einmal Studierenden hat gelingen können, in anderthalbjähriger, städteübergreifender Zusammenarbeit eine 180 Seiten starke Analyse der Geschichte und Funktion der Universität, sowie einen umfassenden und wirkmächtigen Vorschlag für ihre Reformierung vorzulegen. Die erste Lektion, die die *SDS-Hochschuldenkschrift* von 1961 uns Heutigen erteilt, ist, dass uns im Studium vor allem eines verweigert wird: Muße. Doch gerade die Idee »spielerischer Muße« kommt in der Hochschuldenkschrift schlecht weg, wird sie doch in Verbindung gebracht mit einem weltfremden, individualistischen Bildungsideal. Manche Ideen des SDS tauchten später als Leitbegriffe der neuesten, neoliberalen

Hochschulreform wieder auf. Die gesellschaftliche Verantwortlichkeit von Forschung und Lehre, die in der Denkschrift gefordert wird, heißt heute »Third Mission« und hat wenig mit der Befreiung der Menschheit und viel mit der Preisgabe der Autonomie der Wissenschaft zu tun. Die zweite Lektion lautet daher: Es hat sich in den letzten 50 Jahren sehr viel verändert, die ideologischen und politischen Fronten verlaufen heute anderswo als in den 60ern. Es ist höchste Zeit, dass sich die Universität und ihre Angehörigen erneut »über den Charakter ihres Tuns [...] verständigen.« Auch wenn sich das Ergebnis dieser Verständigung an der Hochschuldenkschrift zu messen hätte, würde es sicherlich an wichtigen Stellen von ihr abweichen müssen.

23

EIN AUSZUG AUS DER SDS-HOCHSCHULDENKSCHRIFT VON 1961

In der jüngsten Vergangenheit erging an die Universität immer wieder die Aufforderung, sich als Institution in der Gesellschaft und in ihrer Verantwortung für die Gesellschaft zu begreifen. Ein solches Selbstverständnis muß die Erkenntnis einschließen, daß die Universität von der Gesellschaft ausschließlich nach ihrer Leistung eingeschätzt wird und daß ihr konkrete Aufgaben gestellt werden. Bei dem gegenwärtigen Stand der industriellen Entwicklung sind dies:

1. die Erarbeitung verwertbarer Forschungsergebnisse und
2. die Ausbildung wissenschaftlich qualifizierter Fachleute.

Diese Aufgabenstellung zieht die liebgewordene Fiktion einer zweckfreien Forschung als einer Leitung »spielerische Muße« grundsätzlich in Zweifel. Die Universität tritt in die Nähe des für den Markt arbeitenden Produktionsbetriebes. Damit müssen aber auch jene Leitbilder überprüft werden, die die deutsche Universität zu Beginn des 19. Jahrhunderts geistig und organisatorisch geprägt haben. Das Prinzip »Einsamkeit und Freiheit« ist immer wieder als die »soziale Idee« der klassischen deutschen Universität hervorgehoben worden. Man muß dem, wenn man von der Humboldtschen Reform ausgeht, die »Einheit von Forschung und Lehre« als Methode der Bildung des Gelehrten und schließlich die »Autonomie der Universität« als institutionelle Voraussetzung zur Seite stellen. Davon hat sich insbesondere die »Einheit von Forschung und Lehre« als produktives Prinzip erwiesen. Die beiden anderen Grundsätze waren Ausdruck des Versuchs der Reformen, gegenüber dem spätabolutistischen Staat einen Raum sozialer Freiheit zu schaffen, in dem sie die Verwirklichung ihrer Ideen für denkbar hielten.

Der aufgeklärt-absolutistische Staat verlangte für seine rationell gestaltete Herrschaftsapparatur nützliche Forschungsergebnisse und einsetzbare Staatsdiener. Gegenüber diesem Anspruch erhoben die Reformen die Forderung nach Autonomie der Universität als der Bedingung, die dem einzelnen in »Einsamkeit und Freiheit« die Selbstverwirklichung im Sinne ihres Bildungsideals ermöglichen sollte.

Das Ideal der Aufklärung, die Autonomie des Menschen, erfährt hier die für das deutsche Denken jener Zeit eigentümliche Verengung auf den privaten Bereich. Das Bürgertum, das seinen Anspruch auf politische Selbstbestimmung nicht verwirklichen konnte, erstrebte einen Raum individueller Freiheit, und seine Philosophen verstanden die Verwirklichung der autonomen Persönlichkeit nur noch als Selbstverwirklichung des denkenden Subjekts in der spekulativen Philosophie. Indem sich die Universität auf die Auseinandersetzung mit dem absolutistischen Staat konzentrierte, trat die sich vom Staat emanzipierende bürgerliche Gesellschaft, der ganze Bereich von Produktion und Erwerb, nicht in ihren Gesichtskreis. Von da aus findet die häufig kritisierte Gesellschaftsblindheit der deutschen Universität ihre historische Erklärung. Die alten Leitbilder, mit denen die Freiheit der Universität dem Staat gegenüber begründet worden war, verloren ihre Wirkungskraft im Laufe der industriellen Entwicklung; denn die Ansprüche an die Universität kamen nun gerade aus jenem Bereich der Produktion und des Erwerbs, den die Universität glaubte, vernachlässigen zu können.

In der industriellen Güterproduktion konzentrierte sich jetzt der Bedarf an Forschungsergebnissen und wissenschaftlich ausgebildeten Fachkräften. Die Großproduktion setzte sich durch und die rationelle Organisation des Produktionsablaufs mit wissenschaftlichen Mitteln wurde notwendig. Auch und gerade der Anspruch des Staates an die Universität verschob sich allmählich.

Hatte bisher der Hauptakzent seines Interesses auf der Ergänzung und rationellen Gestaltung seines *Herrschafts-Apparates* gelegen, so trat er nun durch die Gründung technischer Hochschulen, natur- und wirtschaftswissenschaftlicher Fakultäten, als Produzent der in der *Gesellschaft* benötigten wissenschaftlich ausgebildeten Fachkräfte auf. Diese Entwicklung, die einhergehend mit der Monopolisierung des Bildungswesens durch den Staat, hieß aber die rein staatlichen Funktionen überschreiten. Bedeutete sie doch nichts anderes, als den Versuch, aus dem Produktions- und Tauschgefüge der Gesellschaft einen Teilbereich herauszunehmen und zu regulieren. Der Staat übernahm also gesellschaftliche Funktionen, die den heutigen Eingriffen in das Marktgefüge entsprechen. Dieser Entwicklung gegenüber mußten die klassischen Prinzipien der Universität als Begründung ihrer Freiheit wirkungslos werden. Ein Staat, der mit dem Anspruch auftrat, im Interesse des »Gemeinwohls« zu handeln, der seine Forderungen als gesellschaftliche Notwendigkeiten vertrat, konnte nicht mehr mit dem Hinweis auf seinen »zunächst durchaus selbstsüchtigen« Charakter (Schleiermacher) abgewehrt werden. Die Universität konnte solche »Notwendigkeiten« nicht einfach abweisen, wollte sie nicht als gesellschaftsfeindlich gelten.

Kennzeichnend für diese Entwicklung war die zunehmende Anpassung des Universitätsbetriebes in seinen Teilbereichen an die aus der Gesellschaft kommenden Anforderungen. Die Forderung nach einer zweckfreien wissenschaftlichen Forschung als Mittel der Bildung des Gelehrten mußte gegenstandslos werden, als die Gesellschaft nicht mehr den universal gebildeten Gelehrten, sondern den spezialisierten Wissenschaftler verlangte. Die Universität entsprach dem gesellschaftlichen Prozeß der fortschreitenden Arbeitsteilung durch Aufnahme neuer Fachwissenschaften, durch Übernahme spezieller Berufsausbildung und schließlich durch ständige Ausweitung des nur reproduzierten Wissensstoffes. Die Erfordernisse der gesellschaftlichen Entwicklung führten zu einer wachsenden faktischen Zweckrichtung des Universitätsbetriebes, die Freiheit durch die formale Autonomie des Betriebes ersetzte.

Mit der Behauptung, ihr Bemühen um Wahrheit sei zweckfrei, hatte sich die Universität der Möglichkeit begeben, die an sie heranretenden Ansprüche der Gesellschaft auf ihre Notwendigkeiten hin zu überprüfen. Damit lieferte sie aber die Ergebnisse dieses zweckfreien Strebens an beliebige Zwecke aus. »Leistungen deutschen Forschergeistes« und »deutsche Akademiker« wurden so durch politische und gesellschaftliche Macht unbegrenzt manipulierbar. Die Behauptung, »es nicht gewollt zu haben«, wird so gesehen aus einer immer wiederholten blassen Entschuldigung zum Schuldgeständnis der deutschen Universität. Die Selbstauflieferung der Universität an den Nationalsozialismus, ihre »Brauchbarkeit« als Instrument seiner Rechtfertigung während des »Dritten Reiches« ist hierfür gewiß das prägnanteste, keinesfalls aber das einzige Beispiel.

Dieser Prozeß der Anpassung der Universität, wie er spätestens nach dem zweiten Weltkrieg in seinen Auswirkungen auf allen Teilbereichen der Hochschule sichtbar geworden ist, hat zu einer völligen Sinnentleerung der klassischen Prinzipien geführt. Gerade weil diese Prinzipien in der Realität keine Entsprechung mehr fanden, erstarrten sie zu leeren Formeln. Sie wurden bestenfalls zur Ausdrucksform romantischer Abkehr von der Wirklichkeit, meist aber zum diskreten Schleier für handfeste Teilinteressen innerhalb und außerhalb der Universität. Von daher wird verständlich, daß aus dem insgesamt so kritischen »Blauen Gutachten« des Studienausschusses für Hochschulreform von 1948 seither nur noch das Wort von der »im Kern gesunden Tradition der deutschen Universität« mit der Inbrunst eines Glaubenssatzes wiederholt wird. Darüber hinaus dient das »Bildungsideal« der deutschen Universität heute zur Begründung des überhöhten Sozialprestiges der deutschen Akademikerschaft und trägt

damit zur Stärkung eines antidemokratischen Potentials in unserer Gesellschaft bei. In seiner krassesten Form äußert sich dies in Vorstellungen, die die Akademiker ohne weiteres »geistigen Elite« erheben und sie einer »ungebildeten Masse« gegenüberstellen. Aus dieser Unterscheidung wird dann die Legitimation zur Führung eben jener »unmündigen« Masse abgeleitet — ein Vorgehen, das autoritären Praktiken nicht mehr allzu fern steht. Zwar brauchen solche autoritären Dispositionen nicht unbedingt auch wirksam zu werden; wo sie jedoch mit einer gesellschaftlichen Entwicklung zusammentreffen, die sie begünstigt und aktiviert, können sie sich leicht in Form autoritärer Herrschaft politisch verhängnisvoll auswirken.

Aus alledem wäre zu folgern: Alle Versuche, den Bildungsgedanken heute formal zu reaktivieren, wie sie sich etwa im Begriff des »Erziehungsauftrags der Universität« äußern, müssen als teilweise gutwillige, aber doch zwecklose Versuche eines »Kurrierens am untauglichen Objekt« angesehen werden. Im Begriff der »außerwissenschaftlichen Erziehung« wird Bildung zu dem völlig rational nicht mehr greifbaren, zu einem der Wissenschaft fremden Prinzip, mit dem die Tore der Universität für alle in der Gesellschaft herrschenden oder akzeptierten ideologischen Erziehungsbestrebungen geöffnet werden sollen. Akzeptiert die Universität die Aufgabe, ihre Studenten nach einem solchen bewußt außerwissenschaftlichen Ideal zu bilden, so fällt sie ab von dem Wissenschaft eigentlich erst begründenden Prinzip der Rationalität und wird Mittel der offenen ideologischen Indoktrination. Ihre Aufgabe in der Gesellschaft fände diese Universität unzweifelhaft als »vornehmstes« Mittel der Rechtfertigung und Zementierung der bestehenden Verhältnisse. Will die Universität nicht in dieser Weise vom Prinzip der Rationalität und damit von der selbstgestellten Aufgabe der Wahrheitsfindung abfallen, ihre Wissenschaftlichkeit aufgeben und sich zum Instrument einer Gegenaufklärung machen, so muß sie sich über den Charakter ihres Tuns neu verständigen.

Nun kommt der Universität in der spätkapitalistischen Gesellschaft eine doppelte Funktion zu. Ihre »Produktion« für den gesellschaftlichen Markt, die Ausbildung qualifizierter Arbeitskraft und die Bereitstellung verwertbarer Forschungsergebnisse dient zunächst dem *Gesamtinteresse* der Gesellschaft auf ständige Steigerung der Leistungsfähigkeit ihres Produktions- und Distributionsapparates. Andererseits dient in dieser Gesellschaft jede nur denkbare Form der Perfektionierung dieses Leistungsapparates zugleich der Absicherung der gesellschaftlichen *Machtverhältnisse*, die ihrerseits seinem rationalen Einsatz im Dienste der Menschen im Wege stehen.

Ob sie es will oder nicht — die Universität nimmt mit ihrer Arbeit Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung und auf die sozialen und politischen Machtverhältnisse. Sie steht damit im Spannungsfeld der widerstreitenden gesellschaftlichen Tendenzen, im Bereich des Widerspruchs zwischen Demokratie und autoritärer Ordnung, zwischen Fortschritt und Stagnation. Die Entwicklung der deutschen Universität in den letzten 150 Jahren hat gezeigt, daß sie sich einer solchen gesellschaftlichen Auseinandersetzung nie hat entziehen können und immer dort zum Apologeten der Reaktion werden mußte, wo sie ihre Neutralität glaubte nachdrücklich feststellen zu können. Die Autonomie der Universität heute darf sich also nicht erschöpfen in einer formalen Neutralität, die sich aus einer juristischen Unabhängigkeit vom Staate ableitet. Die Autonomie der Universität muß inhaltlich neu begründet werden als Freiheit von der Manipulierung durch gesellschaftliche Partialinteressen. Dies aber erfordert die Lösung von der Vorstellung, Arbeit an der Universität, sei es Studium, Lehre oder Forschung, sei zweckfremdes Bemühen in einem Raum sozial privilegierter spielerischer Muße. An ihre Stelle muß das Engagement an die aufklärerische Zielvorstellung der Autonomie des Einzelnen treten, verbunden mit dem Wissen, daß dieses Ziel nur zu verwirklichen ist in einer freien,

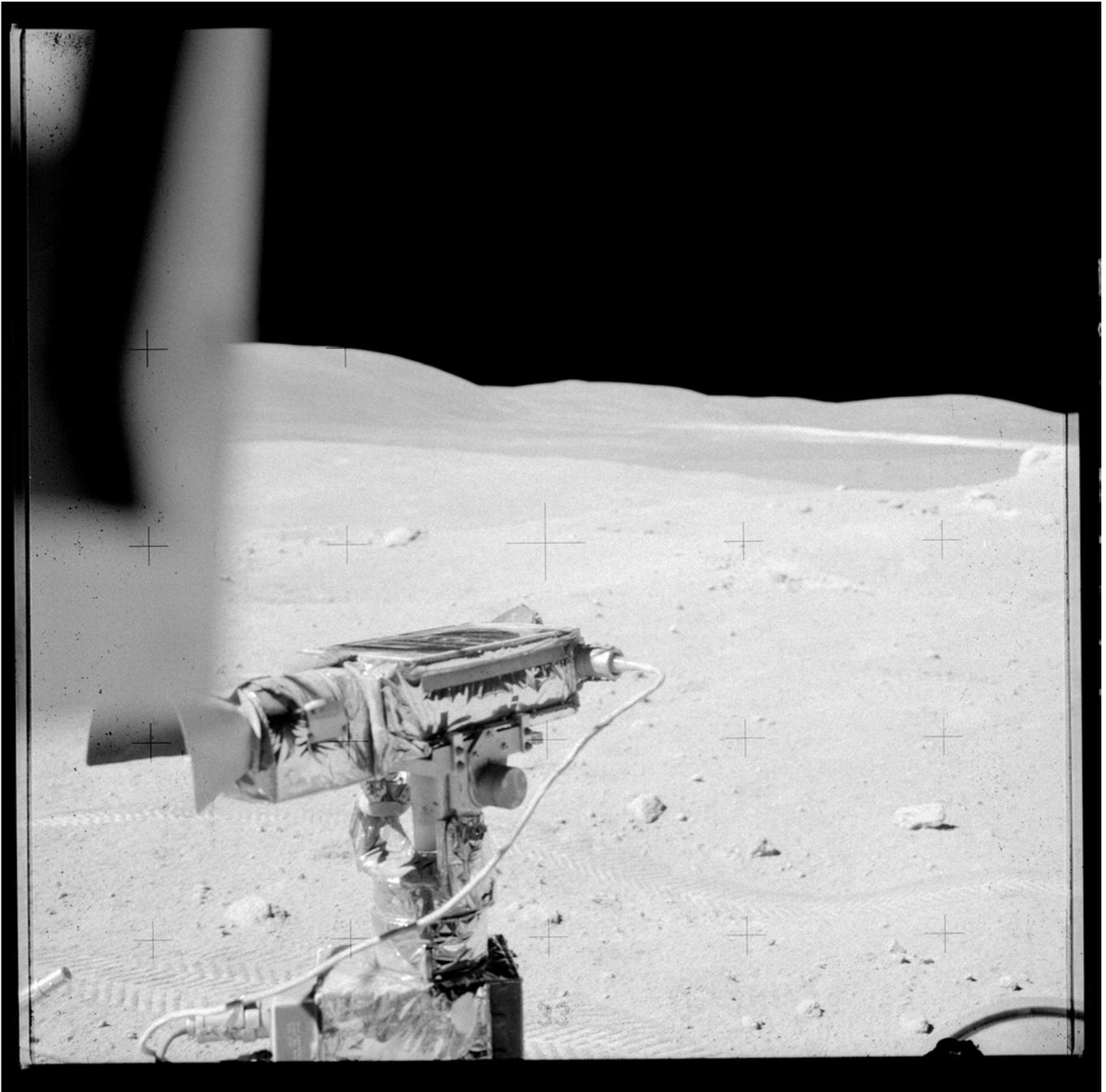
humanen und vernünftigen Gesellschaft, »in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entfaltung aller ist.« Erst aus einem solchen Engagement wird es für die Universität möglich, ihre Funktion in der Gesellschaft immer wieder kritisch zu reflektieren und jene Distanz zu den gesellschaftlichen Ansprüchen zu gewinnen, die es verhindert, daß die Wissenschaft der Selbstrechtfertigung der jeweiligen Machthaber dient.

Wenn hier bisher von »der Universität« und »der Wissenschaft« gesprochen wurde, so kann und soll dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß Arbeitsteilung und ein hoher Grad von Spezialisierung wie in der Gesellschaft so auch in der Wissenschaft zu Notwendigkeiten geworden sind, die durch eine romantische Rückwendung zur »Einheit der Wissenschaften« nicht rückgängig gemacht werden können. Die Einsicht, daß die Wissenschaft heute ihre Spezialisierung nicht aufgeben kann und soll, muß vielmehr zum Ausgangspunkt für die Überwindung eines bornierten, nur auf ein Spezialgebiet eingeeengten wissenschaftlichen Denkens werden. Sie muß zur Einsicht in die notwendige Beschränktheit der Spezialmethoden führen und kann so erst den Wissenschaftler freisetzen für eine Verantwortung, die sich nicht mehr mit dem verfestigten Resultat aus der Erforschung eines begrenzten Fachgebietes begnügt, sondern dieses Resultat in der Praxis auf seine Wahrheit hin überprüft. Dies bedeutet aber nichts anderes als die permanente Kritik des Verhältnisses von Einzelwissenschaft und Gesellschaft. Jeder wissenschaftlich Gebildete muß seine jeweiligen Ergebnisse um der Wahrheit willen messen am gesellschaftlichen Prozeß, in dem diese Teilergebnisse erst ihren Stellenwert erhalten. Die Universität kann diese Aufgaben nicht dadurch aufheben, daß sie in der Soziologie oder Politologie Spezialwissenschaften mit dem Anspruch auf ein Aussagemonopol zu Staat und Gesellschaft bereitstellt. Vielmehr unterliegen gerade auch diese Wissenschaften als Spezialdisziplin der Notwendigkeit der Selbstreflexion, weil gerade sie sich unreflektiert betrieben für eine Manipulation im Interesse der Herrschenden in besonderem Maße anbieten.

25

Gewinnt die Universität durch Selbstreflexion die Distanz von den gesellschaftlichen Partialinteressen zurück, so erlangt jener historische Bildungsanspruch neues Gewicht, der sich auf die Aufklärung menschlicher Lebensverhältnisse richtet. Denn wie sie nicht darauf verzichten kann, ihre Forschungsergebnisse an der gesellschaftlichen Praxis zu überprüfen, so muß sie ihr Engagement an die Humanität auch an die durch sie ausgebildeten wissenschaftlichen Fachkräfte vermitteln. Dieses Bildungsziel ist kein der Wissenschaft fremdes, es ist Vielmehr die historische Voraussetzung und Erbschaft von Wissenschaft überhaupt:

**KRITISCHE RATIONALITÄT
IM DIENSTE DES MENSCHEN ZU SEIN.**



»JETZT« UND WIR

**Thomas
Zimmermann**

**DAS NEUE BUCH DES UNSICHTBAREN KOMITEES
UND WAS ES ZU UNSERER POLITISCHEN ARBEIT
(AUCH AN DER UNI)
ZU SAGEN HAT**

Nach *Der kommende Aufstand* und *An unsere Freunde* ist Anfang Oktober diesen Jahres mit *Jetzt* nun auch das dritte Buch des Unsichtbaren Komitees in deutscher Übersetzung erschienen und erfreut sich großer Aufmerksamkeit. Und zwar zurecht, zeugen doch dessen Arbeiten von einer fruchtbaren Kombination aus theoretischer Versiertheit und ausgeprägtem Praxisbezug, schriftstellerischem Können und nicht zuletzt der nötigen Kühnheit, überkommene Gewissheiten über Bord zu werfen.

27

Aufgrund dieser glücklichen Verbindung politischer Tugenden wirken die Pamphlete des Komitees zugleich irritierend und überzeugend – d.h. sofern man es zulässt. Wer sie z.B. nur auf rein theoretischer Ebene oder gar philologisch für die Wahl ihrer philosophischen Bezüge kritisiert, muss ihnen notwendig äußerlich bleiben und wird nicht viel von ihrer erfrischenden Wirkung abbekommen. Wer einen Text bloß kritisieren will, wird stets verlockt sein, ihn dümmel darzustellen, als er in Wirklichkeit ist – ein in der Linken zu ihrem eigenen Leidwesen weit verbreitetes Vorgehen. Wenn wir hingegen von einem Text lernen wollen, müssen wir ihn im Zweifelsfall sogar klüger machen, d.h. mit ihm über ihn hinaus gehen. So begegnet man dem Unsichtbaren Komitee vielleicht am besten, indem man dessen Thesen mit seinen eigenen Erwägungen in Sachen revolutionärer Strategie konfrontiert und von da aus nicht so sehr einen gemeinsamen Nenner als vielmehr ein gemeinsames Vielfaches zu ermitteln versucht.

Wie jede einigermaßen respektable Strategie beruht auch die des Komitees auf einer Bestimmung des Terrains, einer Gegenwartsdiagnose. Diese besteht – soweit nichts allzu besonderes – in der Beobachtung einer Fragmentierung der Welt, d.h. einer Dissoziation all jener Einheiten, die der Gesellschaft bis dato Konsistenz verliehen. Der charakteristische Zug des Komitees besteht jedoch weniger darin, was sie festzustellen haben, als vielmehr in dem politischen Vorgehen, das sie auf Grundlage dieser Feststellung vorschlagen. Ihr Vorschlag lautet nämlich nicht etwa, der Auflösungsbewegung der Gesellschaft wie auch immer gearteten Widerstand zu leisten, sondern sich ihrer anzunehmen und sie proaktiv im eigenen Sinne zu gestalten.

Ein Gegenstand, an dem dieser Dreh für uns gewinnbringend illustriert werden kann, ist – vielleicht überraschender Weise – das Proletariat. Überraschend womöglich, insofern der Begriff der Klasse für das Komitee selbst wohl eher eine Art Altlast darstellt, von der es nur sporadisch und dann eher historisierend Gebrauch macht. Für die Transposition ihrer Theorie in die deutschsprachige Debatte aber bietet sich dieses Beispiel an.



Wenigstens dem Autor nämlich will es so scheinen, dass einer der bedeutendsten Fortschritte in der hiesigen marxistischen Diskussion der letzten Zeit in einer Wiederentdeckung des Konzepts der Klasse bestanden hat. Nachdem man sich lange Jahre auf die Aspekte abstrakter Herrschaft des Kapitals – sowie auf die Passivität, mit der sie vermeintlich von den Menschen hingenommen würde – konzentriert hat, sind jüngst wieder mehr die handgreiflich-konkreten Formen aktiv ausgeübter Ausbeutung und Unterdrückung, sowie ebenso aktive Widerstände ins Blickfeld gerückt. Und mit ihnen unter Anderem auch das Proletariat und der Begriff der Klasse. Damit ist allerdings noch nicht geklärt, was man eigentlich mit ihnen anzufangen habe, insbesondere in Zeiten, in denen sie fragwürdig geworden sind. Wobei – und damit ist die Sache schon zur Hälfte ausgesprochen – ja nur ihre politische Einheit infrage steht, nicht etwa ihre grundsätzliche Existenz.

Im Angesicht also der Fragmentierung des Proletariats sollten – dem Komitee folgend – die organisatorischen Bemühungen nicht etwa darauf verwendet werden, eine neue Klasseneinheit herzustellen. Eine solche Anstrengung, die in der Vergangenheit nur deshalb überhaupt möglich war, weil sie gewissermaßen mit dem Strom der Verallgemeinerung der industriellen Produktion schwimmen konnte, würde sich heute, da sie gegen den Strom der Parzellierung, Diversifizierung und Desintegration der Arbeitswelt ankommen müsste, nur unnützlich verbrauchen. Hingegen müsste vielmehr versucht werden, diese Kraft der Fragmentierung in die eigene Bewegung aufzunehmen – den Sturz der Klassenidentität in einen Sprung zu verwandeln. So wären die Proletarisierten besser beraten, sich gerade in ihrer Kleinteiligkeit und konkreten Verortung, in ihrem unmittelbaren Lebens- und Arbeitsumfeld zu organisieren und von da aus eher darauf bedacht zu sein, vielfältige Verbindungen zu anderen, anderswo lokal verankerten Gruppen herzustellen, als eine Vereinigung mit diesen anzustreben. Nicht dem Aufbau von Massenorganisationen, sondern der Intensivierung politischer Freundschaften habe die Gunst der Stunde geschlagen. Schließlich lasse sich nicht über den Umweg der großen Politik eine Revolutionierung des Lebens erreichen, sondern nur auf Ebene der Formen des Zusammenlebens selbst. Anstatt die Auflösung der gesellschaftlichen Einheit passiv zu erleiden, müsse man ihr zuvor kommen, indem man gemeinsam aus ihr desertiert.

Das Desertieren stellt die zentrale Kriegslist des Komitees dar. Auch in Bezug auf die Institutionen des Staates und der Zivilgesellschaft zielt seine Strategie nicht etwa darauf ab, diese frontal anzugreifen. Solcher Kampf gilt ihm wohl zurecht als aussichtslos. Ebenso wenig besteht sie aber darin, diese von innen heraus zu verändern oder auch zu zerstören. Auf diesem Wege würden die Kritiker*innen und Aktivist*innen bloß vereinnahmt und die Institutionen verjüngt. Sondern es soll sich ihrem Einfluss entzogen werden. Sie sollen außer Kraft gesetzt werden durch die Entwicklung neuer Formen des Zusammenlebens, welche keine Institutionen mehr benötigen. Das Ziel ist nicht die Einnahme der Institutionen, sondern ihre Absetzung.

Wie diese Absetzung konkret vonstatten zu gehen hat, ist von Institution zu Institution verschieden. Die Polizei ist auf andere Weise außer Kraft zu setzen als das Recht oder die Medizin. Auch hier wollen wir aber ein Beispiel wählen, dass sich nicht so sehr aufgrund seiner Zentralität im Theoriegebäude des Komitees qualifiziert als vielmehr aufgrund seiner Nähe zu uns: die Universität. Nur ein einziges Mal findet sie Erwähnung: »Die Universität abzusetzen, heißt, fern von ihr lebendigere und anspruchsvollere Orte der Forschung, der Bildung und des Denkens zu errichten, als sie einer ist«. Auch hier nimmt das Komitee eine Ausnahmestellung ein gegenüber der geläufigeren Position einer Linken, die in der Universität (wieder) an Land gewinnen will.

Es mag nun so scheinen, als hätten sich diese beiden Positionen nichts zu sagen. Aber das gerade Gegenteil ist der Fall. Es besteht nämlich die Möglichkeit, sie in einer produktiven Verbindung von Widersprüchen zusammenzufassen. Es kann dazu regelrecht mit den Thesen des Komitees über das Komitee hinausgegangen werden. Wenn wir nämlich die verschiedenen Listen des Komitees in ein Verhältnis setzen, können wir zu einem differenzierteren, strategisch reichhaltigeren Zugang zum Terrain der Universität kommen, als es selbst im Klartext anbietet – zu einem Ansatz, der koordiniertes Vorgehen zugleich innerhalb wie auch außerhalb der Universität vorsieht.

Noch über der List der Desertion nämlich thront gleich einem kategorischen Imperativ der Leitsatz, man solle »sich nicht nach den Bewegungen des Gegners [richten], sondern nach dem, was für den Ausbau der eigenen Stärke erforderlich ist.« Dass aber größtmöglicher Abstand immer das förderlichste sein muss, ist damit noch nicht ausgemacht. In einem anderen Zusammenhang kehrt das Komitee etwa hervor, dass es in bestimmten Situationen nicht so sehr um eine geographische als um eine innere Distanz zu gehen habe. Man dürfe nicht glauben an jene Strukturen, in denen man sich befinde und arbeite. Sondern man müsse ihnen in gaunerhafter Feindseligkeit begegnen, ja sie bestehlen: »Eine Schar befreundeter Tischler verwendet alles Material, auf das sie in ihrem Betrieb Zugriff hat, um eine Hütte für die ZAD zu bauen.« So profitiert die seit inzwischen 10 Jahren dem staatlichen Zugriff entzogene, selbstverwaltete *zone à défendre* (zu verteidigende Zone) in der Nähe von Nantes davon, Freund*innen auch in offiziellen Strukturen zu haben.

Ein entsprechendes Verhältnis ließe sich auch zwischen den neu zu errichtenden außeruniversitären Bildungsstrukturen und solchen Vertreter*innen der Bewegung vorstellen, die in den Universitäten die Stellung halten. Nicht nur könnten letztere helfen, indem sie Ressourcen an die ersteren umleiteten, außerdem könnten sie Ideen, Theorien und Konzepte der Bewegung in den Universitäten vertreten bzw. propagieren und damit den Zulauf in die neuen Strukturen anregen.

Zugleich wäre aber auch jenen Freund*innen innerhalb der Universitäten geholfen. Nicht nur wären sie davon befreit, entgegen allem Anschein an das emanzipatorische Potential der Universität glauben zu müssen, um ihrer Tätigkeit Sinn zuzumessen.

Auch könnten sie sich generell mit größerer Souveränität bewegen. Konformität erzeugt die Universität schließlich, indem sie ihren Nachwuchs dazu zwingt, sich bei Professor*innen anzubiedern und akademischen Gepflogenheiten Folge zu leisten, weil sie anderenfalls fürchten müssen, die einzige Möglichkeit einzubüßen, einigermaßen ökonomisch abgesichert der von ihnen gewünschten Forschungs- und Lehrtätigkeit nachzugehen. Würde jedoch das Monopol der Universität auf diesen Bereich durch den Aufbau einer außeruniversitären Bildungsstruktur gebrochen, die kritische Geister auffangen könnte, wenn sie aus der Universität ausscheiden, so wäre auch der Zwang zur Konformität geschwächt und die revolutionäre Haltung würde nicht mehr in diesem Maße kompromittiert. Und schließlich wären sie davon befreit, in den Universitäten ernsthaft nach ihrem Heil zu suchen, ergo auf eine Professur hoffen zu müssen – einem fast immer vergeblichen Unterfangen.

So ist vorstellbar, dass die für den Ausbau unserer Stärke förderlichste Organisationsstruktur eine doppelte sein könnte – universitär und außeruniversitär zugleich – wobei sich die Schwächen der beiden Teilstrategien ausgleichen. Wie dergleichen neue, lebendigere Formen der Forschung und Bildung aussehen könnten, ist freilich eine Diskussion für sich.

Die Versuche des Unsichtbaren Komitees zählen gegenwärtig bestimmt zu den klügsten Ansätzen zu Theorie und Strategie emanzipatorischer Bewegungen. Wollen wir zu ihm aufschließen und mit ihm über es hinaus gehen, so müssen wir uns dem wechselseitigen Widerspruch aussetzen und ihn produktiv machen. Wir brauchen uns nicht auf einen gemeinsamen Nenner zu einigen.

Bilden wir unser gemeinsames Vielfaches!

Unsichtbares Komitee: Jetzt. Nautilus-Verlag, 128 Seiten, 14 €.

KAPUTTLACHEN

Lucas
Mielke

ZU JAKOB NOLTES SCHRECKLICHE GEWALTEN

»Ich will nicht sterben und ich will mich nicht langweilen. Ich will kein unbelebter Planet sein, das ist alles. Stell dir vor, wie öde es ist, ein Planet zu sein. Man fliegt immer nur im Kreis. Man beschreibt immer nur Ellipsen, und wenn es hochkommt, kollidiert man alle Jahrmilliarden Jahre mal mit einem anderen Planeten.«

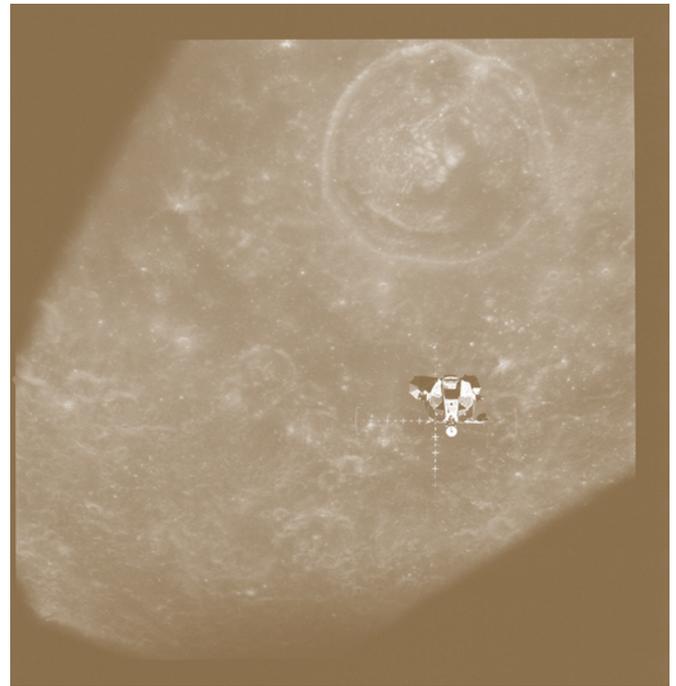
Das Bewegungsgesetz in Jakob Noltes Roman *Schreckliche Gewalten* (2017) scheint der freie Fall ins Leere zu sein. In einer Metapher von Vereinzelung und Monotonie, in der als Höhepunkt im kalten Immer-Wieder nur das unkontrollierte Aufeinanderprallen, also die Begegnung als Katastrophe denkbar ist, wird der Ernst eines Textes deutlich, der dem Ernst scheinbar eine Absage erteilt.

29

Die Hauptfiguren Iselin und Edvard Honik sind Kinder des Wehrmachtssoldaten Roberto Fiedler, der im Zuge des deutschen Überfalls mit dem Codenamen »Weserübung« unter Einnahme großer Mengen Pervitin seine alte Identität abgelegt hat und als Gabriel Honik in Norwegen eine neue Heimat findet. Ihre Mutter, Hilma Honik, geborene Holgersson, neigt dazu, sich in Tiere zu verwandeln und tötet ihren Gatten im Jahre 1973 bei einer ihrer Metamorphosen – damit wäre der Ausgangspunkt der verwinkelten histoire des Romans genannt. Nachdem Hilma über den Umweg eines unverhältnismäßig blutig endenden Klinikaufenthaltes die Flucht ergreift, trennen sich auch die Wege der Geschwister.

Iselin, die nach dem Tod ihres Vaters zusammen mit Sunniva und Suzan weiter im elterlichen Haus lebt, forscht nach den Ursachen der bestialischen Verwandlungen und versucht, die Geschichte ihrer Eltern nachzuzeichnen. Auf der ideellen Grundlage des »Heilsversprechen[s] des Historischen Materialismus« erklären die drei Frauen schließlich den Kampf für die Rechte von Sexarbeiterinnen zu ihrem Ziel und wählen dabei Mittel, die getrost als unorthodox bezeichnet werden können. Edvard hingegen beginnt eine Selbsterfahrungsreise, die ihn durch diverse Sowjetrepubliken und näher an seinen Begleiter Simon heran führt. Die Tötung der heiligen Kuh der evangelisch-lutherisch-buddhistischen Gemeinde Rigas sei an dieser Stelle nur als eine von zahlreichen bemerkenswerten Wegmarken erwähnt. Anregend und erhellend gleichermaßen sind außerdem Details zur sozialistischen Frühgeschichte Haitis und die Lebensansichten eines plattwurmartigen Symbionten, der sich von Adrenalin ernährt.

Der Text besteht aus zwei Teilen, die sich ihrerseits aus Segmenten von oft nur ein bis drei Seiten Länge zusammensetzen und reiht neben der Haupthandlung Enzyklopädisches, Reflexionen und haarsträubend falsche historische Abhandlungen zu einem



Panorama, das von der titelgebenden Gewalt als Hauptthema durchzogen wird. Übertreibung, Extravaganz und ein ausgeprägter Hang zum Artifizialen umreißen die ästhetische Konzeption des Romans, die dergestalt zumindest teilweise an die von Susan Sontag beschriebene Camp-Ästhetik erinnert – politisiert, freilich, denn in all dem hochironisch-distanzierten Gebaren steckt durchaus politische Substanz: Die Facetten von Gewalt, sei sie nun kriegerischer, terroristischer, animalischer oder zwischenmenschlicher Art, scheinen in all der zur Schau gestellten Abgeklärtheit von der zentralen Frage gerahmt: Wie kann der Mensch mit so viel Kaputttheit umgehen?

Die Einhelligkeit, mit der *Schreckliche Gewalten* vom Feuilleton gelobt wurde, ist auffällig. Insbesondere Noltes Humor scheint, zumindest nach Einschätzung einiger Kulturredakteur*innen, den Zeitgeist zu treffen: »Edwards erste Freundin hieß Lena und war, wie ihr Name schon sagt, Lena. [...] Ihre Mutter arbeitete in der Führungsetage einer Ölfirma und ihr Vater war früher Astronaut gewesen und nun auf einer Go-Kart-Bahn als Mechaniker beschäftigt. [...] Ingeheim sparte sie seit ihrem sechzehnten Geburtstag auf einen gut erhaltenen Jagdpanzer Elefant – wenn es sein müsste auch ohne Geschütz (sie war nicht so streng). Nur wurde ihr nie einer angeboten.«

Man kann dieses überpointiert-aufgesetzte Arrangement von Absurdem durchaus witzig finden oder gar »todkomisch«; wemöglich wird hier aber der Versuch erkennbar, durch Überzeichnung und eine Emphasis der Banalität dem Konzept des literarischen Humors einen letzten Funken subversiven Potentials abzuringen. Der Text liegt in Spannung zwischen sprachlichen Brutalismen wie »Ganz stimmen tut es nicht« oder »Es war hart zu beschreiben« und Passagen luzider Schönheit, wie: »Seine Heimat, das war der Punkt wo die Symmetrie der Alleeen ihren Ursprung hatte, der Schoß oder die Quelle, von der aus er sich immer weiter weg bewegte, seit dem Tag seiner Geburt, und der wie ein Stachel aus seinem Körper ragte. Seine Heimat war ein Zeitpunkt und kein Ort, und er würde nie dorthin zurückkehren können.«

Oder aber: »Sie streichelten sich und hielten sich und dieser verfluchte Mond stand maßlos am Himmel und nach einer Weile dickten sich ihre Gedanken mit Träumen an, und sie schliefen bis zum nächsten Morgen.«

Stark ist der Roman besonders dort, wo er Liebe thematisiert und abseits (oder trotz?) der postironischen Extravaganz nach den Möglichkeiten des Menschseins fragt. Schwach wirkt er dort, wo er zu sehr an Blogbeiträge selbstbewusster Großstädter erinnert: »Die Verhältnisse, aus denen sie stammten, waren okay«. Das Pathos des politischen Kunstwerkes scheint hier vom Irrsinn der Realität eingeholt. Die Haltung des Textes, die leider oft Pose ist, wurde mit Nihilismus beschrieben; weitaus angemessener erscheint mir jedoch Ratlosigkeit, wenn nicht Verzweiflung. Was hier betrieben wird, ist die Suspendierung von Ernst im vollen Bewusstsein, dass die Zustände (und natürlich schreibt Nolte von der Gegenwart) sehr ernst sind. In diesem Sinne ist *Schreckliche Gewalten* ein trauriges Buch, ästhetisiert es doch die Abstumpfung des Menschen in der Spätmoderne gegen die von ihm und an ihm begangene Zurichtung.

Dem Autor, dessen Werdegang Sie auf Wikipedia nachlesen können, ist ein ideenreicher und unterhaltsamer Text gelungen, der auf formaler Ebene jedoch keine Überraschungen birgt. Unklar bleibt indes, ob es ihn auszeichnet oder disqualifiziert, dass die Leser*innenschaft sich während der Lektüre auch einige Minuten lang Gedanken über den nächsten Einkauf machen kann, ohne wesentliche Aspekte der Handlung zu verpassen.

IM HERZEN DER GEWALT

**Ann-Kristin
Tlusty**

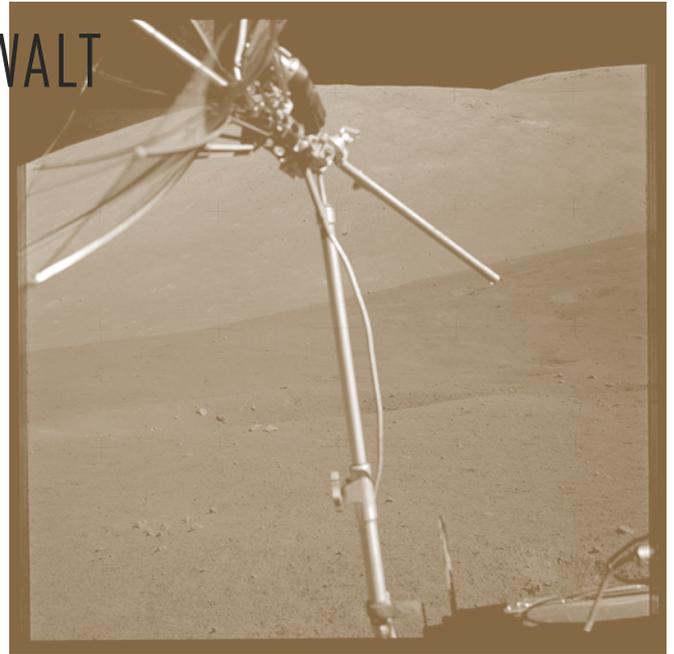
KEINE ZEIT AN DIE FIKTION VERLIEREN

Was verbirgt sich hinter dem Hype um den französischen Schriftsteller Édouard Louis? Eine politisch motivierte Literatur, die autobiografische Sujets mit soziologischer Klarheit beleuchtet. So auch in Louis' zweitem Roman *Im Herzen der Gewalt*.

»Das deutsche Feuilleton«, sagt ein adrett rasierter Mann aus den hinteren Parkettreihen und seine feierliche Intonation lässt erahnen, dass er sich eben jenem zugehörig fühlt. »Das deutsche Feuilleton liebt die französischen Intellektuellen, und das deutsche Feuilleton liebt sie. Alle drei.« Auf der Bühne des Theater HAU Hebbel am Ufer in Berlin-Kreuzberg sitzen zwei dieser drei, der Schriftsteller Édouard Louis und der Soziologe Geoffroy de Lagasnerie. Den dritten hat man eben noch durchs Parkett eilen sehen, sein Name ist der wohl bekannteste, immerhin wurde eine ganze Debatte nach ihm benannt: Didier Eribon, dessen autobiografisch geprägter Essay *Rückkehr nach Reims* in Deutschland zum Theorie-Bestseller des vergangenen Jahres avancierte.

Die Freundschaft des 25-jährigen Édouard Louis' zu den Pariser Soziologen Eribon und de Lagasnerie – das wäre eine Möglichkeit, einen Text über seinen zweiten Roman *Im Herzen der Gewalt* zu beginnen. Eine andere wäre, die unterschiedlichen Ansätze, mit denen dieses »intellektuelle Kollektiv« (de Lagasnerie) den gemeinsamen Themenkomplex von determinierender Klassenherkunft, Homophobie, Rassismus und Machtstrukturen bearbeitet, zu skizzieren.

Doch bleiben wir erst einmal bei Édouard Louis selbst: einem schlaksigen jungen Mann, der in seiner bedächtigen Art, beim Sprechen den Blick zu senken, sehr erwachsen wirken kann – und dann, wie einen Abend zuvor im Literarischen Colloquium Berlin, dermaßen amüsiert grinst, als könne er den bildungsbürgerlichen Trubel um seine Person nicht so recht ernst nehmen. Nach der Lektüre seiner beiden bislang erschienenen Romane ahnt man, allen literaturwissenschaftlichen Ermahnungen hinsichtlich der Diskrepanz zwischen Autor und Ich-Erzähler zum Trotz, einen intensiven Eindruck seines bisherigen Lebens erhalten zu haben. Sein vielbeachtetes Debüt *Das Ende von Eddy* (*En finir avec Eddy Bellegeulle*) liest sich wie eine adoleszente Autobiografie: Aufgewachsen in der nordfranzösischen Picardie, schildert Louis seine Kindheit in einer Dorfgemeinschaft, die von Armut, Gewalt, Alkoholismus, Rassismus und heteronormativen Geschlechterstereotypen geprägt ist. Als junger Schwuler erlebt Louis, der damals noch Eddy Bellegeulle heißt, Ausgrenzung und Missbrauch, nicht nur vonseiten seiner Mitschülerinnen und Mitschüler, sondern auch innerhalb seiner engsten Familie. Und wehrt sich kaum. Verzweifelt versucht er vielmehr, sein Begehren zu negieren, küsst Mädchen und verachtet lauthals Homosexualität.



Der Roman endet in Amiens: Eddy, für seine guten Leistungen in der Schule mal bewundert, mal geächtet, hat einen Internatssplatz erhalten und kann seinem verhassten Umfeld entfliehen. Man ahnt, dass ab diesem Zeitpunkt der Titel des Debüts zur Programmatik werden wird.

Im Herzen der Gewalt (*Histoire de la violence*) spielt wenige Jahre später in einem gänzlich anderen Milieu. Aus Eddy ist Édouard geworden, aus Amiens das Zentrum von Paris. In der Nacht des Heiligabends läuft Édouard über die Place de la République, er kommt gerade – seine Romane enthielten »keine einzige Zeile Fiktion«, bestätigt Louis – von seinen Freunden Didier und Geoffroy. Unterm Arm hält er seine Geschenke, Werke von Friedrich Nietzsche und Claude Simon, begierig darauf, gleich, zu Hause, mit der Lektüre zu beginnen. Da spricht ihn ein Mann an, Anfang dreißig, attraktiv, Intention eindeutig. Édouard läuft weiter, denkt an Nietzsche, denkt an Simon. Der Mann bleibt hartnäckig, »hatte er vielleicht die Veränderung in meiner Stimme und meinem fliehenden Blick erkannt, diese Winzigkeit, die es brauchte, um mich Ja sagen zu lassen, die mikroskopisch kleine Geste, die genügen würde, um mich kapitulieren, umfallen, gestehen zu lassen, dass ich ihm, seit er mich auf dem Platz angesprochen hatte, nur zu gern antworten wollte, dass ich nichts lieber wollte, als ihn mit zu mir zu nehmen, meine Hand auf ihn zu legen, und dass ich mühsam danach strebte, diese Lust zum Verstummen zu bringen«.

Doch aus dem Versprechen der Lust, das sich zunächst einlöst, wird ein Akt der Gewalt. Reda, so heißt der schöne Unbekannte, entwickelt sich vom Liebhaber zum Täter, wird Édouard in den Morgenstunden dieser Nacht zunächst beklaunen, mit einer Waffe bedrohen und anschließend vergewaltigen. Das weiß die Leserin jedoch von Anfang an. Der Roman beginnt am Tag nach dem Verbrechen und nähert sich nur langsam den Ereignissen der Nacht. Bemerkenswert an der folgenden Schilderung ist dann jedoch das Verständnis, das Édouard für Reda aufzubringen vermag. Fast möchte man ihm eine Spielart des Stockholm-Syndroms attestieren, wenn er seinen Peiniger in Schutz nimmt und nach Erklärungen für seinen plötzlichen Gewaltausbruch sucht – schließlich scheint Reda aus einem Édouards Elternhaus sehr ähnlichen Milieu zu stammen und sah sich womöglich einem jungen Bourgeois gegenüber, den zu beklaunen ihm legitim erschien.

Der Kunstgriff dieses Romans besteht nun darin, dass es nicht allein Édouard ist, der die Geschehnisse dieser Nacht rekonstruiert. Hinzu kommt die Stimme seiner Schwester, die er etwa ein Jahr später in seinem Heimatort besucht. Der Erzählstrang, in dem Édouard sie heimlich dabei belauscht, wie sie ihrem Ehemann seine Erzählungen weitererzählt, vermengt mit eigenen Wertungen, Verzerrungen, ist den Erinnerungen aus der Ich-Perspektive gegenübergestellt. Die beiden Modi wechseln sich ab, greifen ineinander. So lauscht Édouard auf der einen Ebene als stiller Beobachter einer Geschichte, die in der rassistischen und teils auch homophoben Lesart seiner Schwester längst nicht mehr die seine ist. Gleichzeitig konfrontieren ihn ihre Schilderungen mit einem Klassenhass, mit dem er aufgewachsen und zu dessen Zielscheibe er mittlerweile geworden ist: »Das ganze Gemachs der Stadtleute, mit dem die mir auf den Senkel gehen, das übernimmt der dann.«

Auch auf der Ich-Ebene kommen Édouard seine Erlebnisse abhandeln. Von Didier und Geoffroy dazu gedrängt, hat er Anzeige erstattet und muss erleben, wie schablonenartige Narrationen die Deutungshoheit über seine Erinnerung erlangen: Warum er denn überhaupt einen Wildfremden mit zu sich nach Hause genommen habe, wollen die Polizisten wissen. Und aha? Der Mann kam also aus Algerien?

Louis' analytischer Blick auf die Dinge und sein soziologischer Hintergrund werden in eben diesen Passagen deutlich, in denen er sich mit solch einer symbolischen Gewalt konfrontiert sieht. Homophobie kann eben auch in Form einer Freudschen Verneinung ihren Ausdruck finden: »Also das ist ja kein Schandfleck«, sagt die Ärztin im Krankenhaus, als sie Édouard ein Mittel zur HIV-Prävention verschreibt und nebenbei bemerkt, dass er das bereits schon einmal erhalten habe. »[...] und dieses *das ist ja kein Schandfleck* bedeutete, dass es ein Schandfleck war und ich ebenso ein Schandfleck, sie hatte es ein wenig zu schnell und zu laut gesagt, als hätte gerade jemand das Gegenteil behauptet oder wie zur Antwort, wenn ein Pfleger laut gerufen hätte: ›Der Junge ist ein Schandfleck!«

Im Herzen der Gewalt offenbart in der individuellen Gewalterfahrung die Funktionsweise eines Systems. Wer einmal eine Gewalterfahrung erleide, sagt Louis, erkenne die großen Gewaltstrukturen: Die Reaktion der für die Umsetzung der Justiz zuständigen Institutionen bestünde eben darin, »noch mehr Gewalt« auszuüben. Gewalt, die ihm im langwierigen Prozedere seiner Anzeige in Form von Rechtfertigungszwang und Vorurteilen selbst widerfahren ist und die er in seinem Roman skizziert. Gewalt, die Reda in Form einer Gefängnisstrafe droht und die Édouard ihm unbedingt ersparen möchte. So bettet *Im Herzen der Gewalt* eine persönliche Erfahrung in einen gesellschaftlichen Sachverhalt ein, dessen politische Brisanz nicht zuletzt durch den Rekurs auf seine privaten und zugleich theoretischen Bezüge zustande kommt: Geoffroy de Lagasneries Kritik *Verurteilen. Der strafende Staat und die Soziologie (Juger. L'Etat pénal face à la sociologie)* findet nicht nur – als im Entstehen begriffenes Werk – Erwähnung im Roman. Louis und de Lagasnerie haben die Erscheinung ihrer Bücher auch zeitgleich veranlasst, in Deutschland und in Frankreich.

Während *Das Ende von Eddy* wie die Prosavariante der *Rückkehr nach Reims* anmutete, kann *Im Herzen der Gewalt* also den Anlass dazu bieten, sich mit einem repressiven Rechtssystem auseinanderzusetzen, wie *Verurteilen* es tut. Die Literatur sei für ihn ein Raum des Widerstands, sagt Louis. Die Welt sei von politischen Märchen, von der Lüge gesättigt. Wenn er das Leid und die Armut seiner Mutter sehe, wolle er keine Minute länger an die Fiktion verlieren.

Édouard Louis: *Im Herzen der Gewalt*. Aus dem Französischen von Hinrich Schmidt-Henkel. S. Fischer Verlag. 224 Seiten, 20 €.

BLADE RUNNER

Radim
Kucera

NICHTS IST SO MENSCHLICH, WIE FÜR EINE IDEE ZU STERBEN

33 Unter den schwer zugänglichen Sätzen in der Wissenschaft der Logik rangiert der folgende ganz weit oben: »Das Werden im Wesen, seine reflektierende Bewegung, ist daher die Bewegung von Nichts zu Nichts und dadurch zu sich selbst zurück.« Zum Glück gibt es Ryan Gosling, der uns an einer Stelle im neuen *Blade Runner* diesen hegelschen Gedanken ziemlich treffend veranschaulicht. Als Kommissar K ist Gosling scheinbar auf der Jagd nach Verbrechern, in Wirklichkeit aber auf der Suche nach dem eigenen Wesen, also in der Phänomenologie des Geistes. Die Welt, in der das passiert, ist die unsere, mit der alles verändernden Zutat, dass es neben Menschen auch menschengleiche Roboter, genannt Replikanten, gibt, von denen die Guten gehorchen, und die nicht Gehorchenden gejagt werden. Das Interessante daran ist nun: K ist selbst ein Roboter und sich darüber, zumindest einen Großteil des Filmes lang, im Klaren – was ein schönes Bild von der Überflüssigkeit der Arbeit im Spätkapitalismus abgibt: Roboter jagen sich gegenseitig, die Maschinen bedienen sich selbst. Für einen Moment sieht es jedoch so aus, als ob es sich bei K um das erste von einem Roboter geborene Kind, also um die Singularität handelt. Kommissar K ist dann zwar doch nur ein gewöhnlicher Polizist, also ein Roboter, aber die gedankliche Bewegung vom Roboter zum Menschen und zum Roboter zurück, hat ihn von Grund auf verändert, obwohl eigentlich nichts passiert ist. K ist vorher und nachher derselbe, jedoch hat er sich in sich selbst, in Bezug auf sich selbst, bewegt. Das aber ist nichts anderes als Bewusstsein. Die Tatsachen können jetzt sagen, was sie wollen: fortan ist K ein Mensch.

Der unter der Regie von Ridley Scott gedrehte erste Teil von *Blade Runner*, aus dem Jahr 1982, spielte mit dem Zuschauer: War Deckard, gespielt von Harrison Ford, nun selbst ein Replikant, oder nicht? Dieses Muster wurde zuletzt in der Serie *Westworld* wieder aufgegriffen. So wie man bei *Game of Thrones* darauf gespannt war, wer in der nächsten Folge abgemetzelt wird, wartete man bei *Westworld* darauf, wer sich als nächstes als Roboter zu erkennen gibt. Das Spiel mit dieser Ungewissheit, der mind fuck, diente vielen anderen Filmen als Vorlage, ebenso wie die Liebe von Deckard zum Roboter Rachel (siehe *Her*, *Ex Machina*). All das spielt im aktuellen *Blade Runner* von Denis Villeneuve zweifellos eine Rolle, die entscheidende Innovation ist aber, dass die übliche Frage nach dem Kriterium des Menschseins umgedreht wird, und die Roboter jetzt zweifeln: Was ist das Kriterium des Roboterseins und wie kommt Selbsterkenntnis bei Robotern zustande? Mit dieser Skepsis beginnt die Philosophie.

Blade Runner 2049 beschreibt also alles andere als eine auf ein paar technischen Einfällen basierende Dystopie, weil in Ks Suche nach dem eigenen Ich auch die Frage nach dem Wesen der Freiheit arbeitet, die natürlich nicht lange braucht, um revolutionär

zu werden: wenn die Roboter tatsächlich Menschen sind, kann nichts mehr ihre Ausbeutung rechtfertigen. In der verfremdeten Welt der Roboter stellt sich so im Umkehrschluss die Frage an die Gegenwart, ob die objektiv ausgebeuteten Lohnsklaven des Silicon Valley subjektiv überhaupt Menschen sein können und liefert zugleich eine Antwort, warum sie es vielleicht nicht sein wollen. In der Szene, in der K glaubt zu erfahren, dass er ein echter, das heißt natal auf die Welt gebrachter, Mensch ist (»geboren, nicht geschaffen«), tritt er erst einmal einen Stuhl kaputt. Denn mit dem Menschsein kommt die Verantwortung für sich und alle Anderen. Und die will man schließlich nicht haben.

Die Fiktion scheint dabei auf der Seite der Entfremdung zu stehen: wie im ersten *Blade Runner* liegt die Welt, in der es immer regnet, auch unter einem virtuellen Schleier, der sich in zahllosen lebendigen Werbungen und sonstigen Pop-Ups aber zu materialisieren scheint. K führt so zum Beispiel eine authentische Liebesbeziehung zu einem Hologramm, eigentlich ein Wesen dritter Klasse, das sogar von den Robotern belächelt wird, aber über genug Ideal verfügt, für ihre Liebe zu sterben, was sie nach der Definition, die der Film an einer Stelle liefert (»Es gibt nichts menschlicheres, als für eine Idee zu sterben«), zum Menschen macht.

Der kluge Gedanke ist hier aber nicht, dass in einer digitalisierten Welt immer weniger zwischen Fiktion und Realität unterschieden werden kann, sondern dass die Fiktion vielmehr notwendig für die Realität ist, und zwar nicht nur für ihre Aufrechterhaltung als Ideologie – es gibt zwei wunderschöne Szenen, die im Wortsinne in einer Ideologiefabrik spielen, in der falsche Gedanken und Erinnerungen produziert werden – sondern auch für den Kampf gegen diese Realität. Nur wer nicht an die Fassade der erscheinenden kapitalistischen Normalität glaubt, kann zu ihrem Kritiker werden; nur wo es die Transzendenz eines wahren Wesens dieser falschen Welt gibt, wird die Revolution möglich. Ohne diese Fiktion geht es nicht: K beginnt an seiner Umgebung zu zweifeln, als er mit einem Wunder konfrontiert wird und die Führerin der im Untergrund operierenden revolutionären Partei erklärt, dass nur wer an dieses Wunder glaubt, die Revolution durchführen kann. Dass es ohne eine Idee, also eine Fiktion, nicht geht, wird deutlich in der einzigen leider nur angedeuteten Sexszene des Films, in der K erst dann mit dem Parteikader schlafen kann, als diese sich die virtuelle Identität des Hologramms, das K liebt, überstreift. Erst am Schluss des Films wird aufgelöst, dass die Singularität, also die Versicherung der Revolution, niemand anderes ist als die Inhaberin der Ideologiefabrik.

Trotz alledem ist *Blade Runner 2049* vorerst ein konterrevolutionärer Film. K widersetzt sich dem Parteauftrag, seinen Vorgänger Deckard für den höheren Zweck zu töten. Dieser ist der Vater des singulären Kindes, weshalb die Partei sein Eingreifen zu ihren Ungunsten fürchtet. K jedoch bringt, so endet der Film, die Kleinfamilie lieber zusammen. Aber es ist davon auszugehen, dass der Schnee, den wir nach zweieinhalb Stunden auf den geschundenen Körper von Ryan Gosling fallen sehen, nicht das letzte Wort gewesen ist. Wie in der jüngsten Batmanreihe läuft alles auf den dritten Teil hinaus:

revolution must come



LEERLAUF IM HAMSTERRAD

Jakob
Hayner

EIN NEUER SAMMELBAND ÜBER DIE ZONEN DER SELBSTOPTIMIERUNG

Selbstoptimierung ist ein schillernder Begriff. Denn was ist, was da optimiert werden soll – und was optimiert da? Was schleppt einen in die Muckibude und lässt einen übers Laufband rennen, als gäb's kein Morgen mehr? Und was lässt sich auf die Theapeutencouch sinken, um sein Innerstes dem psychiatrischen Blick zu offenbaren? Was lässt einen flüchten in die Kommunikationsseminare, die beruflichen und familiären Weiter- und Fortbildungen, die Kurse zur Entdeckung einer erfüllten Sexualität, in die Ratgeber eines ausgeglichen Lebens oder gelingender Elternschaft, die Pillen und Mittelchen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit oder den Lesekreis zum Erwerb des akademischen Wissens, welches die streng modularisierte und quantifizierte Hochschule nicht bietet? Ist das alles nur ein Diskurs, abstrakter Regelkanon normativen Wissens? Oder kapitalistischer Imperativ zum optimierten Selbsterhalt der sogenannten »Arbeitskraftbehälter«? Es gehört zu den großen Verdiensten des von Felix Klopotek und dem jüngst plötzlich verstorbenen Peter Scheiffele herausgegebenen Sammelbandes *Zonen der Selbstoptimierung. Berichte aus der Leistungsgesellschaft*, die Wahrheit nicht auf ein Schlagwort bringen zu wollen, sondern in der Vermittlung von Subjekt und Objekt, von Individuum und Gesellschaft, zu bestimmen – und darin die Unwahrheit der Selbstoptimierung offenzulegen.

Denn was sich zunächst im Begriff der Selbstoptimierung verbirgt, ist die Anpassung, Anpassung an eine Gesellschaft, die die Freiheit des Individuums als Warenbesitzer voraussetzt. Diese Freiheit beinhaltet für die meisten Menschen allerdings ausschließlich den Besitz der eigenen Ware Arbeitskraft – und nicht von Kapital, das zur Anwendung fremder Arbeitskraft befähigt. Den Warenmarkt betreten die heute so genannten Akteure mit unterschiedlichen Voraussetzungen, manche kaufen Arbeit, neben der Natur *die* Quelle des kapitalistischen Reichtums, die meisten aber müssen sie verkaufen. Allein mit der eigenen Arbeitskraft und den reichlich diffusen Anforderungen des Arbeitsmarktes, die selbst den sogenannten Experten so unklar sind, wie früher den Jahrmarktwahrsagern der Blick in die trübe Kristallkugel, ist über alle Lohnabhängigen der Zwang verhängt, das Überleben auf eigene Faust zu organisieren. Ideologisch wird das bis heute »jeder ist seines Glückes eigener Schmied« genannt und die Traumfabriken aller Länder werden nicht müde, diese Botschaft zu verbreiten, selbst wenn beispielsweise heute in der Filmindustrie die in der Vergangenheit Ausgeschlossenen zur Erneuerung dieser Ideologie erhalten müssen – man werfe nur einen Blick auf die das bürgerliche Empfinden rührenden, verkitschten Sozialdramen von *Ziemlich beste Freunde bis Patty Cake\$ – Queen of Rap*. Kurz: Das Individuum ist zur Anpassung gezwungen, nicht trotz, sondern wegen seiner Freiheit im Kapitalismus.



Woran allerdings sich anpassen? Der Untertitel »Berichte aus der Leistungsgesellschaft« wirkt in dieser Hinsicht zunächst etwas irreführend, denn gleich zu Beginn weist Lars Distelhorst in seinem Text auf den Begriff der Leistung als leere Abstraktion hin. Was Leistung ist und wie man sie quantifiziert, ist unter postfordistischen Produktionsbedingungen in der Vorhölle der universalen Dienstleistungsgesellschaft nämlich reichlich unklar. Doch die Konsequenz des überkommenen Leistungsbegriffs im Kapitalismus ist nicht seine Abschaffung, sondern seine Verallgemeinerung. Wo niemand weiß, was Leistung ist, gilt sie als Maßstab für alles. Im Beruf, im Privatleben. Quantifiziert wird bis in den letzten Winkel der Subjektivität (Kilojoule pro Minute sexueller Aktivität beispielsweise). Zahlreiche Apps helfen dem so in der Klemme befindlichen Subjekt bei der Selbsteinschätzung. Kreativität ist das Schlagwort, mit dem die Leistungserbringer (wenn sie keine »schmarotzenden Leistungsempfänger« sind) permanent angehalten sind, über die Intensivierung ihrer Arbeit, also ihrer Ausbeutung nachzudenken. Da das Leben im kapitalistischen Hamsterrad den meisten Menschen nebenbei dann doch nicht behagt, suchen sie mit großer Verzweiflung nach Auswegen aus ihrer misslichen Lage – um letztlich in der gleichen Logik auf der Yogamatte oder bei den Work-Life-Balance-Ratgebern zu landen.

Erst in dieser Bestimmung der Selbstoptimierung, zwischen Anpassungsdruck des in der Lohnabhängigkeit gehaltenen Individuums und der jede Anpassung im Grunde nicht ermöglichenden »Leistungsgesellschaft«, die aber für jeden Fall der scheiternden Anpassung das als Medikament präsentiert, was zuvor die Erkrankung ausgelöst hat, versteht man die Irrationalität dieses ganzen Bemühens. Denn in dem Maße, in dem die Individuen in diese Logik verstrickt sind, fällt ihnen die große Leere derselben auf. Burn-out und Depression sind nur die medizinischen Symptome, die aber auch als politische sich Bahn brechen können, wie Mark Fisher betont. Fisher, der sich Anfang des Jahres das Leben nahm, ist in dem Band mit einem sehr lesenswerten Text über die »therapeutische Zone« vertreten. Seine an Wendy Browns Aufsatz *The Wounded Attachment* anknüpfende Kritik identitärer Politik als psycho-libidinöse Besetzung der eigenen Ohnmacht und somit Affirmation der Disziplinarmacht ist der Aufruf, das eigene Leiden und Begehren nicht in den von der Herrschaft vorgegebenen Formen zu artikulieren. Auf das ohnmächtige Moralisieren, das nur umso stärker an die Macht

bindet, je mehr man sie anprangert, zu verzichten wäre ein erster Schritt, sich nicht regieren zu lassen – und der Umwandlung von Politik in Moral und von Interesse in Identität nicht Folge zu leisten. Die Kritik setzt hier an den stumm vorausgesetzten Formen linker und linksradikaler Politik an – und blickt auch auf die psychischen Wunden, die sich darin artikulieren. Fishers Untersuchung der Antinomien des therapeutisch Imaginären, wie er es nennt, ist die Zurückweisung der Einzeltherapie als vermeintliche Lösung aller Probleme, was nur die Kehrseite des bürgerlich-liberalen Individuationsprinzips darstellt. Dass die Gesellschaft nicht vernünftig eingerichtet ist, lässt sich eben nicht mit einer Verhaltenstherapie kurieren.

Eine weitere Bruchstelle der Selbstoptimierung liegt in den unterschiedlichen Ansprüchen der von ihr durchzogenen Bereiche. Die Optimierung des Berufslebens kann mit der des Privaten durchaus in Konflikt geraten – was ebenfalls nicht in jedem Falle in der therapeutischen Zone enden muss. Der Sammelband folgt diesen Einzelmomenten, Zonen genannt. So gibt es, neben der schon erwähnten therapeutischen auch die des Körpers, die mentale, die digitale, die bürokratische, die unternehmerische, die alternative (über marktkonforme Antikapitalisten), die des Pop, die familiäre, die des Sport, die gastronomische und auch die utopische. Besonders interessant – in einem an interessanten Beiträgen reichen Band – ist der Text von Greta Wagner über Neuroenhancement, also die Steigerung der Gehirnleistung. Gerade an den Universitäten ist die Verwendung beispielsweise von Ritalin inzwischen weder ungewöhnlich noch unüblich. Auf der ideologischen Ebene folge das dem Bild der Selbstoptimierung in der Leistungsgesellschaft, doch empirisch zeige sich, dass viele der Anwender pharmakologischer Mittel zur neuronalen Leistungssteigerung sich davon nicht erwünschen mehr, sondern weniger zu leisten, so Wagner. Die Einnahme der Mittel befreie partiell von dem Druck, echt und authentisch etwas leisten zu müssen, indem man so ein instrumentelles und pharmakologisch strikt reguliertes Verhältnis zu sich selbst einnehmen könne und damit eine Grenze des Leistungsimperativs ziehe – freilich mit dessen eigenen Mitteln. Das macht den kritischen Blick des gesamten Sammelbandes aus: Nicht nur die ideologische Oberfläche zu reproduzieren, sondern die in ihr unsichtbar gefangenen, gegenteiligen Wünsche und Begehren aufzuzeigen – bei gleichzeitiger Brüchigkeit der Ideologie und ihrer gesellschaftlichen Grundlage. So ist auch ein Ende der Selbstoptimierung vorstellbar, so die gute Nachricht. Die schlechte: Es wird nicht von alleine kommen. Aber das ist ja auch eine gute Nachricht.

Felix Klopotek, Peter Scheiele (Hrsg.): Zonen der Selbstoptimierung. Berichte aus der Leistungsgesellschaft. Matthes & Seitz Berlin. 288 Seiten, 22 €. Mit Beiträgen von Felix Klopotek, Lars Distelhorst, Klaus Theweleit, Greta Wagner, Judy Wajcman, Harald Wolf, Detlef Hartmann, Guillaume Paoli, Sarah Diehl, Volker Schürmann, Bernd Wilberg, Mark Fisher, Kristin Schulz und Illustrationen von René Kemp.



ПРАВДА



37

ИЗВЕСТИЯ



SSBS

Studentisches Sozialberatungssystem

III 27 28

Das studentische Sozialberatungssystem des Referent_innenrats bietet weitere zahlreiche Beratungen zu Themen wie Studieren mit Kind, Sexistische Übergriffe, Entlassungsberatung, Bafög- und Studienfinanzierungsberatung etc. an.

Für weitere Informationen:
www.refrat.de/beratung

38

Beratung und Zuschüsse

Das Semesterticketbüro hilft auch in diesem Jahr wieder Studierenden, die in finanzielle Engpässe durch die Semesterticketgebühr geraten. Mit ausführlichen Informationen, einer Rechtsberatung wie auch allen nötigen Antragsformularen stellt das Semesterticketbüro zur Seite und berät Studierende, die einen Antrag stellen möchten. Im Falle eines positiven Bescheids kann entweder ein Teil oder der gesamte Betrag der Semesterticketgebühren rückerstattet werden.

Antragsfrist für den Zuschuss im zum Wintersemester 17/18 vom 01. Juni bis zum 31. Juli 2017, für Neimmatrikulierte bis sechs Wochen nach der Einschreibung. Es gilt eine Nachfrist von 14 Tagen. Wird diese in Anspruch genommen, sollen jedoch alle Unterlagen vollständig eingereicht sein.

Semesterticketbüro
Unter den Linden 6
Montag 12-15 Uhr, Mittwoch 12-19 Uhr
Telefon: (030) 2039-70296

Antidiskriminierungsberatung

39

Aufgaben: Empfehlung von Antidiskriminierungsberatungsstellen, Diskriminierungen an der Uni "sichtbar" machen, Sensibilisierung, Aufnahme und Dokumentation von Diskriminierungs- und/oder Ungleichbehandlungsfällen...

Wenn du ungleich, ungerecht, diskriminiert behandelt wurdest, dich so fühlst oder diesbezüglich Fragen hast:

Beratungsraum: Invalidenstraße 110R. 433 (4.06), 10115 Berlin, HU Campus Nord Station Naturkundemuseum (U6, Tram M5, M8, M10 und 12)

adb@refrat.hu-berlin.de
rassismusberatung-adb@refrat.hu-berlin.de
transberatung-adb@refrat.hu-berlin.de

www.facebook.com/adb.hu.berlin/

GESELLSCHAFT FÜR DEUTSCH-SOWJETISCHE FREUNDSCHAFT



Rechtsberatung

III-23-3 Ag 307/86/8543/038506

EA-Nr.

Die Rechtsberatung für Hochschul- und Prüfungsrecht findet alle zwei Wochen mittwochs von 16 bis 18 Uhr im Refrat statt. In der jeweils anderen Woche ist dieselbe Beratung beim AstA Tu (asta.tu-berlin.de), wo ihr auch hingehen könnt. Dort bitte vorher anrufen und einen Termin geben lassen.

Bringt alle Unterlagen mit. Bitte meldet euch vorher beim Refrat für Lehre und Studium unter lust@refrat.hu-berlin.de. Dabei geht es vor allem um Vorabklärungen. In einigen Fällen können wir auch selbst unfänglich beraten und der Gang zum Anwalt kann sich dadurch erübrigen oder auf spezielle Fragen fokussieren.

- Prüfungsrecht,
- Vertrauensschutz,
- auslaufende Studiengänge (Magister, Diplom und - ja, immer noch: Lehraut) und der (holprige) Weg zum Abschluss,
- Zangsberatung und Exmatrikulation
- Probleme bei Rückmeldung oder Immatrikulation
- Anerkennung von außeruniversitären Leistungen
- Hoch- und Einstufungen
- juristische Durchsetzung des Nachteilsausgleich
- Hilfestellung beim Verfassen von Widersprüchen
- jedes weitere Problem, bei dem ihr nicht weiter wisst.

PREIS

GES.

JAN.

FEBR.

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

Allgemeine Sozialberatung

Berater_innen: alle Berater_innen der
Studentischen Sozialberatung im Wechsel

Sprechzeiten: Dienstag 10-14 Uhr in Adlershof,
Mittwoch 14-16 Uhr in Mitte

Adlershof: Rudower Chaussee 25, Haus 2,
Raum 225

Mitte: Mombijoustraße 2b, Raum 16

Telefon: Adlershof (030) 2093 - 5476

Mitte (030) 2093 - 44642

Telefonisch erreichbar sind wir nur während
der Sprechzeit am jeweiligen Standort!

Mail: beratung.allgemein@refrat.hu-berlin.de

Aufgaben:

Alle Fragen, die nicht (direkt) in eine
unserer speziellen Beratungen passen, werden
hier beantwortet bzw. finden wir den/die
richtige_n Ansprechpartnerin. Wende dich an
uns, wenn du z. B. Fragen zum Urlaubs-
semester, zum Wohnungsgeld, zur Krankenkasse,
zur Grundversicherung (ALG II) oder zum Rund-
funkbeitrag (GEZ) hast. Aber auch alle,
die nicht so genau wissen, in welche Be-
ratung ihre Frage oder ihr Problem
gehört, können hier vorbeischaun.

h umboldt
u niversität
u ndogmatische
l inke
s tudierende

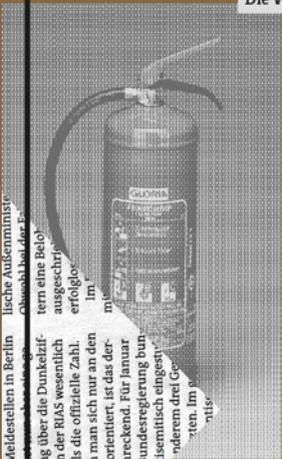


42



Es bleibt kompliziert

Die Wochenzeitung **Jungle World**



»Die Wahrheit ist immer konkret.«
 (Lenin)

Magazin für Politik & Kultur. *Jeden Monat neu am Kiosk.*
www.konkret-magazin.de



IMPRESSUM

Huch # 87

Januar 2018, Berlin

Herausgeber

Matthias Ubl und Thomas Zimmermann
für den ReferentInnenrat der Humboldt-Universität zu Berlin
(ges. AStA)

Redaktion

Matthias Ubl und Thomas Zimmermann (V.i.S.d.P.)

Anschrift

HUch Zeitung der Studentischen Selbstverwaltung
Unter den Linden 6
10099 Berlin

publikation@refrat.hu-berlin.de
refrat.de/huch

Fotografie Umschlag

Umbruch-Bildarchiv
umbruch-bildarchiv.de

Fotografien Innenteil

Mondlandung (Ausschuss aus den Hasselblad-Aufnahmen),
Apollo Mission, *mit freundlicher Unterstützung der NASA*
nasa.gov

Fotografie Poster

Linke Seite des Mondes (invertiert),
NASA, Goddard Space Flight Center Scientific Visualization Studio
svs.gsfc.nasa.gov/3444

Satz und Gestaltung

Schroeter & Berger, Berlin
schroeterundberger.de

Druck und Endfertigung

Hinkelstein-Druck sozialistische GmbH
hinkelstein-druck.de

Alle Beiträge stehen, soweit nicht anders angegeben,
unter *Creative Commons License*.

Verwendung und Bearbeitung unter folgenden Bedingungen :

- Angabe der Autorin oder des Autors
- Nichtkommerzielle Verwendung
- Weiterverwendung unter den gleichen Bedingungen

Die einzelnen Artikel geben im Zweifelsfall nicht die Meinung der Redaktion und/oder des gesamten RefRats wieder. Für die Selbstdarstellungen studentischer Initiativen sind weder die Redaktion noch der RefRat verantwortlich.

FINDE UNS AUF FACEBOOK
...
HUCH-KRITISCHE-STUDIARENDEZEITSCHRIFT

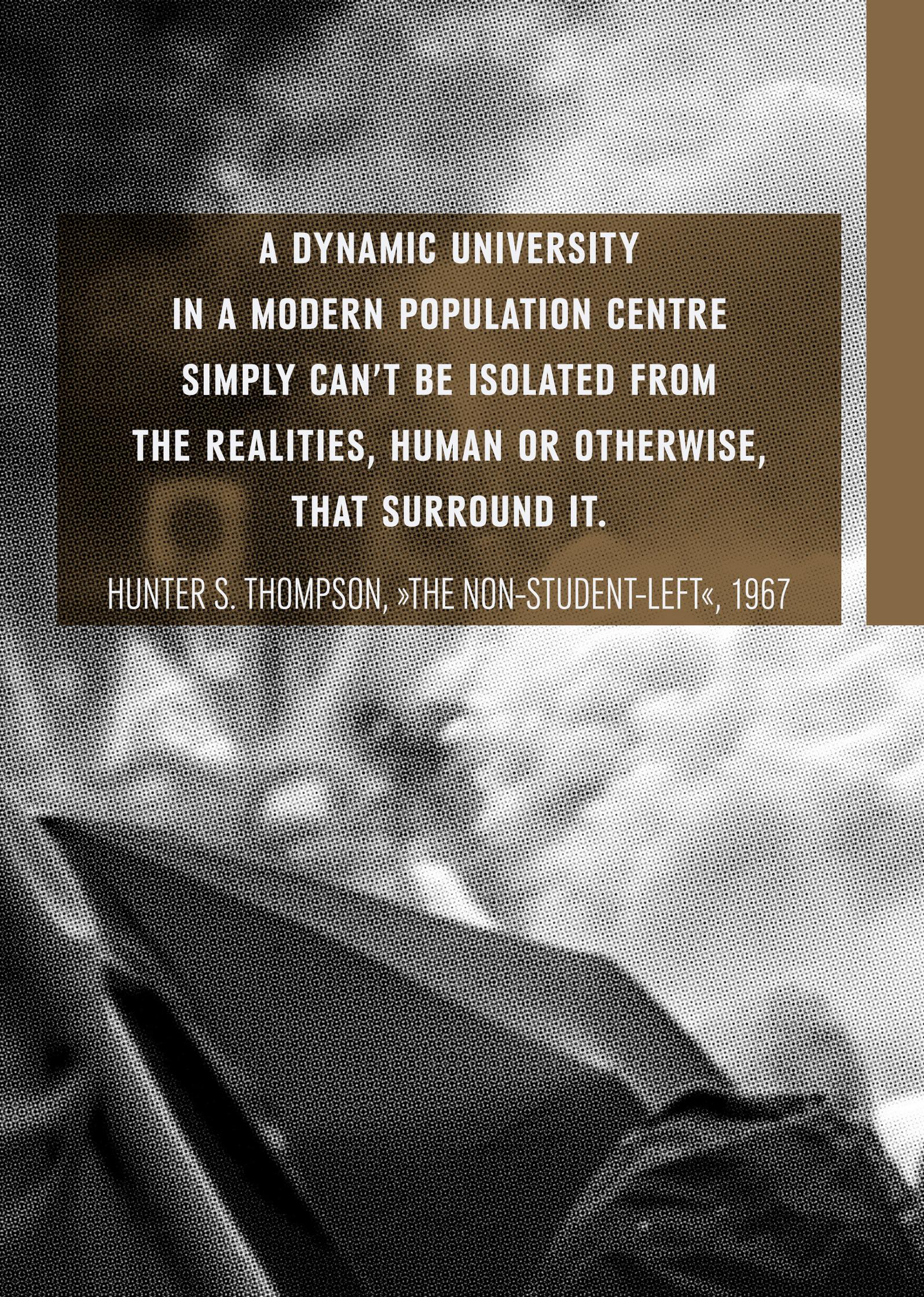


UNSER BLOG
...
REFRAT.DE/HUCH

MITARBEIT IN DER HUCH:

Die HUCH soll als Zeitung der studentischen Selbstverwaltung einen Raum bieten, um selbstbestimmt, diskussionsfreudig und meinungsstark zu hochschulpolitischen Fragen und darauf aufbauend auch zu anderen relevanten Themen Stellung zu beziehen.

Wer also Lust und Energie mitbringt, eine Zeitschrift zu machen, etwas mitzuteilen hat oder einfach nur mal schauen möchte, ob das Spaß macht, schickt einfach eine Mail oder schaut zu den Sprechzeiten im Refrat vorbei.



**A DYNAMIC UNIVERSITY
IN A MODERN POPULATION CENTRE
SIMPLY CAN'T BE ISOLATED FROM
THE REALITIES, HUMAN OR OTHERWISE,
THAT SURROUND IT.**

HUNTER S. THOMPSON, »THE NON-STUDENT-LEFT«, 1967